

10. Ingelheimer Fachkongress Social Media als Informationsquelle

Soziale Medien als Zukunftschance
begreifen – Jugendliche zu einer
verantwortungsvollen Nutzung befähigen

UNSERE WORKSHOPS →



Bundesrealschultag: Mehr Bildung! Mehr Realität! Mehr Schule!

Ministerin-Gespräch: Schul- und Personalentwicklung stärken!

Ukraine-Krieg: Unterricht und Fürsorge für geflüchtete Kinder

Urheberrecht: Neuer Rechtsrahmen für Schule und Unterricht

Rechtsgrundlagen: Mutterschutz und Elternzeit

KO, NW und TR: Fortbildungen für Personalvertretungen

KlarText: Lehrkräftemangel – dringender Handlungsbedarf

Inhalt

Ausgabe Juli 2022

Editorial	4
Der Landesvorsitzende hat das Wort	5
Dossier	
► Ingelheimer Fachkongress: Social Media als Informationsquelle	6
Bildungspolitik	
Lehrkräftebedarf: KMK stellt Modellrechnung vor	34
Berlin verbeamtet Lehrkräfte	35
VRB-Verbandsarbeit	
► „Schul- und Personalentwicklung stärken!“ Zentrale VRB-Forderung im Austausch mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig	36
VRB und SchuleWirtschaft: Gemeinsamer Diskurs aus schulischer und unternehmerischer Sicht	38
Jahresseminar der VDR-Bundesfrauenvertretung: Veränderungen individuell bewältigen	40
Fundsache: Lehrkraft der Zukunft	41
dbb Arbeitnehmervertretung Rheinland-Pfalz: Bewertung der Tarifergebnisse	41
► 25. Bundesrealschultag in Mannheim Mehr Bildung! Mehr Realität! Mehr Schule	42
Jürgen Böhm: Eine Zeitenwende für die Bildungspolitik	43
Festveranstaltung: BILDUNG. REAL. SCHULE.	44
Festrede Dr. Jens Brandenburg	45
Bernd Karst verabschiedet sich aus dem Bundesvorstand: „Ich nehme wertvolle Erinnerungen mit!“	46
Schule in Rheinland-Pfalz	
Rheinland-pfälzische Hochschulen verlieren an Akzeptanz: Studienberechtigte zieht es in die Nachbarländer	47
Pressemitteilung VRB: Deutschland gehen die Fachkräfte aus	48
Pressemitteilung VDR Bund: Fachkräftemangel beheben – Realschulbildung stärken	49
Statistik: Erneut Rückgang bei abgeschlossenen Ausbildungsverträgen	49
Pandemie: Zwischen neuer Freiheit und Angst vor „Killerviren“	50
Pressemitteilung des Arbeitskreises der Bildungsgewerkschaften: Corona-Beschränkungen fallen – Probleme in Schulen bleiben	51
► Ukraine-Krieg: Flüchtlingskinder brauchen Unterricht und Fürsorge	52



6_FACHKONGRESS



42_BUNDESREALSCHULTAG



50_CORONA ADÉ?



52_HILFE FÜR FLÜCHTLINGSKINDER



56 URHEBERRECHT IN DER SCHULE



61 MUTTERSCHUTZ UND ELTERNZEIT



65 VRB-FILMKRITIK



78 LEHRKRÄFTEMANGEL – DRINGENDER HANDLUNGSBEDARF

Geflüchtete Kinder: Erfahrungsberichte aus rheinland-pfälzischen Schulen	54
Haiku	55

Schule und Recht

Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu: Urheberrecht in Schule und Unterricht	56	◀
Seminar der Bundes-Seniorenvertretung: „Sicherheit im Alter“ und andere Facetten der Seniorenpolitik	59	

Beruf Lehrerin – Beruf Lehrer

Mutterschutz und Elternzeit – eine Übersicht	61	◀
Buchtip: Evke Rulffes: „Die Erfindung der Hausfrau. Geschichte einer Entwertung“	62	
Mangelnde Verfassungstreue: Aberkennung des Ruhegehalts einer pensionierten Lehrerin	63	
Nachsitzen für Teilzeitkräfte?	63	

Unterrichten, Pädagogik, Didaktik und Methodik

KINOKINO: „Eingeschlossene Gesellschaft“ – Filmkritik von Monika Antoni und Andreas Stegmann	65
Fundsache: Presse ist nicht die „vierte Gewalt“ im Staat	65

VRB-Bezirk Koblenz

ÖPR-Schulung: Personalplanung und Unterrichtseinsatz von Lehrkräften	67	◀
Pensionärstreffen 2022: Besuch des Schieferbergwerks in Mayen	68	

VRB-Bezirk Neustadt

Online-Fortbildung: Unterstützungsangebote für die schulische Arbeit	69	◀
Schulaufsicht. Schulberatung. Schulentwicklung: Im Gespräch mit Referenten der ADD Neustadt	70	
VRB in der Kunsthalle Mannheim: „Contested Landscapes“	71	

VRB-Bezirk Trier

Digitale Fortbildung: Gliederung, Gleichstellung und Inklusionsvereinbarung	72	◀
--	----	---

Termine, Service und Internes

Geburtstagswünsche	74
Kontakt und Kommunikation: Hinweise unseres Schatzmeisters und unseres Geschäftsführers Mitgliederverwaltung	76
Feedback an die Redaktion	76
Mitgliederverwaltung, Vorschau auf das nächste Heft und Impressum	77

KlarText!

Lehrkräftemangel – dringender Handlungsbedarf	78	◀
Beitrittserklärung	79	
Letzte Meldungen	80	

▶ Unsere Titelbeiträge sind mit einem roten Pfeil versehen.



Neue Herausforderungen

Unser Blick auf die Welt hat sich in den letzten Monaten nachhaltig verändert. Wir sehen Krisen und Bedrohungen. Eine Kollegin schrieb: „Es fehlt die Leichtigkeit, das Gefühl, alles werde gut. Geht es Ihnen auch so?“

Und unsere Schulen? Unsere Schulen sind Orte der Zuversicht für Kinder und Jugendliche geblieben. Sie gestalten Zukunft. Lehrerinnen und Lehrern sind neue Verantwortungen zugewachsen. Unterstützung, Ermutigung und Geborgenheit brauchen alle, auch die zu uns geflüchteten Kinder.

Die Schulen sind stark beansprucht. Sie haben personelle Engpässe, Ausstattungsdefizite und Nachwuchssorgen. Sie brauchen Entlastung. Aufgabe und Ziel unseres Verbandes ist, bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen zu erstreiten. Das zeigt sich auch in den Beiträgen der vorliegenden Ausgabe.

Voneinander Lernen

Dr. Svenja Schäfer, die Hauptreferentin unseres Social-Media-Fachkongresses, benannte Vorteile für Wissenschaft und Schule, wenn beide voneinander lernen. Darauf baute die Organisation des Kongresses auf. Er wurde von Wissenschaftlern und Lehrkräften bestritten. In den Workshops wurde deutlich, dass es dauerhaft darum geht, soziale Medien als Zukunftschance zu begreifen und Jugendliche zu einer verantwortungsvollen Nutzung zu befähigen. Der Ingelheimer Fachkongress fand zum zehnten Mal statt. Wir widmen ihm ein von Monika Antoni betreutes Dossier.

Unterricht und Fürsorge für geflüchtete Kinder

Die KMK-Vorsitzende Karin Prien möchte Kinder und Jugendliche aus der Ukraine im Rahmen des bewährten Systems beschulen. Sie hat eine Task-Force Ukraine eingerichtet und den früheren rheinland-pfälzischen Staatssekretär Hans Beckmann zu ihrem Leiter berufen. Wolfgang Häring beleuchtet die schulischen Herausforderungen. Er hat auch Erfahrungsberichte aus rheinland-pfälzischen Schulen gesammelt.

VDR-Bundesversammlung

Das Motto lautete: Mehr Bildung! Mehr Realität! Mehr Schule! Festredner der dreitägigen Veranstaltung in Mannheim war Dr. Jens Brandenburg, der parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium. Er beschrieb „gewaltige Aufgaben“, die es anzupacken gelte. Er ging auch auf die Themenfelder ein, die durch das Kooperationsgebot von Bund und Ländern im Bildungsbereich von Bedeutung sind. Ehrenvorsitzender Bernd Karst verabschiedete sich aus dem Bundesvorstand.

Gespräche

Schul- und Personalentwicklung stärken! Das ist die zentrale Forderung eines Gesprächs, das der Landesvorstand mit Bildungsministerin Dr. Hubig führte.

Zu einem Austausch traf sich der Landesvorstand mit Anne Drost von der Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU) und Doris John, der Sprecherin der Schulen von SchuleWirtschaft. Ihren Dialog wollen die Beteiligten zur Weiterentwicklung der Berufs- und Studienorientierung nutzen.

Auch das gibt es in dieser Ausgabe zu entdecken:

Lehrkräfte-Bedarf. Die aktuelle Modellrechnung der KMK zum Lehrkräftebedarf stellt die Länder vor Herausforderungen.

Berlin verbeamtet wieder Lehrkräfte. Vor rund 20 Jahren hatte Berlin die Verbeamtung gestoppt. Das hat sich als Standortnachteil erwiesen, der nun geheilt werden soll. Rund 700 Lehrerinnen und Lehrer waren jährlich in andere Bundesländer abgewandert.

Urheberrecht. Die Beschlüsse der Urheberrechts-Reform von 2017 wurden aktua-

liert. Wilfried Rausch fragt Rechtsanwältin Antonia Dufeu nach den Auswirkungen auf die schulische Arbeit.

Mutterschutz und Elternzeit. Eine aufregende Zeit steht bevor, wenn sich Nachwuchs ankündigt. Eine ganze Reihe von Vorgaben sind zu beachten. Wir geben eine Übersicht zu grundlegenden Informationen.

Corona – Adé? Sollte sich im Herbst eine neue Welle zeigen, wird sie Schülerschaft und Lehrkräfte wieder hart treffen. Wolfgang Häring wünscht sich, dass man z.B. durch eine stabile Vertretungsreserve und Schulgesundheitspflegekräfte vorbereitet wäre.

KINOKINO. „Eingeschlossene Gesellschaft“ spielt in einem Lehrerzimmer. Monika Antoni und Andreas Stegmann haben sich den Film angesehen.

Veränderungen individuell bewältigen. Nicole Weiß-Urbach hat ein Seminar der Bundesfrauenvertretung besucht. Im Mittelpunkt stand der Umgang mit Veränderungen. Sie sollten als Teil der persönlichen Weiterentwicklung verstanden werden.

In eigener Sache. Vereine und Verbände sprechen gerne von Herausforderungen, wenn sie den sogenannten Generationswechsel im Blick haben. In unserem Verband haben die Jüngeren und die Jungen Aufgaben und Verantwortung übernommen. Das zeigen die Neuwahlen im Land und in den Bezirken, und das zeigt sich in den Redaktionsteams unserer Medien. Schauen Sie sich das Titelbild noch einmal an: Auch der Kongress lebte vom Engagement junger Menschen!

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre. Vielleicht finden Sie Zeit, uns zu schreiben.

Ihr Wolfgang Wünschel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in wenigen Wochen beenden wir das Schuljahr 2021/2022. Seit der letzten Ausgabe haben viele interessante Gespräche, Verhandlungen und Veranstaltungen stattgefunden.

Mehr Bildung! Mehr Realität! Mehr Schule!

Dieses Motto prägte die 25. VDR-Bundesversammlung, die Ende März in Mannheim stattfand. Bei der dreitägigen Veranstaltung wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Die Mitglieder der Bundesversammlung setzten sich intensiv mit den Fragen auseinander, wie das Bildungswesen in Deutschland weiterentwickelt werden muss und welche Anforderungen die Schulen heute zu erfüllen haben.

Reale Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen!

Der Schwerpunkt der weiteren Verbandsarbeit liegt darauf, dass im Schulsystem Differenzierung und Leistungsorientierung erhalten bleiben. Bildung muss an den realen Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet werden. Digitalisierung, ökonomische Bildung und die Orientierung an den technischen und wissenschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit gehören zur Realschulbildung. Bei allen Entwicklungen und Erneuerungsprozessen im schulischen Bereich sind wir uns einig, das Primat der Pädagogik nicht aufzugeben.

Dank an Ehrenvorsitzenden Bernd Karst!

Aus rheinland-pfälzischer Sicht war der Bundesrealschultag auch eine Zäsur. Unser Ehrenvorsitzender Bernd Karst wurde nach vielen Jahren im Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden verabschiedet. In seinen Amtszeiten hat er zeitweise in Doppelfunktionen im Bundes- und Landesverband wesentliche und richtungsweisende Akzente gesetzt und unser Bundesland mit viel Energie und Einsatz auf Bundesebene vertreten.

Außerschulische Partnerschaften pflegen!

Des Weiteren haben wir in einem Perspektivengespräch die Zusammenarbeit zwischen unserem Verband und der Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT intensiviert. Der VRB stellte dabei heraus, dass

die Schule mehr denn je auf außerschulische Partner angewiesen ist. Im Grundsatz stimmten beide Seiten überein, dass u.a. der Praxistag durch die Einführung einer Teilnahmeverpflichtung aufgewertet werden sollte und insgesamt die Ausbildungsreife zu stärken ist.

10. Ingelheimer Fachkongress mit Zukunftsthema

Am 17. Mai konnten wir erfreulicherweise den 10. Ingelheimer Fachkongress in Präsenz stattfinden lassen. Mit dem Schwerpunkt „Social Media als Informationsquelle“ hat der Verband ein Zukunftsthema besetzt, welches nicht nur Relevanz für die Schulen hat, sondern vor allem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt.

Als Referenten konnte der Landesverband junge Wissenschaftler gewinnen, die über ihre Ergebnisse aktueller Forschungsarbeiten zu diesem Thema referierten. Die Herausforderungen für die Fortbildungsinstitute wie auch für jede Lehrkraft bestehen darin, an der Schulpraxis orientierte didaktisch-methodische Instrumente zur Unterrichtsarbeit im Rahmen der Vermittlung von Medienkompetenz zu erarbeiten.

Digitalisierung: Landesregierung gefordert!

Die Vermittlung von Medienkompetenz gewinnt zunehmend an Bedeutung. Dabei wird deutlich, dass an den Schulen ein großer Bedarf an der Umsetzung der Digitalisierung besteht. Vielerorts fehlt es immer noch an einer ausreichenden Breitbandanbindung, schnellem WLAN und insbesondere den passenden pädagogischen Konzepten. Die Landesregierung hat sich in diesen Bereichen große Ziele im Koalitionsvertrag gesetzt. Noch ist zu wenig von der Umsetzung spürbar.

Personalisierung in allen schulischen Bereichen notwendig!

Gerade zum Schuljahreswechsel legen wir den Fokus besonders auf die Personalisierung. Wir fordern eine Unterrichtsversorgung von 100 Prozent plus X ein, damit auf kurz- und mittelfristige Personalausfälle reagiert werden kann.

Eine über die reine Unterrichtsabdeckung hinausgehende Personalabdeckung ist



auch vor dem Hintergrund des Schülerzuwachses durch ukrainische Schülerinnen und Schüler zwingend erforderlich.

Ebenso wichtig ist, die schulpsychologische Unterstützung und Versorgung der Schulen in Rheinland-Pfalz auszubauen. Gehäufte und einschneidende Ereignisse wie Pandemien, Naturkatastrophen und Kriegssituationen bedeuten für Kinder und Jugendliche sowie Lehrkräfte eine enorme seelische Belastung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen im Namen der Verbandsorgane für Ihr tägliches Engagement. Sie tragen den wichtigsten Teil dazu bei, dass sich die Schulen weiterentwickeln können. Der VRB setzt sich parallel für die notwendigen Rahmenbedingungen ein.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien einen erholsamen Sommer.

Wir sind für Sie da!
Ihr Timo Lichtenthäler

Timo Lichtenthäler



INHALT

Einstieg und Begrüßung	6
Rückblick auf ein erfolgreiches Bildungsforum	8
Fridtjof-Nansen-Akademie: Ein idealer Standort für den Ingelheimer Fachkongress	12
Neugierig machen ... Die Referentinnen und Referenten laden zu ihren Workshops	13
Die Workshops	14–18
Bilanzierung der Arbeit in den Workshops	19
Fachvortrag I von Dr. Svenja Schäfer Grundlagen zum Nachrichtennutzungsverhalten Jugendlicher	20
Der Nachmittag	23
Rede des Landesvorsitzenden: Schule in der digital vernetzten Welt	25
Fachvortrag II von Dr. Svenja Schäfer Effekte veränderter Informationsnutzung: Wo ist schulischer Handlungsbedarf?	26
Podiumsdiskussion: Digitale Herausforderung – Ist die Schule gewappnet?	29
Voneinander lernen – eine Bilanz	31

Einstieg und Begrüßung

Ehrenvorsitzender Bernd Karst, Leiter der Ingelheimer Fachkongresse, eröffnete den 10. Fachkongress mit dem Hinweis, dass der Einstieg nicht direkt zur Tagesordnung führen könne. „Die vielzitierte Zeitenwende und die aktuelle Krisensituation, die sich auch auf Schulen auswirken, gebieten einen Vorspann.“

„Integration, Migration, Flucht und deren Auswirkungen gehören zu den ganz großen Themen“

Nach den immensen Belastungen der vergangenen zwei Jahre sehnen wir uns alle privat und beruflich nach ein wenig Normalität. Alle in der Schule Tätigen, Lehrkräfte, Schulleitungen, das unterstützende Personal, und selbstverständlich auch die Schülerinnen und Schüler, sind erschöpft. Die Corona-Pandemie fordert ihren Tribut. Und sie lässt uns auch weder jetzt noch in absehbarer Zukunft zur erhofften Ruhe kommen.

Mit Corona nicht genug. Aktuell sind wir bereits mit der nächsten Aufgabenbewältigung konfrontiert. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich seit Februar auf die Ukraine. Wir alle sind erschüttert darüber, dass ein Krieg solchen Ausmaßes und solcher Brutalität geführt wird.

Der Krieg in der Ukraine ist überall das Thema – privat, im Elternhaus, in der Öffentlichkeit und natürlich auch in der Schule. Wir werden in Nachrichten und sozialen Medien von frühmorgens bis spätabends mit Kriegsbildern überschüttet. Auch an den Kindern und Jugendlichen gehen diese Entwicklungen nicht vorbei.

Bereits auf dem 8. Fachkongress 2018 erklärte Dr. Florian Pfeil, Leiter der Fridtjof-Nansen-Akademie und Hausherr unserer Tagungsstätte, „dass Integration, Migration, Flucht und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft zu den ganz großen Themen gehören“. Die aktuellen Entwicklungen bestätigen diese Vorhersage.

Schulen gehören zu den Stützpfeilern unserer Gesellschaft. Sie sind Orte des Lernens, mehr noch: sie sind Orte der Geborgenheit, die den sozialen Zusammenhalt fördern. Unstrittig ist daher: Der Einsatz, den Lehrkräfte leisten, ist systemrelevant.

Immense Aufgaben lasten auf den Schulen und den Menschen, die dort Verantwortung tragen. Unsere nachdrücklichen Forderungen nach Ausweitung der finanziellen, räumlichen und zeitlichen Ressourcen haben keinen Selbstzweck. Sie zielen auf eine Verbesserung der schulischen Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Begrüßung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie sehr herzlich willkommen zu diesem 10. Fachkongress. Das Nebeneinander zweier Belastungsphasen, die Corona-Pandemie und die Kriegssituation und ihre Folgen, fordern von Ihnen eine immense Bewältigungsleistung. Sie sind trotz dieser Belastungsphasen nach Ingelheim gekommen. Dafür danken wir Ihnen sehr herzlich.

„Social Media als Informationsquelle“

Beispielhaft verdeutlicht der 10. Ingelheimer Kongress, wie sehr die ausgewählten Themen über viele Jahre hinweg die gesellschaftliche und schulische Aktualität widerspiegeln.

„Social Media als Informationsquelle“ lautet das diesjährige Kongresssthema. Der Hintergrund: Kinder und Jugendliche – und wohl auch zunehmend Erwachsene – besitzen immer weniger Interesse an journalistisch aufbereiteten Nachrichten. Klassische Informationsangebote in Zeitungen oder zu festen Terminen im Fernsehen besitzen kaum noch einen Stellenwert. Stattdessen verlassen sie sich sehr stark auf Nachrichten im Netz. Social Media spielen dabei eine zentrale Rolle.

Wir freuen uns, mit Frau Dr. Svenja Schäfer eine Wissenschaftlerin und Hauptreferentin gefunden zu haben, die gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen, Frau Nora Denner, Frau Dr. Christine Meltzer, Herrn Dr. Pablo Jost und Dr. Pascal Schneiders das Kongresssthema unter verschiedenen Aspekten beleuchtet. Die fünf jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler befinden sich auf aktuellem Forschungsstand.



Bernd Karst: „Unser Verband hat den Fachkongress 2009 initiiert, um der realen Bildung ein noch stärkeres Gehör zu verschaffen.“

Ingelheimer Fachkongress setzt verbandspolitische Akzente

Der Ingelheimer Fachkongress gehört zu den pädagogisch und bildungspolitisch anspruchsvollen Bildungsveranstaltungen in Rheinland-Pfalz. Unser Verband hat dieses Forum 2009 initiiert, um der realen Bildung ein noch stärkeres Gehör zu verschaffen.

Der Fachkongress findet öffentliche Aufmerksamkeit, nicht zuletzt auch aufgrund der Kompetenz der agierenden Referenten und Teilnehmer. Ministerinnen, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, Hochschullehrer sowie Professoren waren unsere Gäste und Referenten, ebenso Vertreterinnen und Vertreter aus der Medienwelt.

Der Ingelheimer Fachkongress setzt pädagogische und verbandspolitische Akzente. Er benennt die bildungspolitischen Herausforderungen, und er fordert zugleich Rahmenbedingungen ein, die den Schulen und den Lehrkräften ein zeitgemäßes und effizientes Arbeiten ermöglichen sollen. Der Fachkongress leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Schulen. All diese Gesichtspunkte begründen eine positive Rückschau und zugleich die Erwartung einer über den heutigen 10. Kongress hinausgehenden Kongress-Perspektive.



„Ich freue mich besonders auf die vielfältigen Workshops und den kollegialen Austausch, der durch die Pandemie in den letzten zwei Jahren zu kurz kam.“

Barbara Müller
Theodissa Realschule plus Diez



Rückblick auf ein erfolgreiches Bildungsforum

Bernd Karst ist Initiator und Leiter des Ingelheimer Fachkongresses. Das Jubiläum des 10. Kongresses war Anlass für einen Rückblick auf eine Erfolgsgeschichte.

„Start und erste Bilanz der Realschule plus“

Die ersten Kongresse 2009 und 2010 widmeten sich dem Start und einer ersten Bilanz der Realschule plus. Themenschwerpunkte damals und über die Dekade hinweg waren Fragen zur Unterrichtsqualität und zur Erziehung. Auch neue Kooperationen und neue Chancen standen im Mittelpunkt, zum Beispiel die Fachoberschule an der Realschule plus. Im Zuge der Schulstrukturveränderung erzielten beide Kongresse einen auch in der Außenwirkung erkennbaren Erfolg hinsichtlich sowohl der inhaltlichen Profilbildung als auch des kollegialen Zusammenfindens.

„Schule – was ist das?“

Der dritte Fachkongress im Jahr 2011 thematisierte die Frage „Schule – was ist das?“ Würden wir die Frage heute, also elf Jahre später, wiederholt stellen, wir kämen vermutlich zu einem anderen Ergebnis, zu einer differenzierteren Sicht. Schließlich verändern sich die an Schule gerichteten Erwartungen und Anforderungen. Manches, was lange als selbstverständlich galt, wird zwischenzeitlich zur Disposition gestellt. Das eröffnet Chancen, löst aber auch Bedenken aus.

„Wir stärken die Reale Bildung“

Unser fünfter Fachkongress 2014 stand unter dem Thema: „Wir stärken die reale Bildung – gemeinsam!“ Mit der zeitgleichen Umbenennung unseres Verbandes in „Verband Reale Bildung“ haben wir deutlich gemacht, dass wir diese Schulart als attraktive Alternative zum Gymnasium sehen. Reale Bildung ist heute auch mit Blick auf den zunehmenden Fachkräftemangel unverzichtbar.

Auf dem achten Fachkongress 2018, Thema: „Schule im europäischen Kontext – stehen wir vor einem Bildungsexit?“, erklärte Michael Eich in seiner programmatischen Rede: „Wenn die Fixierung auf Abitur und Hochschulstudium überwunden werden soll, dann müssen die mit ‚Realer Bildung‘ befassten Schularten aufgewertet und gestärkt werden.“

Udo van Kampen, ehemaliger ZDF-Korrespondent in Washington und Brüssel, Hauptredner dieses Kongresses, bestätigte diese Aussage und plädierte für eine Stärkung der Dualen Ausbildung.

„Guter Unterricht trotz Erziehungslücken?“

Die Erfahrung zeigt, dass das Unterrichten auch vor dem Hintergrund der zunehmenden Heterogenität immer schwieriger wird. Im Jahr 2013 griff der vierte Ingelheimer Fachkongress unsere verbandspolitische „Erziehungsoffensive“ auf. „Guter Unterricht trotz Erziehungslücken?“ lautete das Kongressthema. Die ZDF-Moderatorin und Autorin zahlreicher Bücher zu Erziehungsfragen, Petra Gerster, unterstützte in ihrem Vortrag unsere Forderung nach Ausbau der Schulsozialarbeit und des schulpsychologischen Dienstes. Sie bestätigte, dass die flankierenden Maßnahmen zur pädagogischen Unterstützung der Schulen völlig unzureichend sind. Dies gelte nicht nur für die Bewältigung erzieherischer Defizite, sondern auch für einen allgemein verbesserten Umgang mit Heterogenität.

„Wie lange werden sich die Pädagogen diese Rahmenbedingungen noch gefallen lassen?“, fragte Wolfgang Häring, der den in Arbeitskreisen geäußerten Unmut der

Kolleginnen und Kollegen auf dem sechsten Fachkongress 2015 zusammenfasste.

„Vernetztes Lernen in einer digitalen Welt“ und „Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien“

Der siebte Fachkongress 2017 widmete sich dem Thema „Schule 4.0 – Vernetztes Lernen in einer digitalen Welt“. Dr. Hubert Zitt, Dozent im Studienfach Informatik an der Hochschule Kaiserslautern und Experte für Star Trek erklärte, „das technische Wissen der Menschen habe sich schneller entwickelt als deren Soziologie“. In seinem Vortrag zeigte er auf, welche technischen Visionen der Science-Fiction-Autoren von Star Trek mittlerweile bereits Realität geworden sind bzw. demnächst Realität werden könnten. – In Anlehnung an diese Entwicklungen, auch hinsichtlich der Digitalisierung, stellt sich die Frage, warum unsere Schulen den technischen Entwicklungen so weit hinterherhinken.

Der neunte Fachkongress 2019 befasste sich mit der „Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien“. VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler forderte einen ‚DigitalPaktPlus‘ und damit weitere Finanzmittel des Landes, um die sächliche Ausstattung der Schulen zu verbessern. Der Hauptredner, ZDF-Chefredakteur Dr. Peter Frey, sprach über „Qualitätsjournalismus in Zeiten des Populismus“ und nahm in seiner Rede Bezug zum Thema Fake News.

Ingelheimer Fachkongress – Ergebnis engagierter Teamarbeit

Viele haben an der Vorbereitung und Durchführung des Ingelheimer Fachkongresses mitgewirkt. Ich danke den zahlreichen Kolleginnen und Kollegen für die



„Als langjähriges VRB-Mitglied und als VRB-Delegierter der Schule nehme ich gerne am Ingelheimer Fachkongress teil, weil mich die Thematik interessiert und ich mir davon erhoffe, sie nachhaltig in den Unterricht integrieren zu können.“

Jens Müller, Realschule plus Unter mosel mit FOS Koborn-Gondorf

großartige und umfängliche Zusammenarbeit. Hervorheben möchte ich Heidi Becker, die seit Jahren in Nachfolge von Gudrun Deck die Organisation in professioneller Weise verantwortet. Dank gebührt weiterhin Saskia Tittgen, Wolfgang Seebach sowie Caroline Hüttner für die Organisationsunterstützung. Ebenso danke ich Monika Antoni, Daniela Boudgoust, Wolfgang Häring, Wilfried Rausch und Regina Sersch, die unter der Federführung des Chefredakteurs Wolfgang Wünschel seit Jahren den Kongress journalistisch aufbereiteten. Darüber hinaus haben viele Mitglieder aus den drei Bezirksvorständen und dem Landesverband große Unterstützung in unterschiedlichen Funktionen geleistet. Die aktuellen Vorsitzenden haben die Fachkongresse für ihre verbandspolitische Arbeit genutzt. Viele wirken erfolgreich und mit unermüdlichem Einsatz am Ingelheimer Kongress mit, viel mehr, als dies öffentlich zum Tragen kommt. Stellvertretend für diese Kollegin-

nen und Kollegen, die im Hintergrund die Fäden in der Hand haben, möchte ich unseren Geschäftsführer und früheren stellvertretenden Landesvorsitzenden Wilfried Rausch, den Schatzmeister und früheren stellvertretenden Landesvorsitzenden Erwin Schneider und nochmals die Organisationsleiterin Heidi Becker erwähnen, ebenso Saskia Tittgen, die heute die Moderation übernommen hat.

Zehn Jahre Fachkongress Ingelheim – Unser Dank gilt insbesondere der Fridtjof-Nansen-Akademie, die uns die Räumlichkeiten und die Tagungstechnik für diesen Bildungskongress von Beginn an zur Verfügung stellt und somit die äußeren Bedingungen zum erfolgreichen Gelingen der Veranstaltungen gewährleistet. Persönlich danken wir dem Akademieleiter, Herrn Dr. Florian Pfeil, und seiner Mitarbeiterin, Frau Stefanie Fetzer.

Bernd Karst

Die zehn Fachkongresse im Überblick

- 1 2009 „Realschule plus – gemeinsam gut starten“
- 2 2010 „Realschule plus – eine erste Bilanz mit Blick in die Zukunft“
- 3 2011 „Schule – was ist das?“
- 4 2013 „Guter Unterricht trotz Erziehungslücken?“
- 5 2014 „Wir stärken die reale Bildung – gemeinsam. Auf den Lehrer kommt es an.“
- 6 2015 „Erziehungsoffensive: Wir lassen nicht locker“
- 7 2017 „Schule 4.0“ – Vernetztes Lernen in einer digitalen Welt“
- 8 2018 „Schule im europäischen Kontext – stehen wir vor einem Bildungsexit?“
- 9 2019 „Ein Like für eine gute Bildung. Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien“
- 10 2022 „Social Media als Informationsquelle“

Fachkongress INGELHEIM
 Verband Reale Bildung
 Donnerstag, 8. März 2018 • Fridtjof-Nansen-Akademie am Neuen Markt 3 • 55218 Ingelheim

Ein Like für gute Bildung!
 Faszination und Skepsis beim Einsatz digitaler Medien
 Donnerstag, 21. März 2019 • Fridtjof-Nansen-Akademie • Neuer Markt 3 • 55218 Ingelheim

Social Media als Informationsquelle
 Dienstag, 17. Mai 2022
 Fridtjof-Nansen-Akademie
 Neuer Markt 3
 55218 Ingelheim



Fridtjof-Nansen-Akademie – ein idealer Standort für den Ingelheimer Fachkongress

„Nun kommt der eigentliche Höhepunkt des Tages“, so beginnt Dr. Florian Pfeil, der Leiter der Akademie, scherzhaft seine Begrüßungsrede zum 10. Ingelheimer Fachkongress.

Er bringt seine Freude darüber zum Ausdruck, dass er wieder Menschen live erleben dürfe. Er sei sehr gerne der Einladung von Bernd Karst und Timo Lichtenthäler gefolgt, eben weil es auch etwas zu feiern gäbe – den 10. Ingelheimer Fachkongress des VRB in der der Fridtjof Nansen Akademie. Kontinuität und Lebendigkeit des Verbandes zeige sich darin, diese Veranstaltung immer wieder inhaltlich zu planen, zu organisieren und als „Markstein“ in seinem Haus durchzuführen.

Dr. Pfeil verweist auf die Bedeutung politischer Bildung für Jugendliche. Er sieht hier Handlungsbedarf. Er übergibt bei diesem Stichwort an seine Mitarbeiterin Maren Weiß. Als Referentin für politische Bildung stellt sie die zahlreichen Fortbildungs- und Jugendseminare der Fridtjof-Nansen-Akademie für Schülerinnen und Schüler aller Schularten vor. Es gehe darum, auf politische Bildung neugierig zu machen und nachhaltig „an den Teenager zu bringen“.



Dr. Florian Pfeil sieht die Ingelheimer Fachkongresse als Belege einer lebendigen Verbandsarbeit.

Jutta Okfen
jutta.okfen@vrb-rlp.de



„Uns interessiert das Thema Social Media sehr. Außerdem sind wir auf den Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen gespannt. Zudem treten in unseren Klassen immer wieder Probleme mit Social Media auf, beispielsweise wenn es um Rechte am Bild oder um Fake News geht.“

Bianda Bajraktari (li.) und Jana Wall
Heinrich-Heine-Realschule plus Neuwied



Die Akademie ist ein Forum für politische Bildung. Maren Weiß stellt das breitgefächerte Programm mit Seminaren und Studienreisen vor.

Neugierig machen....

Die Referentinnen und Referenten laden zu ihren Workshops

Wissensillusion durch Social Media als Nachrichtenquelle

Die Referentin dieses Workshops, Dr. Svenja Schäfer, beschäftigt sich in ihrer Forschung u. a. mit sog. Snack News. Sie hat z. B. untersucht, ob und auf welche Weise Nachrichten in digitalen Informationsumgebungen eine Überschätzung des eigenen Wissens begünstigen können. Es geht dabei um die Potenziale unterschiedlicher Nachrichtenkanäle – für

Inzivilität im Netz: Hatespeech und Cybermobbing

Zu Beginn des Internetzeitalters stand die Idee, dass sich durch die Nutzung des neuen Mediums viele Menschen durch öffentliche Diskurse an demokratischen Prozessen beteiligen würden. Dr. Christine Meltzer, deren Forschungsschwerpunkte im Bereich der politischen Kommunikation sowie im Themenfeld Medien und Gewalt liegen, zeigt allerdings, dass

es aktuell in den Kommentarbereichen der Online-Medien sehr viel Hass – bis hin zu Gewaltaufrufen – gegenüber einzelnen Personen und Gruppen kommt. Diese Hatespeech bildet den Nährboden für reale Übergriffe und schafft ein Klima, in dem Diskriminierung gesellschaftlich legitimiert scheint. Ziel des Workshopangebotes ist es, Projektideen anzustoßen, die bei Schülerinnen und Schülern



„Workshop-Paten“ des VRB leiten die Referentinnen und Referenten von der Bühne in die Seminarräume. Angeboten werden zwei Durchgänge, so dass die Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmer Gelegenheit haben, zwei Angebote wahrzunehmen.

das Lernen, aber auch die Wissenswahrnehmung. Nachrichten in Social Media sind oftmals oberflächlich und haben eher wenig Substanz. Durch wiederholte Kontakte mit solchen „Nachrichtenhäppchen“ verstärkt sich allerdings das Gefühl, etwas von einem Thema zu verstehen und so entsteht eine Wissensillusion. Diese Diskrepanz zwischen tatsächlichem und wahrgenommenem Wissensgewinn wird im Workshop thematisiert. Ziel ist es, einen Leitfaden zu entwickeln, um die eigene Wissenswahrnehmung und damit das Lernen zu optimieren, auch mit den Nachrichtenangeboten auf Social Media.

Fake News, Verschwörungstheorien und Co.: Falschmeldungen in sozialen Medien

Die Kommunikationswissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Publizistik an der JGU Mainz, Nora Denner, betrachtet in ihrem Workshop, was grundsätzlich unter Fake News verstanden wird und beobachtet ihre Verbreitung und ihre Wirkung. Im Anschluss an diese Inputs werden notwendige Kompetenzen erörtert, um Fake News ermitteln, identifizieren und einordnen zu können.

Empathie wecken, um so frühzeitig das wirksamste Gegenmittel zu schaffen.

Digital Campaigning

Dr. Pablo Jost, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik an der JGU Mainz, will in seinem Workshop über die Aufmerksamkeitslogik und die Selektionskriterien sozialer Medien aufklären. Woran liegt es, dass bestimmte, oftmals populistische Botschaften in sozialen Medien so erfolgreich sind? Damit verbunden wird der Frage nachgegangen, wie sich das Meinungsklima in den sozialen Medien von der Lebensrealität der Schülerinnen und Schülern unterscheidet und wie die Jugendlichen für diese Diskrepanz zwischen „der Meinung“ in den sozialen Medien und der realen Welt sensibilisiert werden können.

Nachrichtennutzung von Jugendlichen

Pascal Schneiders (Promovend am Institut für Publizistik an der JGU Mainz) gibt in seinem Angebot vertiefende Einblicke in die Nachrichtennutzung und das Nachrichtenverständnis von jungen Menschen. Im interaktiven Teil des Workshops soll den Fragen nachgegangen werden, welche Relevanz- und Qualitätskriterien an Nachrichten gestellt werden sollten und wie der Konsum von Nachrichten im Unterricht eingebunden werden kann.

Jochen Leonhardt
jochen.leonhardt@vrb-rlp.de



Workshop 1

Referentin
Dr. Svenja Schäfer

Wissensillusion durch Social-Media als Nachrichtenquelle

Unsere Referentin Dr. Svenja Schäfer unterschied einleitend zwischen subjektivem und objektivem Wissen.

Subjektives Wissen beschreibt das Gefühl, sich informiert zu fühlen. Es beschreibt eher eine Intuition, die nicht an konkrete Fakten gebunden ist. Objektives Wissen hat einen normativen Charakter. Es besteht aus Informationen, die im Langzeitgedächtnis gespeichert sind und wiedergegeben werden können. Erlangt wird es primär durch das Nutzen „hochwertiger“ Medien. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten zählen z.B. dazu.

In ihren Untersuchungen hat Dr. Schäfer zeigen können, dass Soziale Medien kaum einen nachhaltigen Effekt auf den Lernzuwachs junger Menschen haben. Das subjektive Wissen werde gestärkt durch die leichte Zugänglichkeit und die Vertrautheit mit dem Medium.

In den sozialen Medien kursieren zahlreichen Falschinformationen. Die sind nicht leicht erkennbar, und ihre Urheber sind oftmals nicht identifizierbar. Daraus ergibt sich ein großes Gefahrenpotenzial, auf das Schule reagieren sollte.

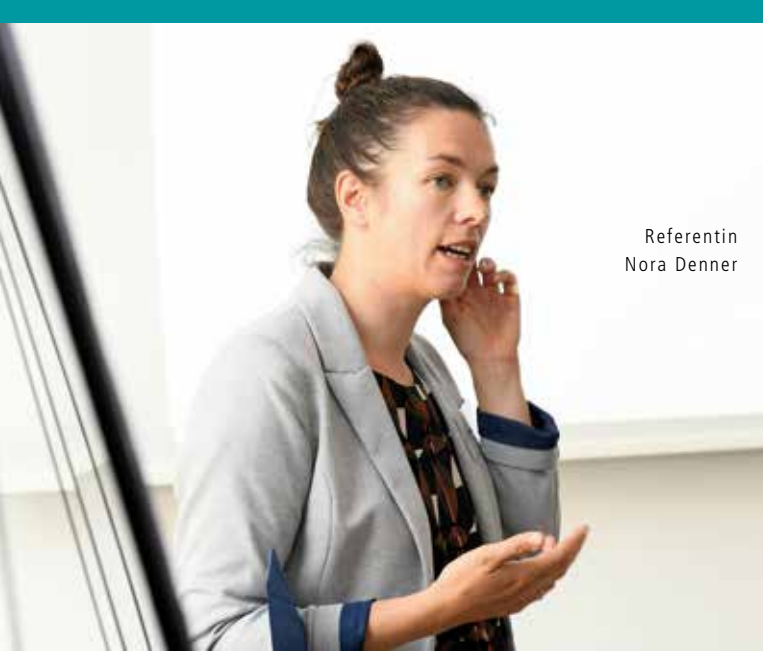
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops erarbeiteten Ansätze eines Leitfadens zur Nachrichtennutzung in sozialen Medien, durch die Wissensillusion möglichst gering ist. Ergänzend gingen wir der Frage nach, welche Medienangebote sich zum Lernen eignen.



Nico Cordes
nico.cordes@vrb-rlp.de

Wie kann Nachrichtennutzung auf Social Media sinnvoll sein?
Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sammeln Ideen.





Referentin
Nora Denner

Workshop 2

Fake News, Verschwörungstheorien und Co.: Falschmeldungen in den Sozialen Medien

Im Fokus unseres Workshops stand die hochaktuelle Thematik „Fake News“. Die rasch zunehmende Informationsflut und Informationsdichte forcieren diese Problematik zunehmend.

Im Umgang mit „Fake News“ kommt der Kompetenz, Fake News als solche zu erkennen, eine zentrale Bedeutung zu. Das Bedrohungspotenzial und die gesellschaftlichen Folgen von Fake News sind gewaltig. Die Referentin veranschaulichte an diversen praktischen Beispielen, wie die Art der Information erkannt werden kann.

Besonders kritisch diskutiert wurde im Workshop der Umgang mit Falschmeldungen.

Dabei ging es auch um „Debunking“, das Entlarven und Richtigstellen von Fake News durch Experten. Studien haben gezeigt, dass die Aufklärung von Fake News problematisch sein kann, da dadurch eher die Falschdarstellung in Erinnerung bleibt, anstatt diese zu bekämpfen. Es ist zudem erkennbar, dass Peer-Groups und der soziokulturelle Kontext eine enorme Einflussgröße im Bereich der Meinungsbildung einnehmen und schwer zu entkräften sind. Ebenso bleiben von vertrauenswürdig eingestuften Personen verbreitete Fake News deutlich länger im Gedächtnis.

Es bestand Konsens in unserer Gruppe darin, dass Schülerinnen und Schüler den kritischen Umgang mit Medien frühzeitig erlernen müssen. Die Profilierung einer medialen Urteilskompetenz sollte ein Ziel der demokratischen Erziehungsarbeit von Schule sein.



Vorbeugen beim Erkennen von Fake News: den kritischen Umgang mit Medien frühzeitig erlernen



Andreas Stegmann
andreas.stegmann@vrb-rlp.de



Referentin
Dr. Christine Melzer



Workshop 3

Inzivilität im Netz: Hate-speech und Cybermobbing

In diesem Workshop erläuterte die Referentin die Begriffe „Inzivilität“ und „Hatespeech“: Unter Inzivilität versteht man gruppenbezogene Verhaltensformen, die allgemein Höflichkeitsformen verletzen. Werden negativ geäußerte Inhalte gegenüber bestimmten Personen oder Personengruppen in digitaler Form verbreitet, wird diese Verbreitung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Hatespeech bezeichnet.

Die Problematiken im Kontext von Mobbing und Diskriminierung, vor allem im Social Media Bereich, unterliegen einer wachsenden Dynamik. Im Netz gibt es kein reelles Gegenüber, keine Face-to-Face-Interaktion, keine Mimik und Gestik in der Kommunikation. Es scheint anonym so viel einfacher, zu beleidigen, zu bedrohen oder zu hassen.

Für uns waren die Hinweise der Referentin auf einschlägige Studienergebnisse beklemmend, dass rund 80 Prozent der deutschen Internetnutzerinnen und -nutzer ab 14 Jahren bereits einmal Hasskommentaren im Internet begegnet sind. Dabei schauen 90 Prozent der Leserschaft nur zu, sodass die laute Minderheit sich stärker fühlt und auch stärker wahrgenommen wird. Die Algorithmen sozialer Netzwerke begünstigen diese Entwicklung; häufig kommentierte Inhalte werden den Nutzerinnen und Nutzern bevorzugt angezeigt. Inzivilis, diskriminierende und hassvolle Kommentare können zudem das Kommentierungsverhalten anderer beeinflussen.

Im schulischen Alltag der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigt sich, dass bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern die Cybermobbing-Problematik am stärksten auftritt, da ihnen die Konsequenzen ihres Handelns nicht bewusst sind.

Die Referentin gab uns Anregungen, wie wir durch Interventionen dazu beitragen können, Hatespeech aktiv zu bekämpfen. Diese beziehen sich auf Schulung von Internetkompetenz, Vermittlung der Menschenrechte und das Zeigen von Empathie und Solidarität mit den Betroffenen.

Interessiert
nehmen die
Teilnehmerinnen
und Teilnehmer
Tipps auf, wie
aktiv gegen
Hatespeech
vorgegangen
werden kann.

Lisa Deck
lisa.deck@vrb-rlp.de



Christoph Schneider
christoph.schneider@vrb-rlp.de



Workshop 4

Referent
Dr. Pablo Jost

Digital Campaigning

In unserem Workshop zeigte Dr. Pablo Jost, mit welchen Mitteln politische Akteure agieren, damit digitale Kampagnenführung funktioniert und vor welche Herausforderung wir alle damit gestellt werden.

Politische Kommunikation über Twitter, Facebook und Co erfolgt nicht mehr nur während des Wahlkampfes, sie ist allgegenwärtig. Dabei treten die politischen Akteure direkt und ungefiltert mit den Usern in Kontakt.

Algorithmen personalisieren die Interaktionen von Nutzerinnen und Nutzern. Das heißt, Likes und Weiterleitungen bestimmter Inhalte haben zur Folge, dass auf das Nutzerverhalten angelegte Inhalte angezeigt werden. So verengt sich die Bandbreite der Themen, die dem Einzelnen angeboten werden.

Politische Akteurinnen und Akteure nutzen die „Logik der Viralität“: Themen, die polarisieren, emotionalisieren und daher kontrovers diskutiert werden, werden häufiger „geliked“ und „retweetet“ und bekommen dadurch eine höhere Reichweite. Die politische „Meinungsmache“ in ihrer digitalen Medienpräsenz setzt daher bewusst auf die Zuspitzung solcher Themen. Politische Beiträge, die eine besonders hohe Reichweite haben, bilden nicht unbedingt die Mehrheitsmeinung ab. Eine abweichende Meinung zu einem Thema wird nicht geäußert, aus Angst, etwas gegen diese vermeintliche Mehrheit zu sagen. Es kommt so zu einer verzerrten Wahrnehmung der herrschenden Meinung.

Als Fazit unseres Workshops haben die Teilnehmenden mitnehmen können, dass Lehrkräfte nicht das Nutzerverhalten im Umgang mit den sozialen Medien ändern, aber dafür sensibilisieren können, was es mit unserer Gesellschaft macht, wenn wir uns lediglich auf die Informationen dieser „Nachrichten-Anbieter“ verlassen.



Martina Friedrichs
martina.friedrichs@vrb-rlp.de



Maren Sassenroth
maren.sassenroth@vrb-rlp.de

Online-Realitäten:
Digital Campaigning
beeinflusst Meinungen



Workshop 5

Nachrichtennutzung von Jugendlichen

Was verstehen Jugendliche unter Nachrichten? Wie lässt sich ihre Nachrichtennutzung charakterisieren? Welche Nachrichtenangebote gibt es für Jugendliche und welche dieser Angebote bedienen ihre Bedürfnisse?

Mit diesen Fragen begrüßte der Referent Dr. Pascal Schneiders die Teilnehmenden unseres Workshops.

Aus unserem Workshop konnten wir Folgendes mitnehmen:

Im Hinblick auf die Aneignung und Stärkung einer eigenen Meinungs- und Wissensbildung ist die Nutzung von Nachrichten von großer Bedeutung. Auch wenn es eine Vielzahl an diversen Nachrichtenangeboten gibt, so wird ein stagnierendes bis hin zu einem abnehmenden Interesse an Nachrichten bei jungen Menschen beobachtet. Es gibt unzählige Möglichkeiten sich zu informieren. Daraus resultiert, dass der frühere sehr bewusste Nachrichtenkonsum im Kontrast zu der heute verbreiteten beiläufigen und eher zufälligen Nachrichtennutzung steht.

Zur Frage, warum das Interesse der jungen Generation an „echten Nachrichten“ stetig abnimmt, verweist Pascal Schneiders auf eigene Studien, in denen Jugendliche zu ihren Wünschen und Anforderungen an Nachrichten befragt wurden. Dort wird oftmals kritisiert, dass Nachrichten viel zu negativ sind. Daher würden sie weniger konsumiert. Darüber hinaus fehlt oftmals die Identifikation mit dem Thema, sodass das Interesse daran schwindet. Ein weiterer Aspekt ist die Verständlichkeit. Sind die Nachrichten zu komplex, sinkt die Bereitschaft, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Unser Workshop zeigte aber auch, dass es eine grundsätzliche Nachfrage nach Nachrichten und die Bereitschaft zur Nutzung gibt. Deutlich wird dies bei Plattformen wie TikTok oder Instagram, auf denen die Kanäle der Tagesschau von Jugendlichen sehr gefragt sind. Kritisch betrachtet könnte man argumentieren, dass eine kurze Schlagzeile oder eine sehr reduzierte Darstellung von wichtigen Aspekten keinesfalls einer angemessenen Nachricht entspricht. Jedoch könnte diese Art von Nachrichtennutzung auch als Chance für eine erste Annäherung gesehen werden.

Jana Brachtendorf dokumentiert für uns diesen Workshop



Referent
Dr. Pascal Schneiders



Angeregt diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Gründe eines eher zufälligen Nachrichtenkonsums



Bilanzierung der Arbeit in den Workshops

Die Ergebnisse der Workshops wurden im Anschluss im Plenum von den Referentinnen und Referenten vorgestellt.

1. Wissensillusion durch Social Media als Nachrichtenquelle (Dr. Svenja Schäfer)

Der Workshop mit dem Titel „Wissensillusion“ thematisierte die notwendige Abgrenzung von Wissen und wahrgenommenem Wissen im Zusammenhang mit der Rezeption von Nachrichteninhalten. Die sozialen Medien begünstigen unbestritten das Gefühl, man kenne sich gut mit einem bestimmten Thema aus, gerade weil einem dieses bereits mehrfach in verschiedenen sozialen Medien begegnet ist. Im Workshop wurden gemeinsam verschiedene Kriterien definiert, anhand derer Nachrichtenquellen von und gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen auf ihre Tauglichkeit hin untersucht werden können.

2. Fake News, Verschwörungstheorien und Co.: Falschmeldungen in den sozialen Medien (Nora Denner)

Ein deutliches Signal dieses Workshops: Die Menge und Wirkung von Fake News ist längst nicht so weitreichend, wie vermutet und proklamiert. Jugendliche nutzen jedoch häufig und intensiv das Internet, was die Wahrscheinlichkeit deutlich erhöht, dass sie mit Fake News in Kontakt kommen. Daher ist es von immenser Bedeutung, Kompetenzen bei den Schülerinnen und Schülern anzulegen und zu fördern, die gesammelt zur Beurteilung von Nachrichten und deren Wahrheitsgehalt genutzt werden können und so den kognitiven Verarbeitungsmodus stärken. In diesem Zusammenhang werden beispielsweise der Umgang mit Quellen und deren Vergleich genannt.

3. Inzivilität im Netz: Hatespeech und Cybermobbing (Dr. Christine Meltzer)

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops waren sich einig, Hatespeech bzw. Cybermobbing ist inzwischen auch Realität in den Klassenräumen. Im Kampf gegen diese Phänomene gibt es keine pauschale Lösung. Regulatorische Instrumente der sozialen Netzwerke, wie die Löschung von Hasskommentaren, Ausschlüsse, Warnungen und Meldungen funktionieren nur begrenzt. Langfristig kann nur durch die intrinsische Motivation Hatespeech und Cybermobbing erfolgreich bekämpft werden. Es gilt in diesem Zusammenhang vor allem, bei den Jugendlichen Empathie für Betroffene herzustellen und die Eltern in die Präventionsarbeit einzubinden.

4. Digital Campaigning (Dr. Pablo Jost)

Wie und nach welchen Kriterien sortieren soziale Netzwerke bestimmte Inhalte, die dann in unseren Newsfeeds landen? Dieser Frage ging der Workshop „Digital Campaigning“ nach und thematisierte dabei die Funktionsweise sozialer Medien. Der Schlüssel liegt in bestimmten Algorithmen, die in den verschiedenen sozialen Netzwerken ähnlich funktionieren. Dabei spielt die Interaktion der Nutzenden bei der Selektion eine zentrale Rolle. Populistische, negative und emotionalisierende Inhalte bestimmen die digitalen Medien. Problematisch dabei ist, dass die Nutzerinnen und Nutzer eine bestimmte Meinungstendenz als eine vermeintliche Mehrheitsmeinung wahrnehmen, die jedoch keineswegs eine ist, aber zur Meinungsbildung herangezogen wird. Die Herausforderung liegt darin, den Blick der Jugendlichen hierfür zu öffnen und so zu sensibilisieren.

5. Nachrichtennutzung von Jugendlichen (Pascal Schneiders)

Die Mediennutzungsintensität von Kindern und Jugendlichen nimmt in den letzten Jahren stetig zu und liegt im Durchschnitt bei circa acht Stunden am Tag. Nachrichten werden von ihnen zwar primär auf digitalem Weg bezogen, aber oftmals nebenbei und eher zufällig auf dem Smartphone rezipiert. Themen aus der unmittelbaren Lebenswelt der jungen Menschen wie Umwelt, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit, aber auch die sogenannten Softnews zu Stars und Sternchen weckten das Interesse an Nachrichten, da sie Identifikation und damit Nutzungsanreize schaffen. Eine generelle Zunahme der Nachrichtennutzung sei somit nicht festzustellen.

Fazit

In allen Workshops wurde deutlich, dass das Spannungsfeld zwischen der digitalen Welt mit ihren vielfältigen Herausforderungen und dem pädagogischen Umgang damit riesig ist. Mangelnde personelle, technische und auch räumliche Ressourcen an den Schulen erschweren eine Bewältigung noch zusätzlich.

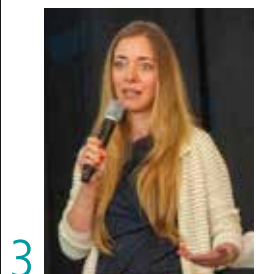
Katharina Bitz
katharina.bitz@vrb-rlp.de



1



2



3



4



5

Fachvortrag I

Dr. Svenja Schäfer: Grundlagen zum Nachrichtennutzungsverhalten Jugendlicher

Dr. Svenja Schäfer erklärte im ersten Teil ihres Vortrages, was durch das Internet als Nachrichten- und Informationsquelle in der Nachrichtenlandschaft passiert ist, welche Veränderungen es mit sich brachte und wie das Internet genutzt wird. Danach ging sie konkret auf Social Media als Nachrichten- und Informationsquelle ein und beschrieb Angebote, die bei Jugendlichen besonders beliebt und für Menschen, die nicht zu den Digital Natives zählen, erklärungsbedürftig sind.

1994 begannen die ersten Lokalzeitungen in Deutschland, ihre Inhalte auch digital zu vermitteln. Allerdings hat man dabei die Vorteile des Internets in diesem Sektor nicht genutzt, denn erst um die Jahrtausendwende gab es eigene Inhalte im Netz. Das bekannteste Angebot ist SPIEGEL ONLINE. Zu dessen 20-jährigem Jubiläum wurde getitelt, dass man zu Beginn noch gar nicht so richtig wusste, was man mit dem Internet anfangen sollte und dass gerade hier eine enorme und rasante Weiterentwicklung stattgefunden hat.

Ziel des Fachkongresses ist, Wissenschaft und Schule im Austausch über die Fragen zusammenzubringen, wie sich die Informationslandschaft verändert hat, welche Chancen und Risiken sich daraus ergeben und wie man in der Schule damit umgehen sollte.

Aus wissenschaftlicher Perspektive kann man das Potential des Internets in einer Sozialdimension, einer Zeichendimension und einer Raum- und Zeitdimension erfassen.

Potenzial des Internets: Sozialdimension

In seiner Sozialdimension ermöglicht das Internet Partizipation und Interaktivität.

Partizipation bedeutet, dass jeder eigene Inhalte schnell an ein großes Publikum verbreiten kann. Daraus entstehen positive Effekte, weil es die Vielfalt kommunikativer Angebote drastisch erhöht, aber auch Schwankungen in der Qualität mit sich bringt, weil an keiner Stelle sichergestellt werden muss, dass das, was vermittelt wird, auch Substanz hat. Es muss nicht mal der Wahrheit entsprechen und kann eben trotzdem eine große Zahl von Menschen erreichen.

Interaktivität bedeutet, dass der Kommunikationsprozess im Internet nicht mehr linear vom Sender zum Empfänger verläuft, sondern dass immer wieder Rückkopplungsprozesse stattfinden können. Dadurch hat sich der Austausch zwischen Journalismus und Publikum stark verändert. Wenn eine Nachricht auf sozialen Medien verbreitet wird, gibt es Nutzerkommentare, die eventuell weiterverbreitet und geteilt werden. Dadurch gibt es Feedbackschleifen, die andere Medien so nicht haben. Der Austausch zwischen Journalismus und Publikum wird so gestärkt.

Das gilt auch für den Austausch zwischen Politik und dem Publikum. Politikerinnen und Politiker sind über soziale Netzwerke in der Lage, direkt mit dem Publikum zu kommunizieren und sich hier ein rasches Feedback einzuholen bzw. in den Austausch zu treten.

Als weiteres interaktives Element gilt, dass Nutzerinnen und Nutzer sich auch untereinander austauschen können. Informationsvermittlung findet nicht mehr nur von dem Journalisten oder der Journalistin zu dem Benutzer oder zu der Benutzerin statt, auch zwischen den Nutzerinnen und Nutzern können Informationen, Meinungen und Fakten zum Beispiel über die Kommentarspalte ausgetauscht werden.

In der Sozialdimension folgt das Internet also einer ganz anderen Logik als in der klassischen Medienwelt.

Potenzial des Internets: Zeichendimension

In der Zeichendimension ermöglicht das Internet Multimedialität. Man muss sich



im Onlinejournalismus nicht entscheiden, ob man Text, Bild, Ton oder ein bewegtes Bild benutzt, weil man alles machen und diese Formen kombinieren kann. So entstanden zum Beispiel interaktive Infographiken.

Der Vorteil der Misch- und Sonderformen liegt darin, dass sich Nutzerinnen und Nutzer im Internet von ihren informativen Wünschen leiten lassen können und dass sie immer ein entsprechendes Angebot finden. Dies geht allerdings einher mit hohen Anforderungen an den Onlinejournalismus, der, um diese Vorteile bieten zu können, in vielen Bereichen Expertise benötigt.

Potenzial des Internets: Raum- und Zeitdimension

Online-Beiträge können zeitlich unabhängig publiziert und abgerufen werden. Es gibt keine festen Zeiten mehr, in der das Informationsangebot zur Verfügung steht. Man kann jederzeit und überall über verschiedene Geräte Informationen dann abrufen, wenn der Zeitpunkt passend ist. Man kann kurze oder lange Formate wählen, die zudem einer ständigen Aktualisierung unterliegen.

Zusammenfassung: vier zentrale Charakteristika von Onlinenachrichten:

- Uns steht eine unbegrenzte Menge von sich permanent aktualisierenden Informationen zur Verfügung.
- Das Angebot ist sehr vielfältig. Man ist nicht festgelegt auf Text oder Bild. Es gibt bestimmte Formen, die für das Internet als Nachrichtenmedium charakteristisch geworden sind.
- Es gibt eine Hyperlinkstruktur. Das bedeutet, Nachrichten sind nicht linear abrufbar wie wir das beispielsweise von der Tageschau kennen. Hier sehen wir alle die Beiträge in der gleichen Reihenfolge. Wenn man sich im Netz über ein bestimmtes Thema informiert, dann ist die Auseinandersetzung mit dem Thema sehr davon abhängig, welche Seiten man auswählt. Es gibt somit keinen linearen Verlauf der Nachrichtennutzung: Man muss sich in der Netzstruktur des Internets eigenständig fortbewegen.
- Es gilt der interaktive Charakter. Nachrichten im Netz werden intensiv sozial diskutiert. Man kennt immer auch die Meinungen oder die Kommentare anderer Nutzerinnen und Nutzer. Und man kann direkt mit dem jeweiligen Journalisten oder der Journalistin in Interaktion treten.

Nutzungsverhalten von Jugendlichen

Angesichts dieser vielfältigen Möglichkeiten der Nachrichtennutzung im Internet drängt sich die Frage auf, ob sie überhaupt genutzt werden. Das kann man eindeutig bejahen. Es gibt allerdings einen eindeutigen Alterseffekt. Bezieht man das Nutzungsverhalten von Jugendlichen mit ein, gibt es drei zentrale Studien, die darüber Auskunft geben:

- Reuters Digital News Report (jährliche Publikation)
- JIM Studie (jährliche Publikation der Landesmedienanstalt Baden-Württemberg)
- #Usethenews Studie des Hans-Bredow-Institut (einmalige Studie)

Alle drei Studien belegen, dass das Internet für Jugendliche die Hauptnachrichtenquelle ist, sie sich täglich mehre-

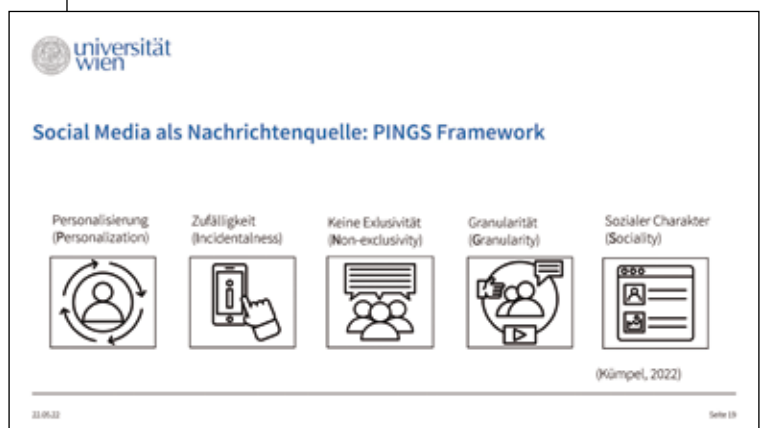


Referentin Dr. Svenja Schäfer ist Post-Doc an der Universität Wien. Promoviert hat sie 2020 an der JGU Mainz mit dem Thema „Mediennutzung und metakognitive Wahrnehmung“. Ihre Forschungsthemen sind Mediennutzung und Wissensvermittlung, Nachrichtennutzung in Krisenzeiten und Effekte von Nutzerkommentaren auf Social Media.

re Stunden darin bewegen, ihr Interesse an Nachrichten oder an journalistischen Inhalten aber eher gering ist. Doch wenn Jugendliche sich mit Nachrichten oder Politik im Netz auseinandersetzen, dann findet das zum überwiegenden Teil in sozialen Medien statt. Deshalb ist es für die schulische Bildung wichtig zu verstehen, welche Informationen man in sozialen Medien findet und worin Chancen und Risiken bestehen.

Social Media als Informationsquelle

Das „PINGS-Modell“ erklärt diese mit seinen Komponenten Personalization, Incidentalness, Non-exclusivity, Granularity und Sociality sehr anschaulich.



Personalisierung: Die Inhalte sozialer Medien sind mittels algorithmischer Personalisierung auf individuelle Bedürfnisse zugeschnitten. Dabei unterscheidet man die nutzerzentrierte Personalisierung durch aktives Handeln (z.B. abonnieren bestimmter Kanäle, liken, teilen) und die inhaltspezifische Personalisierung durch Relevanzkriterien, die die Plattform festlegt (z.B. bezahlte Inhalte, Anzahl der Likes für bestimmte Inhalte). Nutzerinnen und Nutzer sehen, was sie interessieren könnte, aber nicht unbedingt, was sie sehen sollten. Das Interesse nach Aufmerksamkeit und ein ökonomisches Interesse beeinflussen diese Angebote.

Zufälligkeit: Soziale Medien werden nur selten gezielt aufgesucht, um sich über Nachrichten zu informieren, sondern primär, um soziale Kontakte zu pflegen. Deshalb passieren die Nachrichtenkontakte meist zufällig und eher situativ.

Keine Exklusivität: Nachrichten sind auf sozialen Medien nur einer von vielen Inhalten. Sie konkurrieren permanent mit anderen, unterhaltsameren Informationsangeboten. Das bedeutet, dass es schwieriger ist, sich auf die Inhalte zu konzentrieren. Das führt zu einem eher oberflächlichen Nachrichtenkontakt und erschwert eine intensivere Auseinandersetzung mit Nachrichten.

Granularität: Nachrichten in sozialen Medien sind nie ganze Artikel, sondern nur Nachrichten-Teaser, die aus nicht mehr als einer Überschrift, einem zusammenfassenden Text und einem Link zu einem Artikel bestehen. Ihr Informationsgehalt ist dementsprechend gering und es ist nur ein oberflächlicher Kontakt mit dem Thema möglich. Hinzu kommt, dass Nachrichten aus dem Zusammenhang gerissen werden, wodurch es erschwert wird, Verständnis für das Thema zu entwickeln.

Sozialer Charakter: Nachrichten auf den sozialen Medien sind untrennbar mit sozialen Interaktionen wie liken, kommentieren, teilen verbunden. Dieses sofort wahrnehmbare Feedback der anderen Nutzerinnen und Nutzer, sowohl aus dem Freundeskreis als auch von Unbekannten, beeinflusst Selektionsentscheidungen und die eigene Beurteilung des Themas oder der Quelle.

Wissen, was in der Welt geschieht: Social Media Kanäle

Angesichts dieser Beschreibung der sozialen Medien ist es natürlich von Interesse, welche Angebote davon Jugendliche nutzen, um zu wissen, was in der Welt geschieht. Die JIM-Studie von 2021 dokumentiert, dass Instagram, YouTube und TikTok die meist benutzten Kanäle sind, um mit anderen Jugendlichen in Kontakt zu treten, und auch um sich zu informieren.

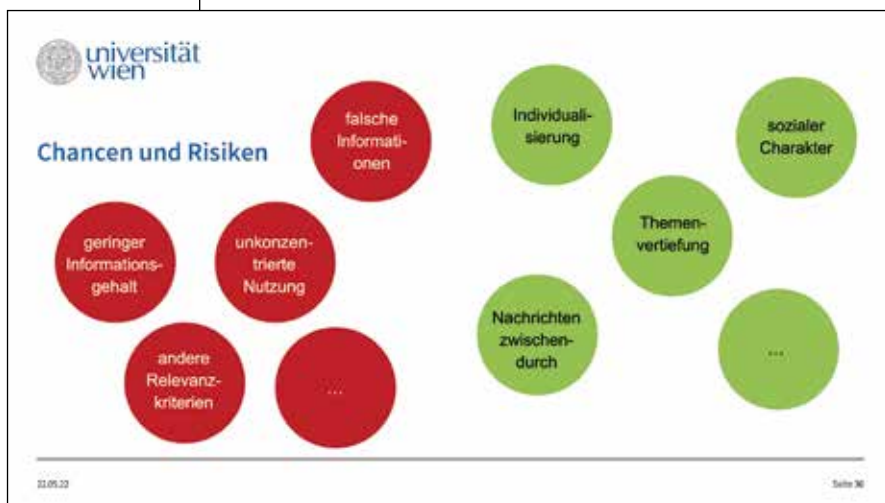
YouTube ist eine Videoplattform, in der man ein Profil anlegen und Kanäle abonnieren kann, aber nicht muss. Die Plattform bietet ein flexibel nutzbares Angebot videobasierter Nachrichten, in dem auch zahlreiche etablierte Nachrichtenmarken, z. B. ZDF und ARD vertreten sind. Da der Zugang, Informationen zu verbreiten, nicht beschränkt ist, besteht die Gefahr für Desinformation und Verschwörungstheorien. Man gelangt sehr schnell, auf dubiose

Kanäle, die für manche Menschen, die einzigen Informationsquellen sind. Relevanz und Verifizierung spielen bei YouTube keine Rolle. Der Algorithmus zeigt, was mir gefallen könnte bzw. was gerade sehr beliebt ist. Sichtbar ist bei jedem Video auch, wie vielen Personen es gefällt.

Instagram wurde 2010 als Foto- und Videoplattform gegründet und bereits 2012 von Facebook – heute Meta – übernommen. 1,22 Milliarden Menschen nutzen weltweit diese sehr beliebte Plattform. Eine Anmeldung ist verpflichtend, alle haben eine eigene Profilseite, ein eigenes Stream, es gibt aber auch die „Entdecken“-Funktion. Hier werden wieder auf der Basis eines Algorithmus Vorschläge gemacht, was der Nutzerin oder dem Nutzer gefallen könnte. Nachrichten werden in Instagram grundsätzlich mit viel Bild und wenig Text angeboten.

TikTok wurde 2018 in China gegründet und hat nach eigenen Angaben täglich 150 Millionen Nutzerinnen und Nutzer. Die App wurde schnell beliebt und ist ein intensiv genutzter Alltagsbegleiter bei Jugendlichen. In der Kritik steht diese Plattform allerdings wegen ihres mangelnden Jugendschutzes und der Zensur bestimmter Themen. Außerdem gibt es grundsätzliche Sicherheits- und Datenschutzbedenken. Auf den ersten Blick wirkt das Themenangebot von TikTok unsystematisch, eine gezielte Nutzung für Informationen scheint schwierig. Es gibt hier ebenfalls eine „Entdecken“-Funktion, da findet man Themen, die gerade aktiv und sehr beliebt sind. Die Einschätzung der anderen Nutzerinnen und Nutzer ist dabei immer präsent.

Fazit als Grafik



Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de 

Anmerkung: Dr. Svenja Schäfer hat uns die ihrem Vortrag zugrundeliegenden Materialien und Quellenhinweise überlassen. Sie können über die Redaktion zur Verfügung gestellt werden.

Der Nachmittag

Grundsatzrede – Fachvortrag – Podiumsdiskussion - Bilanz



Der stellvertretende Landesvorsitzende Benjamin Bajraktari ging mit Blick auf Social Media auf den Erziehungsauftrag der Schule ein.

Im Mittelpunkt der Nachmittagsveranstaltung stand Dr. Svenja Schäfers Fachvortrag. Die Referentin thematisierte Social Media als Nachrichten- und Informationsquelle und erläuterte Angebote, die bei Jugendlichen besonders beliebt sind.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Benjamin Bajraktari ging beim Einstieg in die Nachmittagsveranstaltung vom Erziehungsauftrag der Schule aus. Mit Blick auf Social Media gehe es darum, Realitäten wahrzunehmen sowie Chancen und Risiken aufzuzeigen.

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler bilanzierte in seiner Grundsatzrede zum Thema „Schule in der digital vernetzten Welt“, dass nicht erst in einer „Schule der Zukunft“ die Voraussetzungen geschaffen werden könne, dass die Schulen mit dem Tempo der Digitalisierung adäquat mithalten können.

Er konnte zahlreiche Gäste aus dem Ministerium, der Schulverwaltung, aus der Schulleitervereinigung und von der Landesvereinigung SchuleWirtschaft begrüßen. Auch der dbb und die befreundeten dbb-Verbände (Philologenverband, VBE und VLW) sowie der VDR-Bundesvorsitzende und Verbandsdelegationen aus Hessen und Niedersachsen waren vertreten.

Das Thema griff er auch in seiner Moderation einer Podiumsdiskussion über die Frage auf, ob die Schulen „gewappnet“ seien, junge Menschen auf das Leben in einer zunehmend digitalisierten Welt vorzubereiten.



Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Christiane
Schönauer-Gragg
(BM) und
Dieter Baust
(ADD Neustadt)



Cornelia Schwartz
(2.v.li.), Dr. Thomas
Knobloch (re.) vom
Philologenverband
RLP sowie Robert
Tophofen (dbb und
PhV) und die VRB-
Justiziarin Antonia
Dufeu (2.v.re.) mit
Timo Lichtenthäler
und Michael Eich
(3.v.re.)



Manfred Schabowski
(Sprecher der
Schulleitervereinigung)
und Dirk Mettler
(VLW RLP)



Barbara Mich
(VBE RLP) mit
Timo Lichtenthäler



Jörg Leinberger (li.)
vom VDL Hessen
im Austausch mit dem
VDR-Bundesvorsitzenden
Jürgen Böhm.



Carlo Kaden und
Thorsten Neumann
(VNL/VDR Niedersachsen)
im Gespräch mit
Wolfgang Seebach.

Timo Lichtenthäler:
„Der VRB wird
den Digitalisierungs-
prozess konstruktiv
und kritisch begleiten.“



„Ich freue mich, dass der VRB auch
in unserer Schule präsent ist und
ich schätze den Ingelheimer
Fachkongress als informatives
Forum.“

Norbert Wilhelm
IGS Schöneberg-Kübelberg/
Waldmohr



Rede des Landesvorsitzenden Schule in der digital vernetzten Welt

Dankesworte vorab

Timo Lichtenthäler dankte und gratulierte zuerst den Ideengebern und Protagonisten des Ingelheimer Fachkongresses. Es sei keine Kunst, eine Veranstaltung mit einem so hohen Mehrwert inhaltlicher Art und dem damit verbundenen logistischen Aufwand anzufangen, sie zu etablieren dagegen schon. Aber genau das ist unserem Verband mit dem 10. Fachkongress in hervorragender Art und Weise gelungen, so das Resümee des Landesvorsitzenden.

Seinen persönlichen Dank – als Schulleiter einer von der Flutkatastrophe im Ahrtal betroffenen Schule – seinem Verband und vielen lieben Menschen auch über die Landesgrenzen auszusprechen, sei ihm ein ganz dringendes Anliegen. Jeder Anruf, jede Nachricht, jeder Euro und jeder Turnbeutel haben und werden weiterhin sehr gut tun. Alle im Ahrtal brauchen einen langen Atem und den haben sie, dank der vielen helfenden Hände und unterstützenden Gesten.

Flexibel durch Schulbudgets

Beim Thema „Schule in der digital vernetzten Welt“ zeigte Timo Lichtenthäler konkrete Handlungsfelder auf, die das Spannungsfeld zwischen digitaler Welt und pädagogischer Umsetzung beschreiben. Grundsätzlich lasse sich festhalten, dass der Verband schon vor der Corona-Pandemie eine zeitgemäße Digitalisierungsausstattung der Schulen gefordert habe. Eine Forderung, die nach wie vor aktuell ist und deshalb weiterhin besteht.

Vierorts fehlte es immer noch an einer ausreichenden Breitbandanbindung, schnellem WLAN und den passenden pädagogischen Konzepten. Die tägliche Praxis habe zudem gezeigt, dass gerade sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche wichtige Bildungsmonate verloren haben. Längst nicht alle Schülerinnen und

Schüler seien in der Lage, sich im ausreichenden Umfang selbst zu organisieren. Hier sei aus Sicht des Verbandes mehr Unterstützung notwendig.

Der DigitalPakt stelle nur begrenzt und eingeschränkt Geld für die Schulen bereit. Die Antragsverfahren seien in der Praxis zu bürokratisch und langwierig. Deshalb fordert der Verband Schulbudgets, so dass die Schulen eigenverantwortlich nach ihren Bedarfen flexibel und auch kurzfristig notwendige Investitionen in die digitale Ausstattung finanzieren können.

Sicherheit im Umgang mit digitalen Werkzeugen

Die digitale Schule ist für viele Lehrkräfte eine neue Erfahrung. Nur wenn sich die Lehrkräfte sicher im Umgang mit den angebotenen digitalen Werkzeugen fühlen, komme es zu einer alltäglichen und effektiven Nutzung im Unterricht. Schulungen und Fortbildungen können dazu beitragen, Lehrkräfte zielgerichtet und bedarfsgerecht zu unterstützen. In der Pandemie sei dieser Bedarf schnell sichtbar geworden. Der VRB fordern daher eine ausreichende Anzahl von passgenauen Fortbildungen und den Kolleginnen und Kollegen hierzu die entsprechend Zeit einzuräumen.

Mit dem Tempo der Digitalisierung mithalten

Abschließend bilanziert Lichtenthäler: Nicht nur in der Schule der Zukunft, insbesondere in der Schule der Gegenwart, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die Schulen mit dem Tempo der Digitalisierung adäquat mithalten können. Denn nur so können Lehrerinnen und Lehrer einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unterstützer und Vorbilder in der Nutzung von digitalen Inhalten zu sein. Der Verband Reale Bildung wird den Digitalisierungsprozess an den rheinland-pfälzischen Schulen gewohnt konstruktiv und kritisch begleiten.

Plädoyer für einen stärkeren Austausch zwischen Wissenschaft und schulischer Praxis: Dr. Schäfer hält es für wichtig, soziale Medien als Lebensrealität von Schülerinnen und Schülern zu begreifen. Medienkompetenz fordert sie als zentrale Fähigkeit auch von Lehrkräften.



Fachvortrag II

Dr. Svenja Schäfer: Effekte veränderter Informationsnutzung: Wo ist schulischer Handlungsbedarf?

Wir befinden uns in einer hochkomplexen Informationsumgebung, die verschiedenste Chancen und Risiken birgt. Die auftretenden Veränderungen sind dabei nicht statisch, sondern kontinuierlich und anhaltend. Das bedeutet: Was heute im Kontext digitaler Nachrichtennutzung aktuell und angemessen praktiziert wird, ist sehr schnell schon wieder veraltet und bedarf der Anpassung. Diese Veränderungen haben politisch-relevante Folgen und individuelle Folgen, die auch das schulische Umfeld betreffen. Für die Schule ist auch relevant, ob Jugendliche, die sich sehr stark auf soziale Medien verlassen, ein geringeres politisches Wissen aufweisen, und ob Jugendliche durch eine sehr hohe Präsenz digitaler Medien in ihrer psychischen Gesundheit beeinträchtigt sind.

Mediennutzung und Wissen: Was fördert Lernen und Wissen aus kognitionspsychologischer Perspektive? Wie kann ich „gut“ lernen?

Zwei Prozesse sind dabei wesentlich. Zum einen die Aktivierung, denn man muss in irgendeiner Form mit der Information in Kontakt kommen. Und zum anderen muss diese Information elaboriert verarbeitet werden. Das bedeutet, dass man sie nicht nur überfliegt, sondern im besten Fall über sie nachdenkt, sie mit bereits bekannten Informationen verknüpft. Dann ist die Wahrscheinlichkeit wesentlich höher, dass man sich langfristig an diese Information erinnern wird.

Ob das so stattfinden kann und gelingt, ist von unterschiedlichen Faktoren abhängig, die zum Beispiel mit Interesse, Motivation

und der Einstellung zu Nachrichten über Politik zusammenhängen. Das Ergebnis wird aber auch von spezifischen Eigenschaften der jeweiligen Medien beeinflusst.

Was müssen Medienangebote bieten, um „gut“ für die Wissensvermittlung zu sein?

Für die Aktivierung muss unter inhaltlichen Aspekten eine hohe Informationsdichte, eine hohe Qualität an Informationen und eine strukturierte Vermittlung von Informationen geboten werden. Bei der Art der Informationsvermittlung haben textbasierte Informationen einen leichten Vorteil gegenüber bildbasierten Informationen, denn es kann schneller eine höhere Informationsdichte vermittelt werden, die durch das Lesen auch häufiger einem elaborierten Informationsverarbeitungsprozess dient. Bei beiden Informationen sollte die Informationsumgebung nicht ablenken.

Beispiel: Ein Nachrichtenpost, der irgendwo sehr kurz und knapp ein Thema umreißt, kann nicht das gleiche Potential haben, um Wissen zu generieren, wie ein vier Seiten langer Artikel aus der Tageszeitung. Eine gewisse Informationsdichte und sinnvolle Strukturierung sind einfach erforderlich, um Themen verstehen zu können.

Medien besitzen unterschiedliche Potenziale für das Lernen

Das Fernsehen spielt in der Nachrichtennutzung der Jugendlichen eine große Rolle. Hier ist es so, dass bildbasierte Informationen

vermittelt werden, die eine eher geringe Informationsdichte aufweisen. In der Tagesschau beispielsweise wird inhaltlich nicht viel gesagt, und Themen werden hier nur angerissen. Aber das Programm im Fernsehen ist vielfältig und es gibt zahlreiche vertiefende TV-Angebote. Deshalb ist es wichtig zu differenzieren, ob es sich um ein öffentlich-rechtliches Angebot handelt oder um Nachrichten von Privatsendern.

Bei textbasierten Nachrichtenartikeln ist es vernachlässigbar, ob sie in der gedruckten Zeitung oder im Internet zu finden sind. Denn die textbasierte Informationsvermittlung ist grundsätzlich positiv zu bewerten, da hier eine hohe Informationsdichte vorliegt. Zu unterscheiden ist allerdings, zwischen Angeboten, die eher der Qualitätspresse zuzuschreiben sind oder den Boulevardmedien.

In sozialen Medien gibt es sowohl Text- als auch Bildinformationen. Hier ist die Informationsdichte allerdings sehr gering, und man hat permanent einen ablenkenden Kontext. Das bedeutet, politische Themen werden in einem Umfeld aufgegriffen, das eigentlich gar nicht dafür gemacht ist, sich tiefergehend mit politischen Themen auseinander zu setzen. Deshalb ist auch das Potential für Aktivierung und Elaboration eher gering einzuschätzen.

Man sieht in vielen Studien immer wieder belegt, dass textbasierte Medien, in denen vollständige Informationen, also nicht nur Ausschnitte, in einem Kontext gezeigt werden, der für Nachrichten gemacht ist, besser geeignet sind, politisches Wissen zu vermitteln. Bei sozialen Medien wird dagegen sehr deutlich, dass eine intensivere Nutzung nicht zu mehr Wissen beiträgt. In einigen Fällen gibt es sogar negative Zusammenhänge, insbesondere wenn diese Nachrichtenquellen als Substitut für andere Quellen benutzt werden. Dann kann man davon ausgehen, dass sie keine positiven Effekte für politisches Wissen haben. Das ist ein zentraler und wichtiger Befund, wenn es um die Frage geht, wie die digitalen Informationsumgebungen das politische Wissen verändern.

Mediennutzung und psychologisches Wohlbefinden: wie geht es Jugendlichen, wenn soziale Medien in ihrem Lebensalltag eine zentrale Rolle spielen

Das psychologische Wohlbefinden umfasst zwei Bewertungen des eigenen Lebens: Ist man zufrieden mit seinem eigenen Leben (kognitiv) und wie fühlt man sich in seinem eigenen Leben (affektiv). Konkret gemessene Konstrukte, die hier eine Rolle spielen, sind zum Beispiel Depressivität, das Gefühl von Einsamkeit, ob man positive oder negative Emotionen empfindet und ob man generell eine hohe oder niedrige Lebenszufriedenheit aufweist.

Soziale Medien, die ja vor allem dazu benutzt werden, um mit anderen in Kontakt zu bleiben oder sich selbst darzustellen und dadurch vielfältige Funktionen im Alltag der Jugendlichen einnehmen, haben hier das Potential, sowohl negative als auch positive Effekte für das „well-being“ hervorzurufen.

Auch hier ist es so, dass der Bereich Mediennutzung und well-being ein großes Forschungsfeld ist, es gibt zahlreiche Meta-Reviews und Meta-Analysen. Wenn man diese summarisch betrachtet, dann ist ein konstanter Befund, dass es einen schwach negativen Zusammenhang gibt. Andere Studien belegen dagegen, dass es gar keinen Zusammenhang oder eine positive Wirkung gibt. Das zeigt, dass es unbedingt notwendig ist, sich genau anzusehen, wie Jugendliche in sozialen Medien agieren, weil die Effekte sich auch gegenseitig aufheben können. Das Fazit eines wissenschaftlichen Artikels lautet, dass in Anbetracht der empirischen Evidenz nicht davon auszugehen ist, dass es zu dramatischen Konsequenzen für das psychologische Wohlbefinden kommt, wenn man sehr häufig in sozialen Medien aktiv ist. Das zeigt, dass man bestimmte Tendenzen oder Entwicklungen im Auge behalten muss, aber die generelle Verteufelung dieser Angebote eine übertriebene Reaktion wäre. Die Empfehlung lautet, es als das wahrzunehmen, was es ist, nämlich zentraler Bestandteil der Lebensrealität von Jugendlichen, der mit bestimmten positiven und negativen Effekten einhergeht, auf die man dann im Speziellen und nicht im Allgemeinen reagieren muss.

Dazu gibt es ein Meta-Review von insgesamt 19 qualitativen Studien, die Jugendliche begründen lassen, was ihnen im Kontext der sozialen Medien gut tut und was ihnen schadet. Die Prinzipien dieser qualitativen Forschung sind, hier stärker zu vertiefen, Verständnis zu schaffen und Ideen zu generieren. Dabei wird mit offenen Fragen und Diskussionen gearbeitet. Und hier zeigt sich, dass im Zusammenhang von psychologischem Wohlbefinden vier Bereiche angesprochen wurden, für die Jugendliche sowohl von positiven als auch von negativen Effekten berichten: soziale Verbindungen, Identität, Lernen und Inspiration, Emotionen.

Implikationen für die Schule

Aus den bisherigen Darlegungen ergeben sich vier konkrete Implikationen, die hilfreich für den schulischen Alltag sind:

- Medienkompetenz als zentrale Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte etablieren, d.h. Umgang mit Quellen üben, unterschiedliche Kanäle kennen und deren Potentiale und Risiken aufzeigen, Wissen über soziale

universität wien

Negative und positive Effekte von sozialen Medien und well-being

- **Negative Effekte** als Resultat von
 - Vernachlässigung der Kontakte offline
 - Vergleich mit anderen online
 - Negatives Feedback online
- **Positive Effekte** als Resultat von
 - Soziale Verbundenheit
 - Unterhaltende Inhalte
 - Inspirierende Inhalte

04.06.22 Seite 11



Dr. Schäfer sieht durch Studien belegt, dass text-basierte Medien, in denen vollständige Informationen in einem Kontext gezeigt werden, der für Nachrichten gemacht ist, besser als die sozialen Medien geeignet sind, politisches Wissen zu vermitteln. „Bei sozialen Medien wird dagegen deutlich, dass eine intensivere Nutzung nicht zu mehr Wissen beiträgt. In einigen Fällen gibt es sogar negative Zusammenhänge, insbesondere wenn diese Nachrichtenquellen als Substitut für andere Quellen benutzt werden.“

Medien als Mittel der politischen Kommunikation vermitteln und soziales Miteinander auf sozialen Medien thematisieren.

- Medienkompetenz als Konstrukt verstehen, das immer wieder angepasst werden muss.
- Soziale Medien als Lebensrealität von Schülerinnen und Schülern begreifen.
- Den Austausch zwischen Wissenschaft und schulischer Praxis stärken.

Regina Sersch
regina.sersch@vrb-rlp.de



Anmerkung: Dr. Svenja Schäfer hat uns die ihrem Vortrag zugrundeliegenden Materialien und Quellenhinweise überlassen. Sie können über die Redaktion zur Verfügung gestellt werden.

universität wien

Befunde
[Shankleman, Hammond & Jones, 2021]

<p>Soziale Verbindungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Findet soziale Unterstützung • Kontakte mit Personen ähnlicher Interessen • Findet Bestätigung von anderen • Streit, Konflikte • Mobbing, sowohl eigene Erfahrung als auch bei anderen • Ausgeschlossen 	<p>Identität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hilfe, die eigene Identität zu finden • Bestärkt das eigene Selbstbewusstsein • Hilft, die eigene Entwicklung zu beobachten • Ablehnung für die eigene „Online-Persönlichkeit“ • Schämt sich im Nachhinein • Enttäuschung, wenn zu wenig Zuspruch (z.B. keine Likes)
---	---

universität wien

Befunde
[Shankleman, Hammond & Jones, 2021]

<p>Lernen und Inspiration</p> <ul style="list-style-type: none"> • Findet Hilfe, auch im schulischen Kontext • Lernen über politische Themen und Bewegungen • Fühlen sich inspiriert • Always-on → lenkt ab von schulischen Aufgaben • Häufige Unterbrechungen 	<p>Emotionen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterhaltende Inhalte • Bringt Jugendliche zum Lachen • Wird genutzt, um sich aufzuheitern, Stress abzubauen • Fühlt sich unter Druck gesetzt • Zwanghaftes Nachschauen • „Jeer of missing out“
--	--



„Mir ist es sehr wichtig, nach der langen, coronabedingten Pause wieder in einer realen Umgebung mit den Kongressteilnehmern in Austausch zu treten und fundierten Input zu aktuellen Themen zu erhalten. Dabei trifft die gewählte Thematik des Fachkongresses exakt die Realität unserer Schülerinnen und Schülern sowie von uns Lehrkräften. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass die Workshops einen größeren zeitlichen Rahmen eingenommen hätten.“

Andreas Seibel (li.) von der Realschule plus Rockenhausen – er ist VRB-Delegierter und ÖPR-Vorsitzender – im Pausengespräch mit Jochen Leonhardt

Podiumsdiskussion

Digitale Herausforderungen: Ist die Schule gewappnet?

VRB-Vorsitzender Timo Lichtenthäler moderierte die Podiumsdiskussion am Nachmittag. Als Teilnehmerin und Teilnehmer begrüßte er Dr. Svenja Schäfer vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, den VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm und Michael Eich, den stellvertretenden VRB-Vorsitzenden und Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Realschulen plus. Lichtenthäler setzte die wissenschaftlichen Vorträge der Fachtagung in den Kontext Schule und stellte Fragen zur Nutzung von Social Media und zur digitalen Ausstattung an Schulen. Diskutiert wurde, ob die Schulen „gewappnet“ seien, junge Menschen auf das Leben in einer digitalisierten Welt vorzubereiten.

Zielabhängigkeit bei der Nutzung von Social Media

Dr. Svenja Schäfer erklärte, dass die Kriterien für die Verwendung sozialer Medien abhängig von der kommunikativen Zielsetzung in den Schulen zu verstehen seien. Eine Übersicht über aktuelle Themen beispielsweise könne auch mit dem Einsatz von Social Media wie Instagram oder YouTube als Ausgangspunkt erfolgen. Der Einsatz sei dagegen nicht sinnvoll, um komplexe Inhalte zu begreifen, deren unterschiedliche Facetten zu erfassen und aus konträren Perspektiven zu betrachten. Es gelte, das Format an die inhaltlichen Bedürfnisse anzupassen.

Nicht nur die Lehrkraft hat Vorbildfunktion

Als Schulleiter einer großen Realschule plus mit Fachoberschule hob Michael Eich hervor, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen groß und die Erwartungen an die Schulen und Lehrkräfte sehr hoch sind. Es werde erwartet, dass Schülerinnen und Schülern Meinungsfreiheit, das Nutzen seriöser Quellen oder auch das kritische Prüfen von Quellen beigebracht werde. Bedauerlicher-

Timo Lichtenthäler
führte durch
die Diskussion.



Auf dem Podium verknüpften Michel Eich, Dr. Svenja Schäfer und Jürgen Böhm (v.re.) in ihren Beiträgen wissenschaftliche und schulische Aspekte des Tagungsthemas.

weise fehle es gleichzeitig sowohl bei politischen Akteuren als auch bei Teilen der Gesellschaft an einer verantwortungsvollen Selbstdarstellung und seriösen Politikvermittlung. Grundsätzlich hätten Lehrkräfte eine Vorbildfunktion, aber es gebe auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

Digitales Unterrichten muss selbstverständlich werden

Eich forderte, dass Lehrkräften über das „Kaufhaus des Landes“ die Möglichkeit gegeben werde, digitale Endgeräte zu beziehen. Die digitale Ausstattung müsse kostenfrei verstetigt werden, um Lehrkräften auch zu späteren Zeitpunkten eine solche zu gewährleisten.

Eich kritisierte, dass die Schulbuchausleihe immer noch kein reines digitales Lehrbuchangebot vorsehe. Eltern müssten Bücher ausleihen und zusätzlich für die digitale Version Kosten tragen. Digitales Unterrichten müsse selbstverständlich werden, auch mit Rahmenvereinbarungen für die Nutzung von Apps im Unterricht.

Der Ukraine-Krieg, so Eich, habe erneut deutlich gemacht, wie soziale Netzwerke für Desinformation genutzt würden. Der Anspruch von Schule und Gesellschaft müsse sein, Schülerinnen und Schüler dagegen resistent zu machen.

Schülerinnen und Schüler müssen sicher lesen und schreiben können

Jürgen Böhm, der als Schulleiter die Digitalisierung schon 2014 in den Schulalltag seiner Realschule einführte, betonte, der Be-



VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm fordert digitale Administratoren für Schulen.

griff der Quellenkritik habe etwas mit Lesekompetenz zu tun. Daher sei das Allerwichtigste, dass Schülerinnen und Schüler sicher lesen und schreiben lernten. Diese Kompetenzen seien grundlegende Voraussetzungen, um relevante Quellen und Quellenfälschungen zu erkennen.

Digitale Administratoren fehlen

Schulen hätten weniger Probleme mit der Digitalisierung, so Böhm, was fehle, seien digitale Administratoren. Außerdem brauche es klare politische Aussagen, welche digitalen Werkzeuge an Schulen erlaubt seien und welche nicht. Ein Problem sieht Böhm in zum Teil überzogenen Datenschutzanforderungen an Schulen.

Es gibt keine digitale Bildung – nur Bildung und digitale Möglichkeiten

Die Auseinandersetzung mit den sozialen Netzwerken sei eine riesengroße Herausforderung an den Schulen. Es



Dr. Schäfer: Die Verwendung sozialer Medien ist abhängig von der kommunikativen Zielsetzung.



Michael Eich, stellv. VRB-Landesvorsitzender, sieht Rheinland-Pfalz in der Pflicht, Lehrkräften den stetigen Bezug dienstlicher digitaler Endgeräte zu ermöglichen.

gehe dabei vor allem um die Beeinflussung junger Menschen und den Umgang mit Nichtwissen und Fake News.

Böhm betonte, dass die Digitalisierung keinem Selbstzweck folgen dürfe, es müsse vielmehr ein digitaler Mehrwert generiert werden. Es gebe keine digitale Bildung – es gebe Bildung und digitale Möglichkeiten, die ausgeschöpft werden müssten. Böhm warnte, dabei analoge Fähigkeiten zu vernachlässigen.

Die Lehrerin oder der Lehrer als Persönlichkeit, hob Böhm hervor, sei nach wie vor äußerst wichtig. Lehrkräfte müssten daher auch digitale Experten werden. Eine gewerkschaftliche Forderung des Verbandes sei aus diesem Grund: Zeit für digitale Grund- und Fortbildungen von Kolleginnen und Kollegen während ihrer Dienstzeit. Das gelte bereits auch für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, sowie Studentinnen und Studenten.

Der Ingelheimer Fachkongress – eine Auftaktveranstaltung für Schule und Wissenschaft

Lichtenthäler hielt abschließend fest, dass der Ingelheimer Fachkongress erneut ein hochaktuelles Thema aufgegriffen habe und die damit verbundenen unterschiedlichen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die nachfolgende Diskussion habe gezeigt, dass der Verband Reale Bildung auf Landes- und Bundesebene sowie in den Personalvertretungen präsent sei.

Den Fachkongress wertete Lichtenthäler als Motivationsauftakt für Schule und Wissenschaft, im Austausch zu bleiben. Es werde für beide Seiten von Nutzen sein, Schnittmengen und mögliche Synergieeffekte zu erkennen und zu nutzen.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Voneinander lernen – eine Bilanz

Voneinander lernen, das habe Dr. Svenja Schäfer in ihren Ausführungen deutlich gemacht, müssten Wissenschaft und Schule. Der stellvertretende Landesvorsitzende Christoph Krier ging in seinem Fazit noch weiter.

Auch wir Lehrerinnen und Lehrer sollten von unseren Schülerinnen und Schülern lernen, moderne Medien und Apps zu nutzen – neue Nachrichtenquellen kennenlernen. Gleichzeitig gelte es dabei, die jungen Menschen beim Umgang mit diesen Quellen und Inhalten zu sensibilisieren. Eine digitalgestützte Bildung könne nur gelingen, wenn wir uns auf die medialen Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler einstellen und in fundierten Fortbildungsangeboten den Umgang mit diesen modernen Techniken und deren sinnhaften Einsatz erlernen.

Der VRB bedankt sich

Dieser Fachkongress ist nur durch den Einsatz und das Engagement vieler Helferinnen und Helfer möglich gewesen.

Für die inhaltlichen Impulse geht unser Dank an die Referentinnen und Referenten, insbesondere Dr. Schäfer für ihre vertiefenden Einblicke in das mediale Nutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen. Den Anstoß für diese Thematik des Fachkongresses gab Bernd Karst.

Den reibungslosen Ablauf organisierten auch dieses Mal wieder in monatelanger Vorbereitung: Heidi Becker, Saskia Tittgen, Bernd Karst und Caroline Hüttner. Sie konnten auf die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Fridtjof-Nansen-Akademie bauen.

Saskia Tittgen führte als Moderatorin durch die Veranstaltung.

Monika Antoni sorgte für die Dokumentation und betreute sie redaktionell. Ihrem Team gehörten an: Katharina Bitz, Jana Brachtendorf, Nicolas Cordes, Lisa Deck, Michael Eich, Martina Friderichs, Wolfgang Häring, Gerhard Hein,



„Ich erhoffe mir vom diesjährigen Ingelheimer Fachkongress, dass ich neue Impulse für meine schulische Arbeit sammeln kann und viele neue Kolleginnen und Kollegen kennenlernen.“

Saskia Raßbach
Theodissa Realschule plus Diez



Christoph Krier
zog Bilanz.



Für einen reibungslosen Ablauf am Kongress-tag sorgten auch diesmal Heidi Becker (re.), Saskia Tittgen (Mitte) und Caroline Hüttner (li.)



Saskia Tittgen (li.) führte durch das Tagungsprogramm. Monika Antoni erstellte zusammen mit einem engagierten Kongress-Team die Dokumentation.

Jochen Leonhardt, Jutta Ofken, Wilfried Rausch, Maren Sassenroth, Wolfgang Seebach, Regina Sersch, Christoph Schneider, Andreas Stegmann, Saskia Tittgen, Nicole Weiß-Urbach und Wolfgang Wünschel.

Gerhard Hein, Nicolas Cordes und Jochen Leonhardt fragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Fachkongresses nach ihren Erwartungen an den Fortbildungstag in Ingelheim.

Alle wichtigen Momente des Tages haben Fotografin Kristina Schäfer (Mainz – kristina-schaefer@web.de) und Wolfgang Wünschel fotografisch festgehalten.

Infozone Foyer

Forum für politische Bildung

Das Weiterbildungszentrum (WBZ) in Ingelheim ist eine Einrichtung der Jugend- und Erwachsenenbildung. Der Fachbereich Fridtjof-Nansen-Akademie ist ein Forum für politische Bildung. Das WBZ offeriert Lernangebote für Jugendlichen u.a. zu den Themen: „Aggression“, „Rassismus“, „Nachhaltigkeit“ und „Flucht“ oder „Rechtsextremismus“.

Von Instagram & Co. bis zur Website

Die Agentur „Gestaltungsfreunde“ erarbeitet Social Media-Strategien und berät und unterstützt bei deren Planung und kreativen Umsetzung. Sie wurden von unserer Moderatorin Saskia Tittgen so vorgestellt: „Wenn Sie darüber nachdenken, ob und wie Instagram & Co. für Ihre Schule sinnvoll eingesetzt werden kann, dann sprechen Sie in den Pausen mit den Gestaltungsfreunden.“



Daniela Boudgoust, Susanne Ehrle und Tanja Volk (von re.) vom Team „Gestaltungsfreunde“ kamen u.a. mit Regina Sersch und Nicolas Cordes ins Gespräch. Daniela Boudgoust betreut übrigens auch das Layout unserer Zeitschrift.



Fotografin Kristina Schäfer (Mainz) war nicht nur für spontane Schnappschüsse zuständig. Für die Audiodokumentation sorgten Madlen Glass und Florian Süß.



Am WBZ-Stand im Foyer informierten Stefanie Fetzer (li.) und Angela Cardozo. Sie sind die Referentinnen für „Seminarorganisation politische Jugendbildung“.



„Mein Arbeitsbereich im PL umfasst junge Lehrkräfte, die sich in den ersten Berufsjahren befinden. Einerseits erhoffe ich mir, dass ich mich heute mit den VRB-Delegierten für junge Lehrkräfte vernetzen kann und andererseits freue ich mich, Kolleginnen und Kollegen sowie langjährige Weggefährten wiederzutreffen.“

Klaus Langer | Pädagogisches Landesinstitut



Impressionen

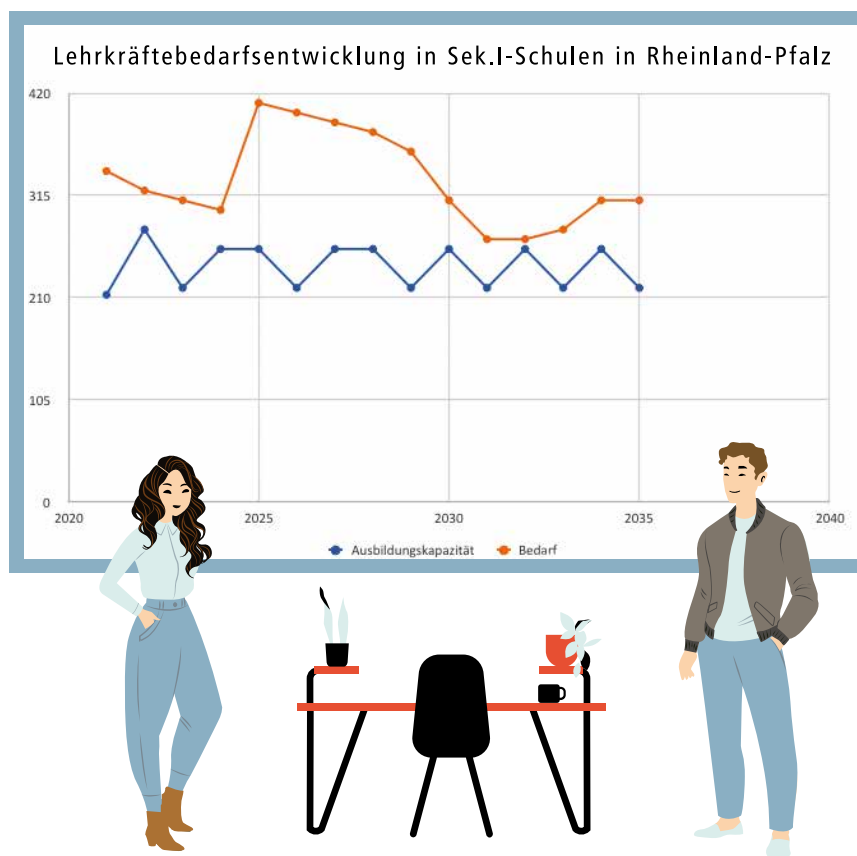
Ingelheimer Fachkongress 2022



Fotografen: Kristina Schäfer und Wolfgang Wünschel

Lehrkräftebedarf: KMK stellt Modellrechnung vor

Die aktuelle Modellrechnung¹ der Kultusministerkonferenz zum Lehrkräftebedarf für den Zeitraum 2021 bis 2035 zeigt weiterhin einen steigenden Bedarf und stellt die Länder auch künftig vor große Herausforderungen. Zugleich weist der Bericht auf die guten Einstellungschancen im Schulsystem hin, die angehende Lehrerinnen und Lehrer in den kommenden Jahren vorfinden werden.



Der Einstellungsbedarf entwickelt sich je nach Schulart und Bundesland unterschiedlich:

- Durchgehende Engpässe zeigen sich bei den Lehrkräften für die Schularten des Sekundarbereichs I. Hier reduziert sich die jährliche Deckungslücke nach den vorliegenden Berechnungen von 3.800 Lehrkräften im Jahr 2021 auf immer noch 420 im Jahr 2035.
- Im Primarbereich wird bis 2025 ein jährliches Unterangebot von durchschnittlich 1.460 Lehrkräften, ab 2026 allerdings ein wachsendes Überangebot von bis zu 2.930 Lehrkräften im Jahr 2035 prognostiziert.
- Für den Sekundarbereich II der beruflichen Schulen, vor allem in den ostdeutschen Ländern, wird ein jährliches Unterangebot

von durchschnittlich 1.650 Lehrkräften berechnet.

- Im Falle der sonderpädagogischen Lehrkräfte wird bis 2026 eine Deckungslücke von durchschnittlich 890 Lehrkräften im Jahr, ab 2027 dagegen ein stetes Überangebot erwartet.
- Eine Ausnahme bildet der Gymnasialbereich in dem deutschlandweit in den nächsten Jahren mit einem jährlichen Überangebot von durchschnittlich 1.110 Lehrkräften zu rechnen ist.

Die Zahlen belegen deutlich, dass das Studium und das Lehramt für die Sekundarstufe I und damit in Rheinland-Pfalz das Lehramt für Realschulen plus dringend attraktiver gestaltet werden müssen. Neben finanziellen Anreizen bedarf es auch einer höheren Attraktivität dieses Berufs. Soll sich der dramatisch ansteigende Fachkräftemangel in Berufen mit dualer Ausbildung nicht weiter verschärfen,

müssen gerade in den Schulen, die darauf vorbereiten, ausreichend Lehrkräfte vorhanden sein. Karin Prien (CDU), Präsidentin der Kultusministerkonferenz, dazu: „Die Länder sind sich der herausfordernden Lage unter demographisch für den gesamten Arbeitsmarkt schwierigen Bedingungen sehr wohl bewusst. Wir müssen deshalb die vorhandenen Konzepte und Maßnahmen der Lehrkräftebildung und -gewinnung auf den Prüfstand stellen und auch neue Wege denken. Es geht darum, sowohl die Qualität als auch die Quantität zu verbessern. Die KMK wird unter anderem die Ständige Wissenschaftliche Kommission damit beauftragen, Empfehlungen zur Lehrkräftebildung und der Gesamtpersonalsituation an Schulen zu erarbeiten. Bereits in der vergangenen KMK-Sitzung haben wir Empfehlungen für Mangelfächer entwickelt. Es muss uns gemeinsam – Schulministern und Wissenschaftsministern – gelingen, das Studium und den so wichtigen Beruf der Lehrerinnen und Lehrer durch weitere Maßnahmen noch attraktiver zu machen.“²

Als Hauptursachen für den Mehrbedarf an Lehrkräften nennt die KMK veränderte Geburtenzahlen, weitere Zuwanderung und erweiterte Anforderungen an Schulen wie Inklusion, Ganztagsausbau und Sprachfördermaßnahmen. Immer mehr Lehrkräfte entscheiden sich zudem dazu, in Teilzeit zu arbeiten. Ihr Anteil hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. So arbeiteten z. B. im Schuljahr 2017/18 mit 27,7 Prozent noch rund ein Viertel der Berliner Lehrkräfte in Teilzeit, so ist es aktuell mit 34,4 Prozent bereits mehr als jeder Dritte.³ Das ist ein Signal für die zunehmende Überlastung in diesem Beruf.

Trotz des hohen Bedarfs bleibt die Ausbildungskapazität in Rheinland-Pfalz relativ konstant:⁴ (Siehe Grafik auf S. 34)

Der Bildungsforscher Klaus Klemm hält zwar die Annahmen der Kultusminister zur Entwicklung der Schülerzahlen und den daraus abgeleiteten bundesweiten Lehrkräftebedarf für belastbar. Seiner Ansicht nach haben sie aber unter anderem die Zahl der künftigen Lehramtsabsolventen zu hoch eingeschätzt. Während die KMK davon ausgeht, dass 2030 in Deutschland rund 14.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen werden, sieht der Bildungsforscher einen deutlich höheren negativen Saldo, und zwar 81.000.⁵

Der in der Modellrechnung festgestellte Bedarf dürfte sich inzwischen durch den Zuzug von Flüchtlingskindern aus der Ukraine noch weiter erhöht haben. Der VRB hofft, dass das Bildungsministerium auf die alarmierenden Zahlen schnell reagiert und eine deutliche Steigerung der Neueinstellungen vorantreibt. Es kann sich niemand damit herausreden, man habe die schlechte Unterversorgung nicht vorhersehen können.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



¹ Dokumentation unter: <https://www.kmk.org/dokumentation-statistik/statistik/schulstatistik/lehrkraefteeinstellungsbedarf-und-angebot.html>

² Bildungsklick.de, 15. März 2022

³ Tagesspiegel, 21. März 2022

⁴ KMK-Dokumentation 233: Lehrkräfteeinstellungsbedarf und -angebot

⁵ Spiegel.de, 15. März 2022



Berlin verbeamtet Lehrkräfte

Lehrerinnen und Lehrer in Berlin werden in Zukunft wieder verbeamtet. Das beschloss der Berliner Senat und setzte damit ein wichtiges bildungspolitisches Vorhaben aus dem rot-grün-roten Koalitionsvertrag um.

In einem ersten Schritt entfällt ab sofort die Wartezeit für verbeamtete Lehrkräfte, die aus anderen Bundesländern nach Berlin kommen oder in die Hauptstadt zurückkehren. „Bereits mit diesem ersten Schritt wird die Rückkehr zur Verbeamtung für Berliner Lehrkräfte unumkehrbar“, legt sich Bildungssenatorin Astrid-Sabine Busse (SPD) fest.

Lehrkräften, die zum Schuljahr 2022/2023 neu eingestellt werden, können sofort eine Beschäftigung im Beamtenverhältnis erhalten. Den Bestandslehrkräften bis zu einem Alter von 52 Jahren soll in mehreren Schritten die Möglichkeit der Verbeamtung angeboten werden. Das Projekt umfasst bis zu 16.000 Lehrkräfte und benötigt zusätzliche personelle Kapazitäten. Für die Umstellung der Rechtsverhältnisse von der Antragstellung, der individuellen Beratung, der Prüfung der Laufbahnbefähigung, der persönlichen Eignung bis hin zur Urkundenausfertigung werden insgesamt 35 Vollzeitstellen befristet bis voraussichtlich Ende 2026 in der Personalstelle der Senatsverwaltung benötigt.

Während die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie bekräftigt, dass sie die Verbeamtung der Lehrkräfte für die wichtigste Reform der kommenden Legislatur hält, steht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) dem Vorhaben kritisch gegenüber und befürchtet neue Ungerechtigkeiten in den Kollegien.

Vor etwa zwanzig Jahren hatte Berlin entschieden, die Verbeamtung von Lehrern zu stoppen. Die Hauptstadt hat nun festgestellt, dass es durchaus ein Standortnachteil ist, wenn alle Bundesländer außer Berlin Lehrkräfte verbeamten. Laut Medienberichten wandern jährlich 700 Lehrerinnen und Lehrer in andere Länder ab.

Hr / Quellen: PM der Senatsverwaltung Berlin vom 22. März 2022, faz.net, 22. März 2022, Walhalla-Newsletter, 31. März 2022



Die Vertreterinnen und Vertreter des VRB zeigten sich aufgeschlossen gegenüber der Initiative „Schule der Zukunft“. Wir werden diese Landesinitiative kritisch-konstruktiv begleiten, unterstrich Timo Lichtenthäler.

„Schul- und Personalentwicklung stärken!“

Zentrale VRB-Forderung im Austausch mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig

Der Austausch des VRB-Landesvorstandes mit Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig fand am 24.03.2022 per Videokonferenzschaltung statt. An dem Gespräch nahmen neben der Bildungsministerin auch Bernd Weirauch (stellvertretender Abteilungsleiter 4 B) sowie Dr. Melanie Ostendorf (Oberste Schulaufsicht Realschulen plus) seitens des Bildungsministeriums teil. Den VRB-Landesvorstand vertraten der Landesvorsitzende Timo

Lichtenthäler sowie Benjamin Bajraktari, Heidi Becker, Michael Eich, Christoph Krier, Jutta Okfen, Saskia Tittgen und Christoph Schneider.

Diskutiert wurden die Themen Corona-Krisenmanagement, Aufnahme aus der Ukraine geflüchteter Schülerinnen und Schüler, fachspezifische Engpässe bei der Personalversorgung und die Landesinitiative „Schule der Zukunft“.

Maske schützt mehr als schulisches Testen

Mit dem Auslaufen des Infektionsschutzgesetzes am 19. März 2022 wurden die meisten Corona-Schutzmaßnahmen aufgehoben. Die rheinland-pfälzische Landesregierung nutzte jedoch eine im Gesetz enthaltene Übergangsfrist und verlängerte die Schutzmaßnahmen lediglich bis zum 2. April. VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler kritisierte die Nichtverlängerung vieler Maßnahmen, da bereits mit Schutzmaßnahmen immer mehr Kolleginnen und Kollegen an Corona erkrankten und folglich die betroffenen Kolleginnen und Kollegen mit ihren Familien und auch die Schulen stark belastet werden.

Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig konstatierte, dass inzwischen das Infektionsgeschehen in der Schule eins zu eins das in der Gesamtgesellschaft abbilde. Sie bedauere aufgrund dieser Entwicklung, dass es insbesondere für eine Maskenpflicht (wie auch für eine allgemeine Testpflicht) keine Rechtsgrundlage mehr gibt. Mit dem Auslaufen des aktuellen Infektionsschutzgesetzes ende auch die Möglichkeit eines Betretungsverbot in Schulen, wenn keine Maske getragen wird. Die Ministerin sicherte zu, dass man sich aufgrund der Dynamik des Infektionsgeschehens die Situation genau ansehen werde.

Corona-Aufholprogramm

Viele Schülerinnen und Schüler konnten die pandemiebedingt entstandenen Lernlücken noch nicht schließen. Der VRB forderte deshalb, dass weiterhin Mittel für schulinterne Fördermaßnahmen bereitgestellt werden. Dr. Hubig hob hervor, dass Landes- und Bundesmittel auch für das kommende Schuljahr noch verfügbar sind. Der Bedarf wird gesehen, das Aufholprogramm geht bis zum Ende des Schuljahres 2022 weiter. Das hierfür befristet eingestellte Personal, so die VRB-Forderung, müsse auch über die Sommerferien hinweg bezahlt werden. Das ist auch ein Zeichen der Wertschätzung. Bernd Weirauch stellte das in Aussicht, sollten die jeweiligen Vertragsverhältnisse es zulassen.

Bewältigung der Flüchtlingszugänge nicht allein Aufgabe der Realschule plus

Dr. Hubig berichtete, dass zum aktuellen Zeitpunkt von ca. 2500 Schülerinnen und Schüler in Rheinland-Pfalz ausgegangen werde, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat hierzu eine Task-Force „Ukraine“ eingerichtet, die der ehemalige rheinland-pfälzische Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann als deren Vorsitzender leitet. Die Task Force kläre auch, wie der Bund die Länder unterstützen könne. Dr. Hubig zeigte sich sehr dankbar, dass in den Schulen auch hier eine große Hilfsbereitschaft spürbar ist.

Der VRB stellte klar, dass die schulische Bewältigung der Flüchtlingssituation nicht primär von der Realschule plus geleistet werden könne. Bei vorherigen, kriegsbedingten Zuströmen aus Syrien und Afghanistan waren es vor allem die Realschulen plus, die hier Integrationsleistungen erbracht hatten, ohne zusätzliche Ressourcen zu erhalten. Bernd Weirauch sicherte zu, dass eine gerechtere Verteilung angestrebt sei. In vielen Städten seien, ergänzte Ministerin Hubig, bereits Runde Tische eingerichtet worden, um die Verteilung der Flüchtlinge zu koordinieren.

Sprachbarrieren überwinden:

DAZ-Unterricht ausbauen

Die Vertreterinnen und Vertreter des VRB forderten eine Aufstockung der Mittel für den Deutsch-als-Zielsprache-Unterricht (DAZ-Unterricht). Die Sprachbarrieren seien z.T. erheblich. Innerhalb kurzer Zeit kommen viele ukrainische Schülerinnen und Schüler an den Schulen an, sodass jetzt sehr schnell zusätzliche DaZ-Kurse eingerichtet werden müssen. Das Land müsse hierfür mehr Mittel bereitstellen. Die Schulen, versprach Bildungsministerin Dr. Hubig, können auf die Unterstützung des Landes zählen. Ziel sei auch, Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher aus der Ukraine einzustellen, um die Schulen zu unterstützen.

RS plus und IGS leiden zunehmend unter Personalmangel

Der VRB kritisierte, dass Rheinland-Pfalz nach wie vor zu wenig unternimmt, um die Attraktivität des Lehramts für Realschulen plus zu steigern. Es werde zunehmend schwieriger, bestimmte Mangelfächer zu personalisieren. Auch an Integrierten Gesamtschulen werde zunehmend beklagt, dass kaum noch Lehrkräfte mit dem Lehramt für Realschulen plus eingestellt werden können, da es zu wenig Nachwuchs gibt.

Neben der fehlenden Attraktivität sind noch andere Probleme ursächlich: Das Fach Französisch kann z.B. nicht an der Universität Koblenz studiert werden, entsprechende Lehrangebote gibt es für interessierte Studentinnen und Studenten nur an den Universitäten Landau und Trier. Das schreckt viele junge Menschen im Bezirk Koblenz ab, dieses Fach zu studieren. Auch im Wahlpflichtfachbereich werden sich die Personalprobleme weiter verschärfen, da entsprechende Studienangebote nicht angenommen werden. Freie Stellen können, vor allem im Bezirk Trier, bereits nicht mehr fachadäquat nachbesetzt werden. Altersbedingt werden zudem immer mehr Kolleginnen und Kollegen mit den entsprechenden Fächern aus dem Dienst ausscheiden. Mit Weiterqualifizierungskursen über das Pädagogische Landesinstitut allein können diese Lücken nicht geschlossen werden.

Bildungsministerin Dr. Hubig bestätigte, dass auch Mainz diese Situation im Blick hat. Eine Arbeitsgruppe ist im Bildungsministerium damit befasst. Drei Maßnahmen führte Dr. Hubig auf, mit der die Versorgung der Realschulen plus kurzfristig verbessert werden solle. Der Wechsel in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt Realschulen plus ist denjenigen Studentinnen und Studenten bereits erleichtert worden, die sich zunächst für das Lehramt Gymnasien entschieden hatten. Zudem werde der Seiten- und Quereinstieg ermöglicht.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de
Foto: Christoph Krier



► VRB UND SCHULEWIRTSCHAFT

Gemeinsamer Diskurs aus schulischer und unternehmerischer Sicht



Arbeitstreffen mit Anne Drost (4.v.li) und Doris John (3.v.li.) von SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz: VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler (2.v.li.) und die Vorstandsmitglieder Christoph Krier (li.), Monika Antoni (4.v.re.), Christoph Schneider (3.v.re.), Wolfgang Seebach (2.v.re.), Grhard Hein (re.) sowie Wilfried Rausch (hinter der Kamera).

Zu einem Informationsaustausch trafen sich am 7. April 2022 in Hohr-Grenzhausen Mitglieder des VRB-Landesvorstands mit Doris John, Sprecherin der Schulen von SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz, und Anne Drost von der Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU), die gleichzeitig als Koordinatorin für SCHULEWIRTSCHAFT tätig ist.

Schule ist auf außerschulische Partner angewiesen

Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler skizzierte zunächst die Ziele des Verbandes Reale Bildung, der für eine ganzheitliche, vielfältige und lebensnahe schulische Bildung eintritt. Einen hohen Stellenwert habe für den Verband, dass an den Schulen kognitive Fähigkeiten wie auch soziale Kompetenzen gleichermaßen gefördert und junge Menschen in der Sekundarstufe I sowohl auf die Berufswelt als auch für den Besuch weiterführender Schulen vorbereitet würden. Unsere Schulen, so der Landesvorsitzende, profitieren bei den schulischen Maßnahmen der Berufsorientierung von der Kooperation mit außerschulischen Partnern aus der Berufs- und Arbeitswelt.

Dialog zur Weiterentwicklung der Berufs- und Studienorientierung nutzen

Eine gewinnbringende Kooperation lebe, so Anne Drost, von einem stetigen Dialog zwischen allen an Maßnahmen zur Berufsorientierung beteiligten Partnern. Dabei sei es für die Partner der Wirtschaft wichtig zu erfahren, wie Berufsorientierungsangebote wahrgenommen würden und wo nachgebessert werden müsse. Der Austausch ermögliche Einblicke in die Arbeit wie auch in die Probleme in den unterschiedlichen Bereichen. Sie benannte konkret für den Bereich Wirtschaft die sich immer weiter verschärfende Problematik, motivierte und geeignete Auszubildende zu finden. Spürbar sei, dass das Interesse an bestimmten Berufszweigen kaum noch vorhanden sei.

Aufwertung des Projekts „Praxistag“ notwendig

Timo Lichtenthäler bestätigte die von Anne Drost aufgezeigte Problematik anhand seiner Beobachtungen, dass Chancen, die beispielsweise das Projekt „Praxistag“ den Schülerinnen und Schülern im Berufsreifezweig böte, immer weniger nachgefragt würden. Dies sei der mangelnden Einsicht, sich dadurch für einen Ausbildungsplatz qualifizieren zu können, aber auch dem Projektcharakter und damit der Freiwilligkeit des „Praxistages“ geschuldet.

Durch eine Verpflichtung würde der „Praxistag“ eine Aufwertung erfahren. Dem Leistungsgedanken würde so Rechnung getragen und bei beruflicher Orientierungslosigkeit eine mögliche Perspektive gegeben.

„Bewerbercamp“ – ein „Best-Practice-Beispiel“

Aus dem Berufsorientierungskonzept seiner Schule, der Realschule plus Kell am See, stellte Christoph Krier das „Bewerbercamp“ vor. Dazu lädt die Schule regionale Handwerksbetriebe und Dienstleister ein, um den Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten zu bieten, Vorstellungsgespräche zu simulieren, Arbeitsabläufe in Betrieben kennenzulernen oder ganz konkret an Werkstücken arbeiten zu können. Dies sei eine Win-Win-Situation für alle – die Firmen fänden Praktikanten oder sogar Auszubildende und bei den Jugendlichen wuchse nach diesen Erfahrungen das Selbstbewusstsein.

Aufgabenschwerpunkte von SCHULEWIRTSCHAFT

Eine originäre und wichtige Rolle von SCHULEWIRTSCHAFT, so Anne Drost, sei es, neue Partner für solche Projekte der Berufsorientierung zu finden, aber auch Netzwerke zu stabilisieren. Viele Projekte seien noch von dem jeweiligen schulischen Engagement abhängig. Über das Netzwerk könnten „Best-Practice-Beispiele“ kommuniziert und beworben werden, um folglich die Belastung für einzelne Schulen

mindern zu helfen. Einen wichtigen Beitrag leiste SCHULEWIRTSCHAFT in ihren regionalen Arbeitskreisen, ergänzte Doris John. Ziel der regionalen Arbeitskreise sei es, durch Veranstaltungen und Angebote authentische Informationen aus der Wirtschaft für Lehrkräfte anzubieten und zu einem besseren Verständnis in der Wirtschaft über die Belange der Schulen beizutragen.

Wichtig sei aber auch, dass alle Schularten in den regionalen Arbeitskreisen vertreten seien, um ihre Positionen und Bedürfnisse klar zu formulieren, unterstrich Wilfried Rausch.

Schulische Herausforderung: Ausbildungsreife sichern

Eine der wesentlichen Aufgabe von Schule sei es, nach dem Schulabschluss Schülerinnen und Schülern mit der notwendigen Ausbildungsreife zu entlassen. Von Seiten der Ausbildungsbetriebe werde nach der Darstellung von Anne Drost auf Defizite

hierbei hingewiesen. Diese beträfen soziale Kompetenzen der Praktikanten und Auszubildenden, aber auch die unzureichenden Kenntnisse in Mathematik und Deutsch. Die Vorstandsmitglieder machten deutlich, dass die Lehrkräfte an ihren Schulen engagiert den durch das Schulgesetz formulierten Auftrag erfüllen, Schülerinnen und Schüler zu fördern und zu fordern. Entscheidend für eine erfolgreiche Arbeit seien aber auch die Rahmenbedingungen an den Schulen. Hier sei die Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. Konkret fordern SCHULEWIRTSCHAFT und VRB, bei Schulabschlüssen durch Lernstandserhebungen sicherzustellen, dass Bildungsstandards eingehalten werden und den Abschlüssen so eine höhere Wertigkeit gegeben wird.

„Schule der Zukunft“ aus der Problematik der Gegenwart denken

Die Herausforderung „Schule der Zukunft“ könne nicht ohne die Wirtschaft gedacht werden, so Wilfried Rausch. Anne Drost

stimmte zu, dass in der Schule der Zukunft Räume anders gedacht werden müssten. Schule könne nicht in den Räumen von 1970 existieren. Daher sei auch ein Schwerpunkt der Jahrestagung von SCHULEWIRTSCHAFT im September 2022 in Mainz die Frage: „Wie kann Schule der Zukunft aus der Problematik der Gegenwart gedacht werden?“

Eine Schule der Zukunft müsse sich auf das konzentrieren können, was originäre Aufgabe von Schule sein solle, den pädagogischen, fachpraktischen und wissensvermittelnden Auftrag umzusetzen und sich nicht als Dienstleister, Verwalter oder Organisator aufzureiben. Diese Schule der Zukunft ist nur möglich, wenn die Probleme der Vergangenheit und Gegenwart aufgearbeitet sind, resümiert Timo Lichtenthäler zum Abschluss des Gesprächs.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de
Fotos: Wilfried Rausch



Christoph Krier gab einen ausführlichen Überblick des Konzepts der Berufs- und Studienorientierung seiner Schule: „Unser PLUS für unsere Schülerinnen und Schüler“.



Die schulischen Leistungen der Schulabgänger würden in Gesprächen von SCHULEWIRTSCHAFT mit Vertretern der Wirtschaft und dem Bildungsministerium immer wieder aufgegriffen werden, unterstrich Doris John.



Timo Lichtenthäler hob die "Schnittmenge" von SCHULEWIRTSCHAFT und VRB hervor: Beide brennen für eine gute Berufs- und Studienorientierung. Dieses Potential müsse bei weiteren Gespräch und den regionalen Arbeitskreisen genutzt werden.



Gerhard Hein erläuterte ergänzend konkret die Abschlussangebote der Realschule plus – von KoA, Berufsreife, Sekundarabschluss I bis zum Fachabitur.



Anne Drost lobte zum Abschluss den Austausch, der ihr wieder neue Einblicke in Schule gegeben habe, die für ihre Arbeit wertvoll seien.



Die Vertreterinnen von SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz erklären, dass Betriebe Schülerinnen und Schüler als Kunden begreifen müssen, um sie als zukünftige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gewinnen.

Jahresseminar der VDR-Bundesfrauenvertretung: Veränderungen individuell bewältigen



Die Teilnehmerinnen der VDR-Bundesfrauenvertretung trafen sich in der dbb-Akademie Königswinter. Aus Rheinland-Pfalz nahm Nicole Weiß-Urbach (7. V.li.) teil.

Vorsitzende Kerstin Jonas (VHL Hessen) begrüßte Ihre aus den verschiedenen Bundesländern angereisten Kolleginnen und Kollegen zur ersten Veranstaltung in Präsenz. In den letzten zwei Jahren hatte man sich ausschließlich über digitale Formate ausgetauscht. Gemeinsam mit ihrer Stellvertreterin Nicole Weiß-Urbach (VRB Rheinland-Pfalz) moderierte sie die dreitägige Sitzung.

Ein erster Schwerpunkt war der Austausch über die organisatorische Ausrichtung der Frauenvertretung, über inhaltliche Themen für die Seminararbeit in den kommenden Jahren, über mögliche Kampagnen und über die Teilnahme an anstehenden Veranstaltungen der Frauenvertretung des dbb Dachverbandes.

Der zweite Schwerpunkt des Seminars bildete eine Weiterbildung mit dem Thema „Veränderungen individuell bewältigen“. Corinna Kriesemer, Coach und Trainerin der Beratungsagentur cpw consulting, begrüßte die Teilnehmenden augenzwinkernd mit den Worten: „Eigentlich ist es doch schön, wenn alles so bleibt, wie es ist.“

Mit Fragestellungen, wie „Was brauche ich, um erfolgreich mit Veränderungen umzugehen?“ führte sie zunächst in die Grundlagen ein. Zwischen selbst-reflektorisch orientierten Phasen, informierte sie über verschiedene Modelle der Veränderung und zog gemeinsam mit den Teilnehmenden Schlussfolgerungen für das eigene Handeln.

Gemeinsam wurden in einem nächsten Schritt unterstützende Eigenschaften zum erfolgreichen Umgang mit Veränderungen zusammengetragen. Diese wurden von Corinna Kriesemer für ein besseres Verständnis mit Definitionen unterfüttert.

Kriesemer ermunterte ihre Zuhörerinnen, Veränderungen als Lern- und Entwicklungsprozesse wahrzunehmen. Zur Visualisierung dieser Prozesse nutzte sie das Modell des „House of Change“ von Class F. Jansen, und ordnete den „Zimmern“ dieses Modells die vier prozessualen Phasen der Zufriedenheit, der Ablehnung, der Verwirrung und der Erneuerung zu. Ein bewusster Umgang und eine rückblickende Ana-

lyse von Veränderungsprozessen können genutzt werden, um wichtige Erkenntnisse und Vorteile für zukünftige Veränderungen zu gewinnen. Veränderungen müssten als Teil der persönlichen Weiterentwicklung verstanden werden. Es gehe darum, ein individuelles Veränderungsmanagement zu entwickeln.

Um selbst „Botschafterinnen für Veränderungen“ werden zu können, benannten die Anwesenden abschließend aus ihrer Sicht notwendige beziehungsweise vorteilhafte Persönlichkeitsmerkmale. Das sind u.a. Authentizität, Empathie und analytische Fähigkeiten.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
Foto: Carlo Kaden



Die Bedeutung der Emotionen Das Haus der Veränderung



Quelle: dbb akademie, Veränderungen individuell bewältigen, Corinna Kriesemer

► FUNDSACHE

Lehrkraft der Zukunft

„... Die Lehrkraft der Zukunft... kann die Selbstständigkeit und die Lernprozesse der Kinder individuell fördern und ihnen auf Augenhöhe begegnen. Kernfähigkeiten, die eine Lehrkraft dafür braucht: Empathie, Mut, Selbstreflektion und Veränderungsbereitschaft. Sie ist sich darüber im Klaren, dass sie nicht allwissend ist und Scheitern dazugehört. Sie lebt den Kindern den Weg des lebenslangen Lernens vor. Um diese Vision zu verwirklichen, ist ausschlaggebend, dass die Lehrkraft in Zukunft digital kompetent und aufgeklärt ist. Sie erkennt die Risiken des digitalen Arbeitens an, aber nutzt es als essenzielle Ressource für den Unterricht...“

Nicolas Colman, Geschäftsführer „Zukunft Digitale Bildung“

Wü / Quelle: +3MAGAZIN Nr.84
(Beilage Süddeutsche Zeitung v. 25.2.2022)

► dbb ARBEITNEHMERVERTRETUNG RHEINLAND-PFALZ

Bewertung der Tarifergebnisse



Zahlreiche Gewerkschaften und Verbände des dbb rheinland-pfalz sind bei der arbeitnehmerversammlung (anv rlp) präsent. Vorsitzender ist der stellvertretende dbb-Landesvorsitzende Peter Mertens. Für den VRB nahm Nicole Weiß-Urbach (hinten links) an der Frühjahrssitzung teil.

Für die Belange der Tarifbeschäftigten der Mitgliedsgewerkschaften unterhält der dbb Landesbund die dbb arbeitnehmerversammlung rheinland-pfalz (anv rlp). Bei den zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen werden die aktuellen Tarifthemen besprochen und ausführlich diskutiert.

Die Frühjahrssitzung der anv rlp fand in Mainz statt. Vorsitzender Peter Mertens (vorne rechts) begrüßte die Gewerkschafts- und Verbandsvertreterinnen und -vertreter des dbb beamtenbund und tarifunion. Auch die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz (hinten rechts) war anwesend.

Lilli Lenz gab einen Rückblick auf die Eckpunkte der Tarifergebnisse, die im November 2021 erzielt wurden. Sie bewertete die Verhandlungen vor dem Hintergrund der Corona-Situation, der Ahrtal-Flutkatastrophe im Sommer und der Streikbereitschaft im Herbst. Letztendlich sei wichtig gewesen, dass die Tarifergebnisse für die Beschäftigten auch für die Beamtinnen und Beamten übernommen wurden, ebenso wie die Corona-Sonderprämie.

Weitere Themen waren u. a. der Sachstand in der Einkommensrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst, Forderungen zur Anpassung des Landesreisekostengesetzes und Modelle des Dienstfahrradleasings für Tarifbeschäftigte im Landesdienst.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
Foto: Malte Hestermann (dbb)



25. Bundesrealschultag in Mannheim

Mehr Bildung! Mehr Realität! Mehr Schule!



Der Geschäftsführende Vorstand (GV) besteht aus dem Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm (3. v.li) und seinen drei Stellvertretern Dirk Meußner (2. v.re.), Bernd Bischoff (Mitte), Sven Christoffer (2. v.li), dem Schatzmeister Ingo Lübke (li.), der Pressesprecherin und Chefredakteurin der Verbandszeitschrift Bildung Real, Waltraud Eder und der Schriftführerin Anna-Katharina Müller (fehlt auf dem Bild). Geschäftsführer ist Ralf Neugschwender (re.)

Schon mit seinem Motto setzte der Deutsche Realschullehrerverband (VDR) Botschaften für die Zukunft der Bildung: „Wir werden mit dieser Delegiertenversammlung eine Zeitenwende einläuten, die eine deutliche Stärkung der differenzierten Bildung, insbesondere der Realschulen und der Realschulbildung, zum wesentlichen Inhalt hat“, betonte Bundesvorsitzender Jürgen Böhm zum Beginn der 25. Bundesdelegiertenversammlung.

Bundesdelegiertenversammlung

Über 100 Delegierte aus 13 Landesbünden diskutierten an drei Tagen die Richtung, die sie gemeinsam im Bundesverband gehen wollen. Debattiert wurde über die Weiterentwicklung von Schule und die Anforderungen an das Bildungswesen in Deutschland. Dabei

wurden gemeinsame schulpolitische und beamtenrechtliche Inhalte und Forderungen des Dachverbandes diskutiert. Der bundesweite Lehrermangel in mittlerweile allen schulischen Bereichen war ebenso Thema wie der aktuelle Umgang mit der Pandemie oder die verheerende Situation in der Ukraine, die beide enorme Herausforderungen für die Schulen bedeuten.

Für eine Zeitenwende in der deutschen Bildungspolitik

Der Bundesrealschultag 2022 forderte eine Zeitenwende in der Bildung mit einer deutlichen Stärkung der differenzierten Bildung in Deutschland:



Wer jungen Menschen die Vielfalt der differenzierten Bildungswege versagt und individuelle Stärken nicht fördert, muss sich nicht wundern, dass die Realität und Qualität der Bildung in Deutschland den notwendigen Anforderungen der realen Gegenwart nicht entsprechen. Angesichts des Verlustes an Bildungsqualität in Deutschland muss die Politik endlich in der Realität ankommen.

Schulstrukturexperimente sind gescheitert und haben die individuelle Freiheit und die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen vernachlässigt - Fehlanreize gesetzt - Schulabschlüsse entwertet - Bildungszeiten unnötig in die Länge gezogen und mit einer fatalen Fehlsteuerung zu einem extremen Fachkräftemangel geführt.

Die Realität erfordert ein Umdenken hin zu mehr Vielfalt, mehr Qualität, mehr Chancen:

- Junge Menschen wollen ihre Individualität und Unterschiedlichkeit aus- und erleben.

- Junge Menschen wollen Leistungsanreize.
- Junge Menschen wollen auf die Herausforderungen der Gegenwart vorbereitet werden.
- Junge Menschen wollen demokratische Freiheiten erproben – Lebensziele auf unterschiedlichem Weg erreichen.
- Junge Menschen wollen echte Wahlfreiheit in ihrer Bildungsbiografie und fordern zurecht Bildungsbeteiligung ein.

Neuwahl des Vorstandes

Am Freitag, den 1. April 2022, wurden der Bundesvorsitzende und der Geschäftsführende Vorstand des Verbandes Deutscher Realschullehrer für die kommende Legislaturperiode von 2022–2026 gewählt. Jürgen Böhm wurde als Bundesvorsitzender bestätigt.

Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de
Fotos: thomas@henne-fotodesign.de



► FESTVERANSTALTUNG – ANSPRACHE DES BUNDESVORSITZENDEN

Eine Zeitenwende für die Bildungspolitik

In seiner Rede im Rahmen der öffentlichen Festveranstaltung setzte Jürgen Böhm das Motto des 25. Bundesrealschultages in einen historischen Kontext vor dem Hintergrund jüngster Entwicklungen.

Demokratiebildung ist wichtiger denn je

Der VDR-Vorsitzende beschrieb die demokratische Grundordnung als Antriebsmodus der Geschichte. Viele Jahre habe man Sicherungssysteme vernachlässigt und sich bei der Energiepolitik auf eine illusionäre Zusammenarbeit mit Autokraten verlassen. Und so seien die Prinzipien des Liberalismus und der Demokratie – und die Durchsetzung dieser Prinzipien jüngst in ihren Grundfesten erschüttert worden. Diese historischen Entwicklungen hätten auch Auswirkung auf die Bildungspolitik: Eine Verteidigung der bis dato als selbstverständlich hingegenommenen Werte von Freiheit und Demokratie müsse der jungen Generation nun mehr denn je veranschaulicht werden. Böhm sprach daher von einer Zeitenwende – auch für die Bildungspolitik.

Keine „Schule für alle“

Böhm unterstrich, dass es keinen bildungspolitischen Königsweg gebe. Alle unter-

schiedlichen Bildungswege seien wichtig, die „Schule für alle“ sei gar ein Fehlversprechen gewesen. Es dürfe keine Umstrukturierung der Realschule geben, im Gegenteil, sie müsse gestärkt werden, da sie reale Bildungsqualität liefere. Die Akademisierung wurde als Lösungsweg angepriesen, aber Talente könne man auf verschiedene Wege fördern und differenzieren. Leistung könne nicht mit gutem Willen erzielt werden. Bildung funktioniere nicht ohne Realität und diese Realität erfordere mehr Chancen und individuelle bildungspolitische Lösungswege sowie Leistungsanreize. Es zeige sich, dass junge Menschen ihre Lebensziele auf unterschiedlichen Wegen erreichen könnten.

Bildung darf kein Sparmodell sein

Böhm verwies auch auf den eklatanten Lehrkräftemangel und fehlende personelle Ressourcen an den Schulen und nannte es zusammenfassend verantwortungslos, an Bildung zu sparen, berufliche Bildung ab-



zuqualifizieren und differenzierte Bildungswege zu diskreditieren. Eine bildungspolitische Ausrichtung am realen Leben sei ökonomisch wie politisch unverzichtbar.

Um die Demokratie und eine vielfältige Gesellschaft zu stärken, müsse das Motto des Realschultages endlich in der Bildungspolitik umgesetzt werden.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
Fotos: thomas@henne-fotodesign.de



Festveranstaltung BILDUNG.REAL.SCHULE

Dr. Karin Broszat, die Vorsitzende des gastgebenden Realschullehrerverbandes Baden-Württemberg, begrüßte bei der Festveranstaltung des 25. Bundesrealschultages des VDR am 1. April 2022 in Mannheim die Ehrengäste, Gastredner und Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In ihren Eröffnungsimpulsen kritisierte sie die Tendenz zur Vereinheitlichung der Schulen. Das helfe weder den Starken noch den Schwachen, vielmehr werde dadurch die Leistungsorientierung untergraben. Eine unterschiedliche Hinführung zum Beruf sei wichtig und nötig, um auch praxisorientierten Kindern gerecht zu werden, dies vor allem auch im Hinblick auf den sich in Deutschland abzeichnenden Fachkräftemangel. Dr. Broszat möchte keine Schule für alle, sondern die richtige Schule für jedes Kind.

Grußworte

Dr. Diana Pretzell: Zukunftsaufgaben

Prof. Dr. Diana Pretzell, die Umwelt-Bürgermeisterin der Stadt Mannheim, begrüßte die Festgäste in ihrer Stadt. Die Aufgabe der Zukunft sei, die Energiewende zu bewältigen. Diese könne nur mit den dafür benötigten Fachkräften gelingen. Die Schularten gestalteten den Transformationsprozess mit. Sie stellte die Rolle von Lehrerinnen und Lehrern als Begleiter auf dem Lebensweg der Kinder und Jugendlichen heraus. Sie bereiten junge Menschen auf die Berufe der Zukunft vor und können sie dafür begeistern.

Volker Schebesta: Eltern haben Vertrauen in die Realschule

Der Staatssekretär im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg, Volker Schebesta, überbrachte die Grüße der Bildungsministerin Theresa Schopper und griff das Thema des Delegiertentages auf: BILDUNG. REAL. SCHULE. Schule müsse sich immer wieder neuen Problematiken stellen, ob bei der Umsetzung von Schutzmaßnahmen während der Pandemie oder bei der nun neuen Herausforderung bei der Aufnahme von ukrainischen Kindern, die aus dem Kriegsgebiet geflüchtet sind. Das Vertrauen in Realschulen und die bewusste Entscheidung der Eltern, diese Schule für ihr Kind zu wählen, sei groß. Denn die Realschule biete einen starken Bezug zur



Dr. Karin Broszat



Ulrich Silberbach



Dr. Diana Pretzell



Jochen Maiß



Volker Schebesta

Berufswelt, da sie die kognitiven Lernangebote der erweiterten Grundkenntnisse mit der Vermittlung von praktischen Fertigkeiten verbinde und so konkret auf die Arbeitswelt vorbereite. Die Realschule vereine so Kinder aus allen gesellschaftlichen Schichten.

Ulrich Silberbach:

Attraktivere berufliche Perspektiven

Ulrich Silberbach, Vorsitzender von dbb beamtenbund und tarifunion, stellte die eingeschränkte Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bezüglich der anstehenden Herausforderungen heraus. Einsparungen beim Personal im Bildungsbereich hätten zu einem Fachkräftemangel im Bildungssektor geführt. Die Bewältigung des demografischen Wandels sei eine Herausforderung. Bund und Länder hätten keine Vorsorge getroffen. Eine Investition in die Zukunft von jungen Menschen, die sich für das Gemeinwohl in Kommunen, Ländern und Bund engagieren möchten, sei dringend geboten. Da der Staat zur privaten Wirtschaft in Konkurrenz stehe, müssen die beruflichen Perspektiven im öffentlichen Dienst attraktiver werden, auch finanziell. Er forderte eine amtsangemessene Beamtenbesoldung, um junge Erwachsene für die Arbeit an Schulen zu gewinnen.

Jochen Maiß: Für reale Bildung begeistern

Der Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbandes, Joachim Maiß, stellte in seinem Grußwort die Probleme der Handwerksbetriebe, Auszubildende und Mitarbeiter zu bekommen, den Wünschen von Eltern gegenüber, für ihre Kinder das Abitur anzustreben. 65 Prozent der Kinder, die heute eingeschult werden, würden morgen in Berufen arbeiten, die es heute so noch nicht gebe. Daher seien die Angebote der Realschule, die zusätzlich zur Allgemeinbildung die praktischen Inhalte mit der Berufsorientierung verknüpfe, der „goldene Boden“ für die handwerklichen Ausbildungen. Eltern müssten noch entschiedener für diese Form der realen Bildung begeistert werden. Auch er forderte mehr personelle und damit finanzielle Ressourcen für den Bildungsbereich. Wenn dann noch Schulen mehr Eigenverantwortung zugestanden und die finanzielle Ausstattung erhöht werde, sei er optimistisch für die Zukunft, so Joachim Maiß.



Festrede Dr. Jens Brandenburg

Zu Beginn seiner Rede übermittelte Dr. Jens Brandenburg, der Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Grüße von Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger.

„Gewaltige Aufgaben“ anpacken

Im Bildungssektor gebe es gewaltige Aufgaben, die es gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Schule anzupacken und zu realisieren gelte, stellte Dr. Brandenburg fest. Die Pandemie sei noch nicht vorbei. Bei der Aufarbeitung der Pandemie seien weniger die Lernrückstände vordringlich. Im Vordergrund müssten die langfristigen Folgen der psychischen Belastungen bei Kindern und Jugendlichen durch die Erfahrungen in den vergangenen zwei Jahren stehen. Er bedanke sich bei den Lehrkräften für ihr „Dasein“ für die Kinder in diesen Nöten. Durch den Krieg mitten in Europa und der damit einhergehenden Flucht und dem Verlust der vertrauten Heimat von tausenden von jungen Menschen sei innerhalb kürzester Zeit eine zweite große Herausforderung in die Schulen getragen worden. Denn es gelte, die eigene Identität der Kinder zu bewahren und gleichzeitig die Option einer längerfristigen Integration anzubieten.

In seiner Festrede stellte Dr. Jens Brandenburg fünf Themenbereiche dar, die auf Bundesebene durch das Kooperationsgebot von Bund und Ländern im Bildungsbereich von Bedeutung sind.

Enge Kooperation von Bund, Ländern und Schulträgern realisieren

Es sei dringend erforderlich, dass durch eine enge Kooperation von Bund, Ländern und Schulträgern gemeinsam mehr Angebote zur Chancengleichheit realisiert werden, ohne die Kompetenzen der einzelnen Verantwortlichen zu beschneiden. Diese führe zur beschleunigten Umsetzung des Digitalpaktes Schule.

DigitalPakt Schule beschleunigen

Digitale Bildung ist kein Unterricht, der per Videokonferenz übertragen wird, machte der Staatssekretär deutlich. Ziel müsse es sein, dass junge Menschen sich selbstbestimmt in der digitalen Welt bewegen könnten, dabei spielten neben dem Einsatz von digitalen Elementen im Unterricht und Alltag auch bspw. Resilienz bei der Nutzung der Technik eine Rolle. Welches Potential die digitale Bildung habe, verdeutlichten uns aktuell ukrainische Lehrkräfte, die ihre Schülerinnen und Schüler in ganz Europa via Tablett weiterhin aus dem Kriegsgebiet unterrichteten.

Neben dem Ziel seitens der Bundesregierung, dass das Geld für den Digitalpakt schnell bei den Schulen ankomme, werde auch im Hinblick auf die Planungssicherheit ein Anschlussvertrag – Digitalpakt 2.0 – aufgelegt werden.

Soziale Abhängigkeit im Bildungsbereich abbauen

Als eine weitere große „Baustellen“ im Bildungssystem sieht Dr. Jens Brandenburg nach wie vor, dass Bildungschancen von der sozialen Herkunft abhängig sind. Bildung dürfe keine Frage der sozialen Herkunft sein, sondern der persönlichen Begabung und der Leistungsbereitschaft. Als weiteres Beispiel einer engen Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen nannte er den Ausbau der Schulsozialarbeit oder die Intensivierung von „Startchancen-Programmen“.

Berufliche Bildung stärken

Es müsse generell ein Umdenken stattfinden. Der Bildungsbegriff dürfe nicht nur akademisch besetzt sein. Mit Erasmus plus bspw. seien auch schon Anreize zur Förderung von Talenten der beruflichen Bildung geschaffen worden und damit zur Steigerung der Attraktivität dieser Berufszweige. Junge Menschen müssten für die Berufswelt begeistert werden. Hier gäbe es enorme Aufstiegschancen.

Lehrkräftequalifizierung als „Mehrwert“ erkennen

Es bedürfe einer Qualitätsoffensive in der Lehrkräftebildung, um allen Lehrkräften ein solides Grundwissen zu vermitteln, so dass es nicht eine Beliebigkeit bei den Lerngrundlagen gebe. Bei der Qualitätsoffensive müsse auch der Seiteneinstieg in den Lehrerberuf einbezogen werden.

Dr. Brandenburg dankte abschließend allen Lehrerinnen und Lehrern für ihr Engagement für die ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen. Sie seien Rückgrat und Herzkammer der Bildungspolitik in Deutschland.

Den musikalischen Rahmen der Festveranstaltung schufen die Schülerband der Johannes-Kepler-Realschule Heidelberg mit rockigen Songs und die Schulband der Merian-Realschule Ladenburg mit mitreißenden Rhythmen.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de
Fotos: thomas@henne-fotodesign.de



Bernd Karst verabschiedet sich aus dem Bundesvorstand:

„Ich nehme wertvolle Erinnerungen mit!“



Nach sechzehn Jahren gemeinsamer Arbeit verabschiedeten sich mit Bernd Karst auch Karl-Heinz Kaden (Mitte) und Anton Huber (re.) aus dem Bundesvorstand.

Im Rahmen einer Festveranstaltung des Bundesrealschultages wurde Bernd Karst aus seinem Amt als stellvertretender VDR-Bundesvorsitzender verabschiedet. Er war sechzehn Jahre im Amt und hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Bernd Karst – eine feste Säule im VDR

VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm verabschiedete Bernd Karst als eine über Jahre feste Säule, die er als stellvertretender Bundesvorsitzender im Verband Deutscher Realschullehrer gewesen sei und dankte ihm für seine stets große Unterstützung. Karst habe immer die richtigen Fragen zu stellen gewusst und dadurch die inhaltliche Weiterentwicklung des Verbandes vorangetrieben.

Im Jahr 2006 wurde Bernd Karst zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden des VDR beim Bundesrealschultag in Saarbrücken gewählt.

„Es war ein inhaltsreiches Leben in Beruf und Verband“

In seiner Rückschau blickte Bernd Karst auf 45 Jahre aktiver Verbandsarbeit zurück. Es sei unglaublich viel Arbeit für ein Ehrenamt gewesen. Jedoch verspüre er tiefe Dankbarkeit, da ihm die Verbandsarbeit Einblicke in viele Bereiche gewährt habe, die anderen

geschlossen blieben. Viele Freundschaften habe er in dieser Zeit geknüpft.

Als „eingefleischter Realschulmensch“ setze er sich auf Bundes- und Landesebene seit vielen Jahren für die Realschule und für die reale Bildung ein. Mit Blick auf den Bundesverband hoffe er für die Zukunft, dass sich die Landesverbände wieder stärker annähern. Es sei notwendig, dass der Verband in Deutschland ein gemeinsames Gesicht bekäme. Man vertrete eine Realschulbildung, die in den Bundesländern in unterschiedlichen Schulsystemen umgesetzt werde.

Kritisch äußerte sich Karst zur Bildungspolitik, die die Leistungen und das Engagement der Lehrkräfte zu wenig würdige. Er forderte, dass die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen von Gesellschaft und Politik angemessen wertgeschätzt werde.

Bernd Karst verabschiedete sich mit besonderem Dank für die vielen Freundschaften sowie wertvollen Erinnerungen, die ihm die langjährige Bundesvorstandsarbeit ermöglichten.

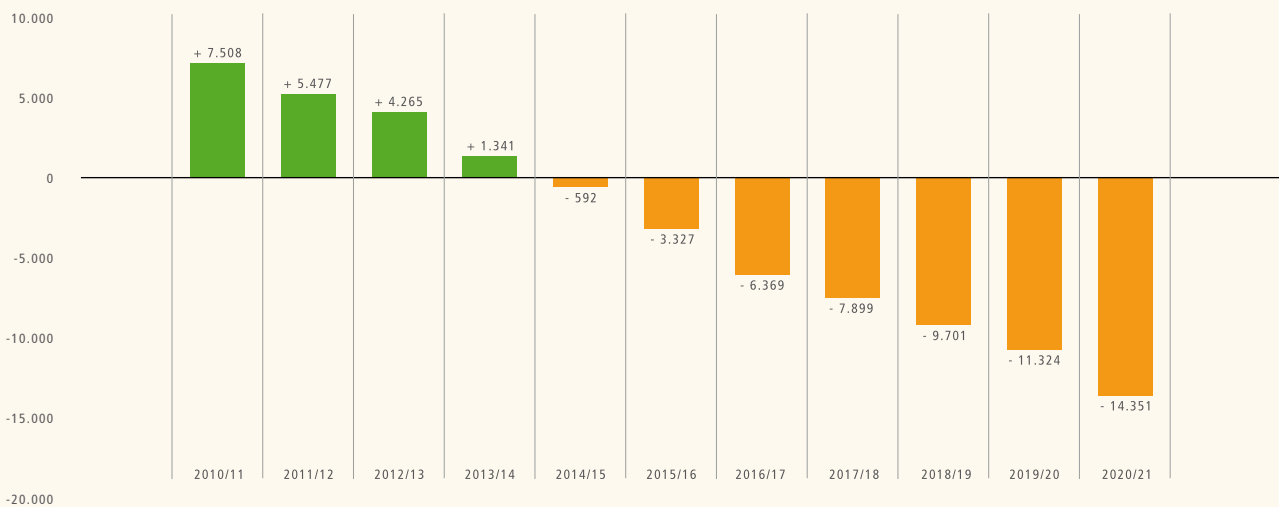
Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de
Foto: thomas@henne-fotodesign.de



Rheinland-pfälzische Hochschulen verlieren an Akzeptanz

Studienberechtigte zieht es in die Nachbarländer

Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo¹ mit anderen Bundesländern in den Wintersemestern 2010/11 bis 2020/21



¹Differenz zwischen den Studienberechtigten aus anderen Bundesländern, die in Rheinland-Pfalz studieren, und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die in anderen Bundesländern studieren.

Im Wintersemester 2020/21 studierten rund 70.200 Rheinland-Pfälzer in einem anderen Bundesland. Das waren knapp vier Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders gefragt waren bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten die Hochschulen in den angrenzenden Ländern Nordrhein-Westfalen (19.400), Baden-Württemberg (16.200) und Hessen (15.100).

Umgekehrt studierten 55.900 junge Erwachsene in Rheinland-Pfalz, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland erworben haben. Darüber hinaus waren rund 12.900 Studierende mit einer im Ausland erworbenen Studienberechtigung an einer rheinland-pfälzischen Hochschule immatrikuliert. Insgesamt kamen 56 Prozent der Studierenden aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.

Zieht man von den aus anderen Bundesländern zugezogenen Studierenden die aus Rheinland-Pfalz abgewanderten Studienberechtigten ab, ergibt sich im Wintersemester 2020/21 ein deutlich negativer Studierendenwanderungssaldo von 14.400. Mit Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre wird deutlich, dass der zunächst positive Wanderungssaldo kontinuierlich zurückging und schon seit 2014/15 negativ ausfällt. Ursache dafür ist unter anderem die hohe Attraktivität einzelner Hochschulen in benachbarten Bundesländern („Exzellenz-Universitäten“ in Aachen, Bonn, Karlsruhe, Heidelberg).

Niedrigste Zahl der Erstsemester seit 14 Jahren

Im Wintersemester 2021/22 schrieben sich rund 14.100 junge Menschen erstmalig an einer der 22 rheinland-pfälzischen Hoch-

schulen ein. Gegenüber dem Vorjahr sank die Studienanfängerzahl um knapp zehn Prozent.

Insbesondere die großen Landesuniversitäten verzeichneten einen Rückgang der Zahl der Erstsemester. Gegenüber dem Vorjahr erfuhr die Universität Koblenz-Landau (minus 340), die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (minus 220) und die Technische Universität Kaiserslautern (minus 190) die deutlichsten Rückgänge. Lediglich die Hochschule für öffentliche Verwaltung (plus 31) und die WHU Vallendar (plus 26) meldeten nennenswerte Zuwächse. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer unter den Neueinschreibungen wuchs von 18 auf 21 Prozent.

Die Gesamtzahl der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen sank um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die negative Entwicklung der Studienanfänger- und Studierendenzahlen begründet sich unter anderem in der demografischen Entwicklung und der Abwanderung von Studienberechtigten in andere Bundesländer. Möglicherweise macht sich schon bemerkbar, dass zunehmend auch Abiturienten eine duale Ausbildung beginnen.

Hr/Quellen: Pressemitteilungen des Statistischen Landesamtes RLP vom 26. und 30.11.21

Deutschland gehen die Fachkräfte aus

Der Verband Reale Bildung fordert Stärkung der schulischen und beruflichen Bildung



Foto: AdobeStock

Mit der Zunahme der Abiturientenquoten verliert das duale System sein Ausbildungsreservoir. Aktuell absolviert nur noch jeder vierte Jugendliche eine Ausbildung. Die Abiturientenquote von mittlerweile über fünfzig Prozent nimmt jährlich um ein Prozent zu, in zwanzig Jahren würde sie bei anhaltend kontinuierlicher Steigerung um die siebzig Prozent liegen.

„Deutschland gehen bereits jetzt die Fachkräfte aus. Die Wirtschaft sieht den Wohlstand und den Fortschritt in Gefahr, wenn das Fachkräfteangebot weiter sinken wird. In vielen nichtakademischen Berufsbereichen ist eine ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften nicht mehr gewährleistet“, beschreibt VRB-Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler die zunehmend problematische Entwicklung des Fachkräfte-Arbeitsmarktes.

Auf der anderen Seite verliere das Abitur seinen Wert, weil es nicht mehr die Studierfähigkeit garantiere. Die immer besseren Durchschnittsnoten und die Inflation der Einser-Abiturnoten vermittelten nach außen die Vorstellung, dass immer mehr Menschen immer intelligenter würden.

Diese Illusion sei völlig abwegig, wie die Realität zeige. Hochschulen seien damit fremdbeschäftigt, dem eigentlichen Studium vorgeschaltete Kurse anzubieten, um die fehlenden schulischen Grundkenntnisse im Nachhinein aufwändig zu kompensieren. Das könne nicht ihre Aufgabe sein. Letztlich werde daran deutlich, wie stark die fachlichen Anforderungen an den Gymnasien abgesenkt worden seien. „Die Politik beklagt sehenden Auges diese Fehlentwicklungen, unternimmt ihrerseits aber keine erkennbar wirksame Gegensteuerung“, erklärt Lichtenthäler.

„Wir müssen die Leistung stärker in den Vordergrund stellen“, so der Verbandschef. Die berufliche Bildung müsse gegenüber dem Studium aufgewertet werden. Das Gymnasium dürfe keine Schule für alle sein, die den berufsbildenden Ausbildungssystemen die Schülerschaft wegnimmt. Der VRB fordert, die Bildungsinvestitionen massiv zu erhöhen. Gerade Schularten wie die Realschule plus und die Integrierte Gesamtschule benötigten eine Verbesserung der Rahmenbedingungen: eine Ausstattung auf Höhe der Zeit, kleine Klassengrößen, die ein effizientes Lehren und Lernen gewährleisten, mehr Lehrkräfte sowie pädagogisch und administrativ unterstützende Personalkapazitäten. „Der oft einseitig bevorzugte gymnasial-akademische Weg und das anschließende Studium füh-

ren viele junge Menschen in eine berufliche Sackgasse. Volle Unis einerseits, Engpässe auf dem Fachkräfte-Arbeitsmarkt trotz mitunter besseren Verdienstmöglichkeiten andererseits, diese die Versorgung und das Wirtschaftswachstum gefährdende Situation kann sich Deutschland nicht leisten. Der politische und gesellschaftliche Druck gegen den Akademisierungswahn wird steigen und mit ihm auch die hoffentlich noch rechtzeitige Erkenntnis, dass die Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen dem beobachtbaren Trend zur Akademisierung eine notwendige und attraktive Alternative setzen“, so der Verband Reale Bildung.

Pressemitteilung des VRB vom 29. April 2022

Fachkräftemangel beheben – Realschulbildung stärken

Bundesweite Exzellenzinitiative Realschulbildung ist längst überfällig!

Deutscher Realschullehrerverband (VDR) fordert Stärkung der Realschulbildung zur Schließung der Fachkräftelücke und beanstandet falsche Bildungsversprechen im deutschen Schulsystem

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des VDR, kritisiert zu einseitige Tendenzen, Schwerpunkte und ideologisierte Perspektiven bei der Wahl der Schulbildungswege in Deutschland, die zwangsläufig mit hohen Qualitätseinbußen einhergehen: „Wenn in deutschen Großstädten mehr als zwei Drittel der jungen Menschen nach der Grundschule ein Abitur und damit eine akademische Ausbildung anstreben, ist das einfach unrealistisch. Viele junge Menschen werden mit falschen Versprechen fehlgeleitet und müssen sich realitätsfernen Erwartungen unterwerfen. (...)“

Die Realschulen bieten Bildungsinhalte, die genau auf die Anforderungen einer modernen Welt ausgerichtet sind. Neben einer umfassenden Allgemeinbildung können die jungen Menschen aus mathematisch-naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen, sprachlichen oder sozialen Schwerpunkten wählen. Zusätzlich zu diesen Schwerpunkten erhalten alle Realschülerinnen und Realschüler eine fundierte ökonomische Bildung, eine durchgängige und umfassende informationstechnologische Grundbildung sowie einen klaren Praxisbezug.

Böhm plädiert infolgedessen für eine „Exzellenzinitiative Realschulbildung“ in Deutschland: „Wir brauchen nicht die x-te Oberstufenreform an Gymnasien und Gesamtschulen. Das Märchen von der Vollakademisierung der Gesellschaft verliert zunehmend an Zauber. Nutzen wir lieber die Erfahrungen und das bewährte, von Arbeitgebern hoch geschätzte Bildungskonzept der starken Realschulen! Die Realschulbildung ist das Sprungbrett in eine erfolgreiche, anspruchsvolle berufliche Ausbildung und lässt alle Karrierechancen offen“.

PM Nr. 9/2022 VDR Bund vom 6.5.2022 (Auszug)

Das Statistische Bundesamt meldet, dass die Zahl der Ausbildungsverträge für 2021 leicht über dem Vorjahresniveau liegt, allerdings ist die Gesamtzahl der Auszubildenden weiter rückläufig. Im Jahr 2021 haben rund 467 100 Personen in Deutschland einen neuen Ausbildungsvertrag in der dualen Berufsausbildung abgeschlossen. Das waren nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 0,3 % mehr als im Vorjahr, das aufgrund der Corona-Pandemie mit 465 700 Ausbildungsverträgen einen historischen Tiefstand verzeichnet hatte. Gegenüber dem Jahr 2019, dem Jahr vor der Pandemie, war die Zahl der Neuabschlüsse im Jahr 2021 nach wie vor wesentlich niedriger (513 300 Neuverträge im Jahr 2019).

destatis.de, 13. April 2022

Erneuter Rückgang bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen

In Rheinland-Pfalz schlossen im Jahr 2021 rund 23.100 junge Menschen einen neuen Ausbildungsvertrag ab. Wie das Statistische Landesamt in Bad Ems anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt, waren das rund 100 Neuabschlüsse weniger als im Jahr zuvor – ein Minus von 0,5 Prozent.

Besonders deutlich vom Rückgang war der Ausbildungsbereich der Industrie- und Handelskammern betroffen. Hier sank die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um knapp 300 Vertragsabschlüsse bzw. 2,2 Prozent. Dies ist unter anderem auf die in 2021 weiterhin bestehenden Einschränkungen durch die Coronapandemie zurückzuführen. Demgegenüber stieg die Zahl der Neuabschlüsse bei den Freien Berufen deutlich um 14 Prozent.

Insgesamt befanden sich im Jahr 2021 rund 61.900 Menschen in Rheinland-Pfalz in einer Ausbildung, darunter 33.300 im Bereich Industrie und Handel sowie 19.200 im Handwerk. Der Rückgang der Gesamtzahl der Auszubildenden fiel gegenüber der Entwicklung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen mit einem Minus von 2,1 Prozent vergleichsweise hoch aus. Dies begründet sich insbesondere dadurch, dass inzwischen zwei Jahrgänge durch die coronabedingt niedrigen Anfängerzahlen geprägt sind.

Hr / Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 29. März 2022

Corona – Adé?
Oder stehen wir
im Herbst vor einer
noch gefährlicheren
Mutation?

Zwischen neuer Freiheit

und Angst vor „Killerviren“



Foto: AdobeStock

Plötzlich stand das Leben größtenteils still: Das Coronavirus hat vor gut zwei Jahren zu bis dahin beispiellosen Schließungen und Kontaktbeschränkungen in der Nachkriegsgeschichte geführt. Die Schulen standen vor riesigen Problemen und Versäumnisse der Vergangenheit wurden offenbar.

Die erste Infektion mit dem Coronavirus ist in Rheinland-Pfalz am 26. Februar 2020 nachgewiesen worden. Keinen Monat später wurden am 16. März aus Sorge vor der raschen Ausbreitung die Schulen geschlossen. Zwei weitere Tage später folgten auch viele Geschäfte, Kneipen und Freizeiteinrichtungen wie Kinos und Museen. Größere Feiern wurden im Kampf gegen das Virus untersagt. Vom 21. März 2020 an waren auch Versammlungen von mehr als fünf Menschen verboten, Restaurants mussten geschlossen bleiben.

Novellierung des Infektionsschutzgesetzes

Und wie sieht es heute aus? Durch die Novellierung des Infektionsschutzgesetzes fal-

len die meisten Einschränkungen weg. Und das trotz weiterhin hoher Infektionszahlen, besonders unter Jugendlichen. In der Bevölkerung wird die „neue Freiheit“ weitgehend begrüßt. Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach hält es bei der aktuellen Infektionslage für den richtigen Weg, weitreichende Schutzmaßnahmen auf Hotspot-Regionen zu beschränken und den Ländern Entscheidungskompetenzen zu übertragen. Die neuen Regeln berücksichtigten, dass eine Überlastung der Krankenhäuser nicht mehr flächendeckend zu befürchten sei. Dort, wo eine Überforderung erwartet werden müsse, ziehe die Hotspot-Regel, sagte er im Bundestag. „Es ist nicht möglich, weiter das gesamte Land unter Schutz stellen, um eine kleine Gruppe von Impfunwilligen zu schützen“, so Lauterbach.

Mittlerweile habe sich die Situation geändert, sagt auch der Mainzer Virologe Bodo Plach-

ter, da es einen relativ guten Schutz durch Impfstoffe gebe. Trotz hoher Infektionszahlen sei keine deutliche Überlastung des Gesundheitssystems festzustellen. Hundertprozentig auszuschließen sei es aber nicht, dass erneut eingreifende Maßnahmen erforderlich werden. Es könnten z. B. neue Erreger oder eine neue Variante des Corona-Virus auftreten, die die Impfung komplett umgehen würden. „Doch danach sieht es im Moment nicht aus“, sagte er.

Bedenken in den Schulen

Für die Schulen ist die Maskenpflicht ab April entfallen. Außerdem gibt es keine regelmäßigen Tests mehr für die Schülerinnen und Schüler. Sollte es jedoch einen Corona-Fall geben, wird wie bisher auch verpflichtend an fünf aufeinanderfolgenden Schultagen getestet. Corona-Infizierte brauchen ab 1. Mai in der Regel nur noch für fünf Tage in Isolation. Zunächst war sogar geplant, diese Quarantäne nur auf freiwilliger Basis zu empfehlen. Nach heftiger Kritik hat sich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach dann in einer Talkshow(!) und per Twitter doch gegen eine nur freiwillige Isolation von Corona-Infizierten entschieden. Die Freiwilligkeit würde zwar die Gesundheitsämter entlasten, wäre aber als Signal falsch und schädlich. Das abschließende Freitesten zum Beenden der Isolation wird seit Mai empfohlen, aber nicht kontrolliert.

Lehrer- und Schülervertreter kritisierten mit Blick auf die Zahlen das Ende der Maskenpflicht an den meisten Schulen in Deutschland. Die Abschaffung sei "völlig verfrüht", sagt etwa der Präsident des Deutschen Lehrerverbands, Heinz-Peter Meidinger. Die aktuelle Corona-Welle führe an vielen Schulen zu Ausfällen beim Lehrpersonal „wie in den gesamten Monaten zuvor nicht“, stellt Meidinger fest.

„Das ist eine faktische Durchseuchung“, kritisierte Colin Haubrich, Vorstandsmitglied der Landeschülervertretung (LSV) Rheinland-Pfalz das Masken-Aus. Auch dass die verpflichtenden Tests für Ungeimpfte wegfallen, werten die Schülerinnen und Schüler als falsche Entscheidung.

Impfpflicht gescheitert

Ende November des vergangenen Jahres hatte Bundeskanzler Olaf Scholz eine Impfpflicht angekündigt. Sie sollte bis spätestens Anfang März kommen und vor allem eine

► PRESSEMITTEILUNG DES ARBEITSKREISES DER BILDUNGSGEWERKSCHAFTEN IM dbb VOM 6. MAI 2022 (AUSZUG)



Corona-Beschränkungen fallen – Probleme in Schulen bleiben

Rheinland-Pfalz braucht krisenfeste Schulen!

Zum 2. Mai fallen wesentliche Schutzmaßnahmen in den rheinland-pfälzischen Schulen und das Bildungsministerium spricht bereits von einem „normalen Schulalltag“. Durch den Wegfall von Testungen, Quarantänebestimmungen und Maskenpflicht rückt jedoch nur ein Thema etwas in den Hintergrund, welches im Krisenmanagement vor Ort in den Schulen die grundsätzlichen Probleme in den letzten zwei Jahren überlagert hat. „Unsere Schulen müssen krisenfest sein“, so die Forderung der Bildungsgewerkschaften im dbb beamtenbund und tarifunion rheinland-pfalz.

In den Pandemie Jahren sind in den einzelnen Schulen Erstaunliches geleistet und enorme Entwicklungsprozesse angestoßen worden, dies oftmals zum Preis einer Arbeitsbelastung, die weit über die Grenzen des Zumutbaren gegangen ist. Für eine ‚Normalität‘ braucht es entschlossenes Handeln seitens des Bildungsministeriums. ... Krisenfest sein, erfordert eine Unterrichtsversorgung von 100 % plus X.

Ausweitung der Pandemie im kommenden Herbst verhindern. Allerdings konnte sich die Ampelkoalition nicht auf einen Gesetzentwurf einigen. Die Suche nach einem Kompromiss unter den Abgeordneten zog sich hin und schließlich scheiterte am 7. April 2022 im Bundestag sogar eine Impfpflicht für die über 60-Jährigen krachend.

Aussichten

In einem Interview am Ostersonntag warnte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vor einer möglichen Killervariante des Coronavirus im Herbst. Die neue Killervariante könnte, so Lauterbach, so ansteckend wie Omikron und so tödlich wie Delta sein. Eine Aussage, für die Lauterbach sofort scharfe Kritik aus allen Ecken erntete: Dafür gebe es keine Hinweise, es sei Panikmache.

Das öffentliche Leben läuft fast wieder wie vor der Pandemie. Die veröffentlichten Inzidenzen sinken. Die zahllosen Teststellen schließen nach und nach oder kürzen die Öffnungszeiten. Feste werden gefeiert, die Masken fallen, Stadien und Konzertsäle sind wieder vollbesetzt, Urlaubsreisen erleben einen Boom. Und die wenigen verbliebenen Impfzentren verzeichnen eine


schwindende Nachfrage. Die Medien beschäftigen sich mit den Affenpocken.

Aber das Corona-Virus wird nicht aufhören sich weiterzuentwickeln, das hat es bereits oft genug bewiesen. Wir haben jedoch mittlerweile eine gute Grundimmunität in der Bevölkerung. Eine Impfquote, die zwar höher sein könnte, aber auch bedeutend niedriger. Dies und der mittlerweile hohe Anteil Genesener schützen das Gesundheitssystem vor Überlastung. Man darf gespannt sein, wie sich die Infektionslage durch die Lockerungen und das Sommerwetter entwickelt. Sollte sich im Herbst eine neue Welle zeigen, wird sie neben den Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich auch die Lehrkräfte wieder besonders hart treffen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn man – z. B. durch eine stabile Vertretungsreserve und durch Schulgesundheitspflegekräfte – vorbereitet wäre.

Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de



Quellen: DIE RHEINPFALZ, 16.03.22 und 3.5.22;
Bundestagsdebatte, 18.3.22; zdf.de, 4.4.22;
ARD Tagesschau; 7.4.22; swr.de, 19.4.22;
Bildungsministerium, Hygieneplan Corona, 18. Fassung, 1.5.22



Ukraine-Krieg: Flüchtlingskinder brauchen Unterricht und Fürsorge

Foto: AdobeStock

Millionen Ukrainer sind vor den Bomben und Kämpfen geflohen, die meisten davon Frauen und Kinder. Laut UNICEF sind fast zwei Drittel aller ukrainischen Kinder seit Beginn der russischen Invasion aus ihrem Zuhause geflohen. 2,8 Millionen Kinder seien innerhalb der Ukraine verblieben, zwei Millionen seien in anderen Ländern.

Hunderttausende Kinder und Jugendliche, die nach Deutschland gekommen sind, müssen hier unterrichtet werden. Damit kommt auf die Schulen und die Kultusbürokratie nach der Flüchtlingswelle von 2017 und der Corona-Pandemie schon wieder eine gewaltige Herausforderung zu, die eine Menge menschlicher Ressourcen und gewaltige Kosten verschlingt. Und ganz nebenbei soll die Digitalisierung gelingen und die moderne „Schule der Zukunft“ entstehen.

Task Force entwickelt Konzepte

Während die ersten Schulen schon pragmatisch eigene Konzepte entwickeln, suchen Bund und Länder noch nach einer Strategie. Dazu hat die Kultusministerkonferenz (KMK) eine Task Force einberufen und den früheren Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium Hans Beckmann zum Vorsitzenden bestellt. In einer „Lübecker Erklärung“ ver-

pflichten sich die Kultusministerien der Bundesländer dazu, Kinder und Jugendliche aus der Ukraine so schnell wie möglich in Deutschland zu beschulen. Auch vor der Flucht begonnene Ausbildungen sollen abgeschlossen werden können.

In Kooperation mit der Task Force der KMK haben die Robert-Bosch-Stiftung und die Bertelsmann-Stiftung eine gemeinsame Initiative gestartet, um die Schulen zu unterstützen. Geplant ist ein digitales Informationsangebot für Lehrkräfte. Eine eigens eingerichtete Gruppe erfahrener Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten aus Deutschland und der Ukraine stellt praxistaugliche Informationen, Materialien und Lösungsansätze zusammen.

Grundsätzlich zu klären ist, welches Ziel verfolgt werden soll: Schnelle Integration oder die Bewahrung der nationalen Identität?

Die Generalkonsulin der Ukraine, Iryna Tybinka, hat sich strikt gegen sog. Willkommensklassen ausgesprochen. Da die Geflüchteten nur für eine begrenzte Zeit in Deutschland seien, gehe es nicht um eine vollständige Integration in die deutsche Gesellschaft: „Die Integrationsklassen bedeuten für die ukrainischen Kinder eine Wand des Unverständnisses, das Gefühl der Minderwertigkeit und des geringen sozialen Schutzes. Um ihre nationale Identität aufrechtzuerhalten und die Kontinuität der Bildungsprozesse zu erhalten, müssen die Kinder nach ukrainischem Curriculum von ukrainischen Lehrern unterrichtet werden“, forderte Tybinka vor der Kultusministerkonferenz. Der Unterricht in der Ukraine sei „intensiver, vollziehe sich in kürzerer Zeit als in Deutschland und hat auch höhere Anforderungen.“ Sie beklagte zudem, dass die Ukraine bisher im deutschen Geschichtsunterricht keine Rolle spiele. Sie sprach von „einem weißen Fleck im Wissen der deutschen Gesellschaft“.

Schnelle Integration oder Bewahrung der nationalen Identität?

Die KMK-Vorsitzende der Kultusministerkonferenz Karin Prien (CDU) möchte grundsätzlich Kinder und Jugendliche aus der Ukraine im Rahmen des bewährten Systems beschulen: „Wir haben gute Strukturen in Deutschland, die sich schon in der Flüchtlingskrise 2015 bewährt haben.“ Zusätzlich werde aber geprüft, wie kulturelle und sprachliche Angebote für Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine realisiert werden können. Aber es sei unrealistisch, ein paralleles ukrainisches Schulsystem für tausende Kinder und Jugendliche aufzubauen. Stattdessen werde nach Lösungen gesucht, um etwa Schülerinnen und Schülern von Abschlussklassen einen ukrainischen Schulabschluss in Deutschland zu ermöglichen.

„Ohne Berührung mit dem deutschen Bildungssystem setzen wir den Prozess des Ankommens und Loslassens schlicht aus. Warum sollten wir das tun?“, fragt die Berliner SPD-Bildungspolitikerin Maja Lasic, die selbst als Jugendliche vor dem jugoslawischen

Bürgerkrieg geflüchtet war und in Deutschland Abitur gemacht, studiert und als Biochemikerin promoviert hat. Sie erinnerte daran, dass sich die Annahme, dass die Kinder schnell wieder zurück sind, bisher bei keiner einzigen Fluchtbewegung bewahrheitet hat“.

In einigen Medien wurde die Ukraine flugs als pädagogisches Wunderland gepriesen: Schon kurz nach Kriegsbeginn habe der Staat eine funktionierende Online-Schule aus dem Boden gestampft, hieß es vielfach. In der Tat stehen zahlreiche ukrainische Schulbücher und Videomaterialien online zur Verfügung. Das bedeutet aber noch keinen gut funktionierenden digitalen Unterricht. Muttersprachliche Medien können aber dazu beitragen, die Eingewöhnung zu erleichtern.

Traumatisierte Kinder brauchen professionelle Hilfe

Über die unterrichtliche Versorgung hinaus gilt es jedoch, den geflüchteten Kindern und Jugendlichen einen sicheren Aufenthalt in Deutschland zu gewähren, ihnen bei der Bewältigung ihrer traumatischen Kriegserfahrungen seelischen Beistand zu leisten und Geborgenheit und Orientierung zu vermitteln.

In einer Pressemitteilung vom 11. März 2022 forderte der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler: „Wir müssen die seelischen Belastungen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick nehmen. Wir brauchen einen Ausbau der Versorgung mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen sowie eine Weiterentwicklung der außerschulischen Beratungsangebote und der Jugendhilfe ... In die Kinder, die Schreckliches erlebt haben und tief in ihrem Inneren von den Erfahrungen der letzten Wochen und Monaten traumatisiert sind, hineinzuschauen, fällt sehr schwer. Lehrkräfte allein können die Aufgaben ohne professionelle Begleitung und Unterstützung nicht bewältigen.“

Rheinland-Pfalz: Erste Schritte

In Rheinland-Pfalz werden die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine

ZUR PERSON



Hans Beckmann

Vorsitzender der Task Force Ukraine der KMK

Hier freute er sich noch aufs Holzhacken: Hans Beckmann am 17.05.21 im dpa-Interview zu seinem Ausscheiden aus dem Bildungsministerium. Nun hat er wohl dicke Bretter zu bohren. Die KMK-Vorsitzende Karin Prien (CDU) machte ihn zum Leiter der bundesweiten Task-Force Ukraine.

Auch im Land leitet er die entsprechende Task Force. Ihr gehören zwölf Personen aus drei Behörden an: dem Bildungsministerium, der Schulaufsicht ADD und dem Pädagogischen Landesinstitut. Aus dem Ministerium ist eine Frau dabei, die schon länger in Deutschland lebt und aus der Ukraine stammt.

Nach dem Abitur 1978 studierte der 63-Jährige Anglistik und Politikwissenschaft für das Lehramt an Gymnasien an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Nach dem Referendariat an Berufsbildenden Schulen wurde Beckmann 1988 als Lehrer an der Integrierten Gesamtschule Ernst Bloch in Ludwigshafen und 1990 am Paul-von-Denis-Gymnasium in Schifferstadt eingesetzt.

1992 wechselte er zur Schulaufsicht ADD nach Neustadt. 2011 wurde Beckmann (SPD) Abteilungsleiter im rheinland-pfälzischen Bildungsministerium und schließlich 2012 Staatssekretär. Nach der Neuwahl 2021 hat er das Ministerium verlassen.

Hans Beckmann ist verheiratet, Vater von zwei Kindern und wohnt in Kaiserslautern.

nach Angaben des Bildungsministeriums in Regelklassen integriert, bekommen Deutsch-Intensivkurse im Umfang von ca. zwanzig Wochenstunden und werden in Fächern wie Musik, Englisch, Sport und Kunst gemeinsam unterrichtet. Zugleich können sie digital an Lernangeboten aus der Ukraine teilnehmen. Die Sprachförderung wird sich nach dem richten, was gebraucht wird und kann bei Bedarf auch ausgebaut werden. Das rheinland-pfälzische Sprachförderkonzept habe sich – so das Bildungsministerium – seit 2015/16 gut bewährt. Eine Herausforderung ist die Verteilung der Kinder und Jugendlichen. Viele Flüchtlinge kommen eher in die Städte, weniger aufs Land. Zum 31. Mai 2022 waren 7.900 Schülerinnen und Schüler an rheinland-pfälzischen Schulen angemeldet.

Inzwischen sind in Rheinland-Pfalz 200 Bewerbungen von geflüchteten Lehrkräften aus der Ukraine eingegangen. Bis Anfang Juni hat die ADD 102 Verträge mit Lehrkräften ukrainischer Staatsbürgerschaft abgeschlossen. Diese Lehrerinnen und Lehrer seien eine „un glaubliche Hilfe“ erklärte KMK-Präsidentin Karin Prien.

Der Krieg in der Ukraine löst in vielen Schulen landesweit Anteilnahme und Hilfsbereitschaft aus. So gibt es auch vielfältige Spendenaktionen und Friedensandachten. Die Lehrkräfte engagieren sich bei der Bildung von Vorbereitungs- und Willkommensklassen und nehmen zusätzliche Belastungen auf sich. Allerdings stoßen sie dabei mehr und mehr an Grenzen. Teilzeitbeschäftigung ist oft ein Ausweg, mit dem man allerdings erhebliche finanzielle Einbußen in Kauf nimmt.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

Quellen: VRB-Pressemitteilung, 11.03.22
Tagesspiegel, 23.03.2022
DIE RHEINPFALZ, Interview mit Hans Beckmann, 24.03.22
focus.de, 27.03.2022
zeit.de, 29.03.2022
Welt am Sonntag, 30.03.22
Informationen zur Beschulung ukrainischer Kinder und Jugendlicher, Rundschreiben des BM RLP vom 30.03.22
Pressemitteilungen des Bildungsministeriums vom 05.04.22 und vom 31.05.22
Deutsches Schulportal, 07.04.22
tagesschau.de, 12.04.22
swr.de, 24.04.22



Beispiel: Realschule plus Kell am See

Mitte März blicke ich in einen Klassenraum, in erwartungsvolle Gesichter: Zehn ukrainische Schülerinnen und Schüler sind teilweise gemeinsam mit ihren Eltern zur Schule gekommen, um an der Realschule plus Kell am See aufgenommen zu werden. Man spürt Dankbarkeit und ein Stück Erleichterung.

Die Übersetzerin an diesem Vormittag, eine Lehrkraft aus Rheinland-Pfalz, erwähnt im Nebensatz, dass sie selbst seit Tagen keinen Kontakt mehr zu ihrer Familie in Mariupol hatte. Sie schiebt es bei Seite, um sich um die anwesenden Eltern zu kümmern. Das bewegt mich sehr.

Die anwesenden Jugendlichen sind froh, wieder zur Schule zu gehen, um ein wenig Alltag zu erfahren und das ein oder andere Erlebte für einen Moment zu vergessen. Aber man spürt dennoch, dass sie eine schwierige Zeit hinter sich haben.

Bereits im Vorfeld war die Hilfsbereitschaft in den Klassen und im Kollegium

groß: Man packte Ranzen, sammelte Schreibmaterial, Hefte, Bücher und Blöcke. Wörterbücher und Tablets wurden bereitgestellt, um den neuen Einstieg in den Schulalltag zu erleichtern.

Was ich in den kommenden Tagen von Seiten der Schulgemeinschaft erlebe, bewegt mich ebenfalls sehr. Schüler und Schülerinnen und die Lehrkräfte suchen das Gespräch mit den „Neuen“, laden sie zum Fußballspielen in der Pause ein, bringen ihnen erste Sätze bei und unterhalten sich mit ihnen, manchmal auch mit Händen und Füßen.

Immer wieder treffe ich unsere neuen Mitglieder der Schulgemeinschaft auf den Fluren und ich frage, wie es ihnen bei uns geht. Auch hier: Man spürt Dankbarkeit und Erleichterung. Und es wird deutlich, wie wichtig ein kleines Stück Normalität in diesen schwierigen Zeiten sein kann.

Sebastian Straßer, Schulleiter

Beispiel: Schiller-Realschule plus mit FOS Frankenthal

Noch auf dem Rückweg von der ukrainischen Grenze bekam Schulleiter Dieter Jäger die Nachricht. Am Montag danach waren die neun Kinder schon in der Schiller-Realschule in Frankenthal. Seither wird dort viel improvisiert, damit die Gäste aus dem Land im Krieg das Erlebte vergessen

können. Dass die ukrainischen Schüler an die Friedrich-Schiller-Realschule plus kamen, hängt mit der mennonitischen Glaubensgruppe zusammen. Viele ihrer Kinder besuchen die „Schiller“. Die zum großen Teil aus der ehemaligen UdSSR eingewanderten Mennoniten fühlen sich

aufgrund ihrer Wurzeln mit dem Schicksal der Ukrainer stark verbunden. Otto Wiebe von der Mennoniten-Brüdergemeinde ist Religionslehrer an der Schillerschule und war mit einem Hilfstransport an der ukrainischen Grenze. „In der Nacht auf Sonntag vor einer Woche hat er mir eine Liste mit den Namen von sieben Flüchtlingskindern geschickt, die von der Grenze nach

Frankenthal mitgenommen wurden“, sagt Jäger. Zwei weitere Jugendliche, die verwandt sind mit Schillerschülern, kamen zeitgleich an. Sofort drehten sich die Mädchen: Ein Mädchen und acht Jungen im Alter von zehn bis 15 Jahren wurden direkt am folgenden Montag in der Schule eingeschrieben. Tags darauf war der erste Kontakt zur Schule. „Die Schülervertreter hat-

ten morgens ab 6 Uhr freiwillig Geschenke, Plakate und Girlanden mit Friedenstauben gebastelt. Ich habe selten einen so emotionalen Moment erlebt“, beschreibt Jäger die Ankunft der Ukrainer in der Aula. Einen Tag später saßen die Teenager im Unterricht.

DIE RHEINPFALZ, 23.03.22

Beispiel: Konrad-Adenauer Realschule plus mit Fachoberschule Asbach

Nachdem sich unsere Schülervertretung schon kurz nach Kriegsbeginn Gedanken gemacht hat, wie man den Menschen in der Ukraine helfen kann, wurde im Eilverfahren eine Spendenaktion ins Leben gerufen und ein Sternenmarsch organisiert, bei dem die Schule in Blau und Gelb dekoriert wurde und wir über 10.000 Euro Spenden sammeln konnten.

Entsprechend überrascht ob der Farbgestaltung, waren die ersten ukrainischen Kinder, die zu uns kamen. Als Schulgemeinschaft war uns wichtig, dass sich die neuen Schülerinnen und Schüler direkt wohl- und willkommen fühlen konnten. Mittlerweile lernen an unserer Schule elf ukrainische Kinder in verschiedenen Klassen. Es haben sich direkt russische Mitschülerinnen und Mitschüler gefunden, die übersetzen und beim Eingewöhnen helfen.

Bei den teilweise stundenlangen Bombenangriffen hören die Familienmitglieder teilweise über einen langen Zeitraum nichts und sind besorgt. Die Kinder wünschen sich ihr Handy im Unterricht anlassen zu dürfen, damit Sie möglicherweise von Ihren Vätern oder älteren Brüdern aus der Ukraine erfahren, ob sie noch leben!

Während sich eine Mutter für Ihren Sohn die volle Integration wünscht, um schnell Deutsch zu lernen, möchte ein weiterer Junge in eine Klasse kommen, wo jemand ukrainisch oder russisch spricht.

Der Schulalltag lenkt ab – aber die Geschichten der Kinder und ihrer Familien, die ja teilweise in der Ukraine zurückbleiben mussten, bleiben im Gedächtnis.

Sabine Hacker, Schulleiterin



„Aufgespießt“ von Dr. Peter Bung



Geflüchtete Kinder

Praktische Hilfe
getragen von Empathie,
schulischer Auftrag!

Wilfried Rausch im Interview mit Rechtsanwältin Antonia Dufeu

Urheberrecht in Schule und Unterricht

Neuerungen und Rechtsrahmen
Auswirkungen auf digitalen Unterricht
Aspekte des Datenschutzes



Foto: AdobeStock

Am 28. Mai 2021 billigte der Bundesrat die Novelle des Urheberrechts, die am 7. Juni 2021 in Kraft trat. Damit wurde die vom Gesetzgeber im Sommer 2017 beschlossene Urheberrechtsreform aufgrund der zunehmenden Digitalisierung in nahezu allen Lebensbereichen aktualisiert. Weitere Gesetze und Richtlinien geben einen Rechtsrahmen im Umgang mit urheberrechtlich geschützten Werken vor.

Die Digitalisierung hat auch Eingang in Schule und Unterricht gefunden. Forciert wurde diese Entwicklung in den Schulen durch die Pandemie. Schulen setzen verstärkt auf digitale Endgeräte, nutzen digitale Medien wie auch Lernplattformen. Wir haben daher unserer Justiziarin Antonia Dufeu einen Fragekatalog zum Umgang mit dem Urheberrecht und zu dem dabei zu beachtenden Datenschutz in Schule und Unterricht vorgelegt. Ihre Antworten können zur Rechtssicherheit beitragen.

§ Was wird durch das Urheberrecht geschützt?

Das Urheberrecht schützt das geistige Eigentum des Einzelnen. Schreibt jemand ein Gedicht oder komponiert ein Lied, so erhält er daran die Urheberrechte. Aus schulischer Sicht bedeutet dies: ent-

werfen Lehrkräfte Tafelbilder oder Arbeitsblätter, werden sie zum Urheber dieser Werke.

Geschützt werden nicht nur Bilder und Texte, sondern auch Filme, Fotos, Werke der bildenden Kunst und Datenbankwerke. Ebenso Leistungen anderer Art, etwa Darstellungen wissenschaftlicher und technischer Art wie Tabellen, Pläne oder Karten oder die Interpretation eines Gedichtes. Sofern also eine kreative Leistung vorliegt, ist das Urhebergesetz zu beachten.

§ Welche Gründe waren für eine Novelle der im Jahr 2021 verabschiedeten Urheberrechtsreform notwendig?

Mit der Reform sollten vor allem die Urheberrechte gestärkt und die Verantwortlichkeit der Betreiber digitaler Plattformen neu geordnet werden. Dabei wurde nicht nur das Urhebergesetz verändert. Es wurde auch ein neues Gesetz geschaffen, das „Gesetz über die urheberrechtliche Verantwortlichkeit von Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten“, kurz: UrhDaG. Demzufolge sind die großen Plattformen grundsätzlich für hochgeladene Inhalte urheberrechtlich verantwortlich und können sich nur von ihrer Haftung befreien, wenn sie ihren neu geregelten Sorgfaltspflichten nachkommen.

§ Welche wichtigen Neuerungen sind durch die Novelle in Kraft getreten?

Plattformbetreiber tragen mehr Verantwortung für illegale Uploads. Sie sind verpflichtet, bestimmte Lizenzen zu erwerben (§ 4 UrhDaG). Es besteht für große Plattformen wie YouTube oder Facebook eine Pflicht, mit der Kreativwirtschaft, d. s. Verwertungsgesellschaften und Verlage, Lizenzen zu vereinbaren, um einen Großteil illegaler Uploads zu verhindern.

Ist das Hochladen fremder Inhalte gesetzlich oder vertraglich nicht erlaubt, ist der Plattformbetreiber verpflichtet, nach einer Information des Rechtsinhabers die entsprechenden Inhalte zu blockieren (§§ 7 und 8 UrhDaG-E).

§ Welche Auswirkungen haben die Neuerungen für die schulische Arbeit insbesondere beim digitalen Unterricht?

Lehrkräfte können mehr als vorher darauf vertrauen, dass die Inhalte, die hochgeladen werden, urheberrechtlich verwendet werden dürfen.

Möchten Lehrkräfte im Rahmen ihres (Fern-)Unterrichts oder einer Medien-AG auf einer Plattform, wie beispielsweise YouTube, Inhalte hochladen, müssen sie besondere Bedingungen beachten.

§ Für Schulen gelten „privilegierende“ Regelungen. Worin bestehen die Privilegien?

Ohne Lizenz und ohne Erlaubnis sollen Uploads unterhalb der „Bagatellgrenze“ möglich sein. Danach ist das Hochladen sehr kurzer Ausschnitte von geschützten Werken:

- bis zu 15 Sekunden eines Filmwerks oder Laufbilds,
- bis zu 15 Sekunden Tonspur,
- bis zu 160 Zeichen eines Textes und
- bis zu 125 Kilobyte je eines Lichtbildwerkes, Lichtbildes oder einer Grafik

grundsätzlich erlaubt. Außerdem soll es zugunsten der Kunstfreiheit und sozialen Kommunikation erlaubt sein, urheberrechtlich geschützte Werke insbesondere zu den Zwecken von Zitat, Karikatur, Parodie und Pastiche zu verwenden und zu veröffentlichen. Werden ganze Werke oder Teile von Werken, die die Bagatellgrenze überschreiten, etwa als Zitat oder Parodie verwendet, so kann der Nutzer dies bereits beim Hochladen als legal kennzeichnen.

§ Dies ist die zweite Reform innerhalb von zwei Jahren, die auch Schulen betrifft. Die neuen Regelungen sollen die erlaubten Nutzungshandlungen für den Bereich Wissenschaft und Bildung regeln und an das digitale Umfeld anpassen. Lehrkräfte müssen dabei differenzieren, in welchem Rahmen Werke im Unterricht genutzt werden. So können Werke frei ohne Vergütung, unter Umständen aber mit einer Vergütungspflicht oder mit Einwilligung und Vergü-

tungspflicht genutzt werden. Wie kann eine Lehrkraft diese Regelungen umsetzen?

Die wichtigsten neuen Regeln für den Schulbereich finden sich im § 60a UrhG.

Demnach ist es Schulen gestattet, im Unterricht bis zu 15 Prozent eines veröffentlichten Werkes in jeder relevanten Form zu nutzen. Das heißt, sie dürfen vervielfältigen, verbreiten, bearbeiten, aufführen oder öffentlich zugänglich machen (§ 60a Abs. 1 UrhG). Eine öffentliche Zugänglichmachung liegt vor, wenn ein Inhalt in digitaler Form zur Verfügung gestellt wird und dieser von Schülerinnen und Schülern unabhängig von Ort oder Zeit abgerufen werden kann. Von besonderer Bedeutung ist dies für schulische Lehr- und Lernplattformen.

Allerdings gilt hier eine Ausnahme für Schulbücher (§ 60a Abs. 3 UrhG).

Für die Verwendung von schulischen Werken in Schulen gelten folgende Regeln:

- Lehrkräfte können von Unterrichtswerken, die ab 2005 erschienen sind, bis zu 15 Prozent (aber nicht mehr als zwanzig Seiten) analog und digital vervielfältigen.
- Sie können diese digitalisierten Materialien ebenfalls für den eigenen Unterrichtsgebrauch nutzen und an ihre Schülerinnen und Schüler weitergeben, auch zur Unterrichtsvor- und -nachbereitung.
- Die verwendeten Materialien können für die Schülerinnen und Schüler ausgedruckt, sowie im Unterricht über PCs, Interaktive Whiteboards, Beamer – nicht aber auf einer Lernplattform – wiedergegeben werden.
- Die Lehrkräfte können die Scans zudem im jeweils erforderlichen Umfang auch auf ihren Speichermedien ablegen (z. B. Tablet, Notebook etc.). Dies umfasst auch die Speicherung auf einem für die individuelle Lehrkraft geschützten Bereich auf dem Schulserver.
- Zum Zwecke der Unterrichtspräsentation dürfen Lehrkräfte ebenfalls die oben genannten Nutzungen ausüben.

Außerschulische Werke mit einem geringen Umfang wie einzelne Bilder, Gedichte oder Liedtexte und auch einzelne Abbildungen dürfen vollständig genutzt werden (§ 60a Abs. 2 UrhG). Darunter fallen ebenfalls einzelne Aufsätze oder Artikel in Zeitungen oder Zeitschriften. Ein Werk geringen Umfangs liegt vor:

- bei Druckwerken mit bis zu 25 Seiten,
- bei Notenwerken mit bis zu 6 Seiten,
- bei Filmen von bis zu fünf Minuten Länge und
- bei Musik von bis zu fünf Minuten Länge.

§ Was bedeutet dies genau für die folgenden konkreten unterrichtlichen Einsatzmöglichkeiten?

Fremdwerke werden in Papierkopien innerhalb der Klasse genutzt.

Dies geht im Rahmen von 15 Prozent eines Werks (bei Schulbüchern aber nicht mehr als zwanzig Seiten). Handelt es sich um eine Abbildung oder ein Werk geringen Umfangs, darf es auch vollständig genutzt werden

Fremdwerke werden in Kopien über Email oder über eine andere Zustellung für Unterrichtszwecke (Hausaufgaben u. a. m.) weitergegeben.

Dies ist möglich im Rahmen von 15 Prozent eines Werks (bei Schulbüchern nicht mehr als zwanzig Seiten). Handelt es sich um ein außerschulisches Werk geringen Umfangs, darf es auch vollständig genutzt werden

Fremdwerke werden digital über einen Beamer im Unterrichtsraum projiziert.

Dies ist erlaubt nach § 44a UrhG. Die wiedergegebene Kopie darf jedoch nicht in einer Weise gespeichert werden, die über das für den Projektionsvorgang Notwendige hinausgeht.

Fremdwerke werden nur im Intranet oder über Moodle mit geregelter Zugang nur mit Passwort für Unterrichtszwecke genutzt.

Die ist nur möglich bei Werken, die nicht Schulwerke sind.

§ Gibt es eine differenzierte Unterscheidung bei der Verwendung von Texten, Grafiken, Fotos oder Filmen?

Nein, es gibt nur eine Differenzierung zwischen

- schulischen und außerschulischen Werken oder
- gesamter oder teilweiser und
- digitaler oder analoger Nutzung

§ Wo und wie finden der Datenschutz und andere Regelungen zusätzlich Anwendung?

Natürlich sind neben dem Urheberrecht auch andere Regelungen bei der Verwendung von sozialen Plattformen wie YouTube zu beachten:

- Datenschutzrechtliche Aspekte: Schülerinnen und Schüler sollten sich bei der Verwendung anderer Konten, besonders bei Google, abmelden, um zu verhindern, dass Profildaten gesammelt werden.
- Bei YouTube sollte die „Autorun-Funktion“ ausgestellt sein, sonst zeigt YouTube unaufgefordert ein Video nach dem anderen.
- Erziehungsberechtigte, Schülerinnen und Schüler sollten darüber informiert werden, wie YouTube Daten erhebt und zusammenfügt, um personalisierte Werbung zu senden.
- Außerdem sollte darüber informiert werden, dass personenbezogene Daten und Verkehrsdaten den europäischen Binnenmarkt verlassen und damit kein angemessener Datenschutzstandard gewährleistet werden kann.
- In Schulen darf keine Werbung gezeigt werden (§ 103 ÜSchO). Um die Werbung bei YouTube zu unterdrücken, kann die URL verändert werden. Setzen Sie hierfür zwischen die Domain (youtube.com/....) und den Slash (/) einen Punkt: (youtube.com./....) und laden Sie die Seite neu (Enter-Taste).
- Auch die Jugendgefährdung muss richtig eingeschätzt werden. Sie bestimmt sich nach dem Maß der Gefahr, dem Alter und dem bisherigen Verhalten der Schülerinnen und Schüler.

Wilfried Rausch
wilfried.rausch@vrb-rlp.de



ZUR PERSON



Rechtsanwältin Antonia Dufeu ist Justiziarin des VRB und selbstständige Rechtsanwältin mit den Schwerpunkten Arbeitsrecht, Medienrecht und gewerblicher Rechtsschutz.

Sie ist Co-Autorin der Handreichung „Schule. Medien. Recht.“ und hat zuletzt mitgewirkt an der Videoproduktion „Medien- und Urheberrecht in Schule und Studienseminar“ im Rahmen des Leuchtturmprojekts „Digitalisierung in der Lehrkräfteausbildung des Landes Rheinland-Pfalz“. Das Video sowie seine 35 Teilepisoden sind online auf dem Bildungsserver zu finden unter <http://studienseminar.rlp.de/rs/trier/downloadbereich/medien-und-urheberrecht.html>.

Neben ihrer Tätigkeit als Anwältin arbeitet Antonia Dufeu als Coach und als Beraterin von Fach- und Führungskräften.



Seminar der Bundes-Seniorenvertretung

„Sicherheit im Alter“ und andere Facetten der Seniorenpolitik



Die Friedenstaube war schon zu vielen namhaften Persönlichkeiten „geflogen“, die in einem Buch ihre Sichtweise des Friedens beschreiben. Auf dem Gruppenbild der Seniorenvertretung durfte sie dann auch in den Händen von Jürgen Böhm dabei sein. Aus Rheinland-Pfalz nahmen Erwin Schneider (5.v.re.) und Wilfried Rausch (li.) teil.

Zwei Jahre musste die VDR-Seniorenvertretung warten, bis sie sich vom 25. bis 27. März wieder zu einem Seminar in Präsenzform an der dbbAkademie Königswinter treffen konnte. „Seniorenpolitik“ mit ihren zahlreichen Facetten stand auf der Tagesordnung.

Jürgen Böhm, Vorsitzender des Verbands Deutscher Realschullehrer, Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbands und stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender, ging in seinem Vortrag auf die Herausforderungen ein, die zur Zeit die Menschen beschäftigen. Das sind insbesondere der Ukraine-Krieg und die Corona-Pandemie.

Wehrhaftigkeit der Demokratie stärken

„Wir müssen der Realität ins Auge sehen“, begann er seine Ausführungen über den seit 24. Februar tobenden Krieg in der Ukraine. „Es geht um die volle Unterstützung der jungen Menschen, die in eine freie demokratische Ukraine zurückwollen.“ Dieser

von Russland losgetretene Krieg führe zu einem Paradigmenwechsel in der Politik, zu einer Zeitenwende. Die Wehrhaftigkeit der Demokratie müsse sich auch in diesem Konflikt beweisen. In diesem Zusammenhang forderte er eine Stärkung der politischen Bildung für die Jugendlichen im Unterricht ein.

An dieser Stelle bot es sich an, auch allgemein über den Frieden in der Welt zu sprechen. Werner Hillen stellte sein Projekt „Friedenstaube Edith Stein“ vor.



Im Namen aller Teilnehmenden dankte Wilfried Rausch der Leiterin Christa Nicklas für ihre seit vielen Jahren kompetente Leitung der Seminare.

Digitalisierung voranbringen

Beim zweiten Punkt seines Vortrages hatte Jürgen Böhm bei den Auswirkungen von Corona und dem Weg aus der Pandemie vor allem die Bildungspolitik im Auge. So nannte er als Folgerungen für die Arbeit des VDR z.B. die Stärkung der differenzierten Bildung, der Lehrerbildung und das Bemühen, die Digitalisierung weiter voranzubringen.

Broschüre „Berufsende in Sicht“

Ursula Lenz, ehemalige Pressereferentin der BAGSO, sprach über das Thema: „Impulse und Tipps zur Gestaltung des Ruhestands“. Frau Lenz erklärte, dass viele

Menschen mit dieser neuen Phase ihres Lebens, die einen gravierenden Einschnitt darstellt, nicht zurechtkommen. Psychische Probleme, verstärkter Medienkonsum und Alkohol sind oft die Folgen. Aus diesem Grund wurde ein Konzept entwickelt, das umfassend in der Broschüre „Berufsende in Sicht?! Annäherung an eine neue Lebensphase“ dargestellt ist. Es ist herausgegeben von der BAGSO und kann auch dort angefordert werden (telefonisch unter 02 28/2 49 99 30 oder per Mail an kontakt@bagso.de). Das Heft gibt keine Lösungen vor, sondern es regt an, sich mit dem Ruhestand zu beschäftigen.

Sicherheit im Alter

Helene Fuhrmann, ehemalige Polizeibeamtin, heute ehrenamtliche Sicherheitsberaterin beim Kommissariat Vorbeugung in Bonn, referierte zum Thema: „Sicherheit im Alter“. Sie nannte zahlreiche Beispiele, wie Verbrecher mit immer wieder neuen erstaunlichen kreativen Fähigkeiten versuchen, vor allem ältere Menschen zu betrügen und sie z.T. erheblich zu schädigen. Exemplarisch seien hier nur genannt: Haustürgeschäfte, falsche Polizeibeamte und Wasserwerker, Enkeltrick, Schockanrufe, Gewinnversprechen. Helene Fuhrmann gab auch praktische Hinweise, wie man sich vor Betrügern und Trickdieben schützen kann. Weitergehende Informationen findet man in: „Gut beraten im hohen Alter“, eine

Informationsbroschüre, Herausgeber: Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, 70372 Stuttgart, www.polizei-beratung.de und www.mimikama.at (Verein zur Aufklärung über Internetmissbrauch)

Altersbericht „Digitalisierung als Chance für ein selbstbestimmtes Leben“

Dr. Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb Bundesseniorenvertretung, legte den 8. Altersbericht der Bundesregierung vor und interpretierte ihn aus der Sicht der Bundesseniorenvertretung. Der letzte Altersbericht erschien im Jahr 2020 zu dem Thema: „Digitalisierung als Chance für ein selbstbestimmtes Leben“. Der Auftrag des 8. Altersberichts an die Bundesregierung liegt darin, herauszuarbeiten, welchen Beitrag Digitalisierung und Technik zu einem guten Leben im Alter leisten können und aufzuzeigen, welche gesicherten Erkenntnisse über den Nutzen und den Mehrwert digitaler Techniken für ältere Menschen vorliegen.

Tip: In Heft 3 und 4/2020 hat Wilfried Rausch den Altersbericht für unsere Leserinnen und Leser bereits ausführlich beleuchtet.

2023: Arbeitsthema Digitalisierung

Christa Nicklas fasste im abschließenden Resümee noch einmal die Ergebnisse der Tagung zusammen. Die Gruppe einigte sich für die Frühjahrstagung 2023 auf das Thema „Digitalisierung“, da bei den Anwesenden selbst auch großer Informationsbedarf besteht.

Werner Hillen
(VRB Saarland)



Mutterschutz und Elternzeit – eine Übersicht

Eine aufregende Zeit steht bevor, wenn sich Nachwuchs ankündigt. Mit diesem freudigen Ereignis sind eine ganze Reihe von Vorgaben zu beachten, da Mutterschutz und Elternzeit durch verschiedene Rechtsgrundlagen reguliert werden. Eine Übersicht zu grundlegenden Informationen bietet dieser Artikel.

Mutterschutz – vor und nach der Entbindung

Rechtliche Grundlage des Mutterschutzes ist die Mutterschutzverordnung (MuSchVO) für verbeamtete Lehrkräfte bzw. das Mutterschutzgesetz (MuSchG) für angestellte Lehrkräfte. Der Dienstherr ist zum Schutz der werdenden Mutter und des ungeborenen Kindes verpflichtet. Dieser Verpflichtung wird er durch eine sog. Gefährdungsbeurteilung gerecht. Vor diesem Hintergrund muss er von der Lehrerin über die Schulleitung von der Schwangerschaft in Kenntnis gesetzt werden.

Die Mutterschutzfrist, in der die Lehrerin nicht beschäftigt werden darf, beginnt in der Regel sechs Wochen vor dem Entbindungstermin und endet in der Regel acht Wochen nach der Geburt. In dieser Zeit ist eine Fortzahlung der Dienst- oder Anwärterbezüge gewährleistet. Die Zeiten sind vollumfänglich ruhegehaltstfähig.

Elternzeit: Anspruch, Verteilung, Beantragung und Fristen

Die Regelungen zum Elterngeld und zur Elternzeit sind im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) bzw.

in der Urlaubsverordnung (UrIVO) geregelt. Sie erlauben verbeamteten sowie angestellten Lehrkräften, für jedes Kind maximal drei Jahre Elternzeit zu nehmen und in dieser Zeit ihre Erwerbstätigkeit zu reduzieren oder ganz auszusetzen, um ihre Kinder selbst zu betreuen und zu erziehen. Bis zu 24 Monate dieser Elternzeit können prinzipiell auf einen Zeitraum bis zur Vollendung des achten Lebensjahres übertragen werden. Für diese Lebensphase ist für Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz auch eine Beurlaubung aus familiären Gründen möglich.

Mütter und Väter haben einen gleichermaßen eigenständigen Anspruch auf Elternzeit, unabhängig von Art und Umfang der Inanspruchnahme durch den anderen Elternteil. Beide Elternteile können einzeln oder gemeinsam Elternzeit in Anspruch nehmen. Somit können flexible familiäre Bedürfnisse bedient werden und Väter in ihrer Rolle unterstützt werden. Väter können also direkt im Anschluss an die Geburt des Kindes ihre eigene Elternzeit nehmen und sich so von Anfang an der Betreuung und Erziehung des Kindes beteiligen.

Bei der Planung der Elternzeit sollte die Dienststelle immer frühzeitig eingebunden werden. Die Elternzeit muss schriftlich bis spätestens sieben Wochen vor Beginn über den Dienstweg bei der ADD beantragt werden. Der beantragte Zeitraum ist dann bindend. Eine vorzeitige Beendigung ist nur mit Genehmigung der Dienststelle möglich. Zu beachten ist, dass die Mutterschutzfrist in diese Antragsfrist von sieben Wochen einbezogen wird, wenn sich die Elternzeit der Mutter direkt an die Mutterschutzfrist anschließen soll.

Spätestens drei Monate vor der Wiederaufnahme des Dienstes im Anschluss an die Elternzeit muss ein Antrag über den gewünschten Stundenumfang bei der Dienststelle gestellt werden, da sonst automatisch ein Einsatz mit dem Stundendeputat erfolgt, mit dem man vor Beginn des Mutterschutzes beschäftigt war.

Teilzeit in Elternzeit oder Teilzeit und Beurlaubung aus familiären Gründen?

In der Elternzeit besteht für beide Elternteile die Möglichkeit bis zu einer festgelegten Höchstgrenze von 21 Lehrerwochenstunden beschäftigt zu



werden, auch eine unterhäftige Beschäftigung ist möglich.

Ein Antrag auf Teilzeit in Elternzeit sollte spätestens drei Monate vor einem gewünschten Beschäftigungsbeginn bei der Dienststelle gestellt werden. Der Antrag kann nur innerhalb von vier Wochen aus zwingenden dienstlichen Gründen abgelehnt werden. Auch Änderungen bezüglich des Stundenumfanges der Teilzeit sollten mit der Schulleitung frühzeitig besprochen werden und sind der Dienststelle spätestens drei Monate vorher mitzuteilen.

Im Unterschied zu Teilzeit in Elternzeit muss ein Antrag auf Teilzeit und Beurlaubung aus familiären Gründen (§ 76 Landesbeamtengesetz) ein halbes Jahr vorher gestellt werden, also zum 1. Februar oder für den

1. August (Regelfall). Dieses Teilzeitmodell ist zum Beispiel zur Betreuung eines Kindes unter 18 Jahren möglich. Eine Wochenstunden-Höchstgrenze ist bei diesem Modell nicht festgelegt. Beide Teilzeitmodelle sind in dem Umfang ihrer Beschäftigung ruhegehaltstfähig.

Fundstellen Landesrecht

Für weiterführende Informationen, beamtenrechtliche Einzelfragen und Sonderregelungen empfehle ich die Website „Landesrecht Rheinland-Pfalz“ (<https://www.landesrecht.rlp.de/bsrp/search>). Dort heißt es: „Dieser kostenlose Dienst soll Sie bei der Klärung rechtlicher Fragen und in der Kommunikation mit den Behörden unterstützen. Sie haben Zugriff auf die konsolidierten Fassungen

- aller geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen des Landes Rheinland-Pfalz,
- aller geltenden Verwaltungsvorschriften des Landes Rheinland-Pfalz, soweit sie in den Amtsblättern veröffentlicht worden sind und
- auf alle Entscheidungen der Gerichte des Landes Rheinland-Pfalz ab dem 1. Januar 2010, soweit sie von den Gerichten als veröffentlichungswürdig angesehen werden.

Dieser Service bietet Ihnen eine intuitive Recherche sowie vielfältige Suchfunktionen...

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Anmerkung der Redaktion: Unsere Gesellschaft ist auf dem Weg, überkommene Rollenbilder in der Familie aufzubrechen. Das zeigen z.B. auch die in diesem Artikel angesprochenen Möglichkeiten für beide Elternteile, Elternzeit und verschiedene Teilzeitmodelle in Anspruch zu nehmen. Leserinnen und Leser, die

sich für einen Blick auf die Entwicklung der Frauen- und Mutterrolle in den letzten Jahrhunderten interessieren, sei Evke Rulfes' informatives und gleichzeitig amüsantes Buch „Die Erfindung der Hausfrau“ empfohlen. Wir stellen es im nachfolgenden Buchtipp vor.

► BUCHTIPP

Evke Rulfes: „Die Erfindung der Hausfrau. Geschichte einer Entwertung“



„Die Erfindung der Hausfrau. Geschichte einer Entwertung“
Autorin: Evke Rulfes;
gebundene Ausgabe,
88 Seiten, 22,- Euro.
Erschienen im Verlag
Harper Collins;
ISBN 978-3-7499-0240-8

Die Kulturwissenschaftlerin Evke Rulfes nimmt ihre Leserinnen und Leser in ihrem Sachbuch mit auf eine aufschlussreiche Reise durch die Ratgeberliteratur der Jahrhunderte und beschreibt den schleichenden Prozess der Entwertung der Hausarbeit im Wandel der Zeiten.

Von der Hausmutter zur Hausfrau

Ratgeberliteratur ist „Literatur, die ein fiktives Ideal als Normalität verkauft und damit Einfluss übt auf gelebte Alltagsrealität“. Rulfes' Analyse der Geschlechterrollen basiert auf einer abwechslungsreichen Darstellung moralischer, religiöser, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und pädagogischer Strömungen. Ausgehend vom 16. Jahrhundert führt Evke Rulfes uns den Wandel des Familienkonzepts und den Wandel von der machtvollen Hausmutter, die nicht selbst putzt und kocht, sondern das Personal überwacht, zur bürgerlichen Hausfrau, Ehefrau und Mutter vor Augen.

Stalllieder und Stillparagraf

Die Autorin analysiert auch die sich ändernde Diktion der Ratgeber und deren Adressierung an die sich wandelnden Rollenbilder der Hausfrau, oder besser gesagt, den vorherrschenden Idealvorstel-

lungen dieser Rollenbilder. Immer wieder gelingen Evke Rulfes unterhaltsame Einblicke in das typische Alltagsleben der Gesellschaft, um die Leserinnen und Leser zum Beispiel über die „Komposition angemessener Stalllieder“ für die Mägde oder die Intention eines „Stillparagrafen für werdende Mütter“ zu informieren.

Gerechtigkeitsfrage

Evke Rulfes Buch „Die Erfindung der Hausfrau“ ist ein „Plädoyer für mehr Wertschätzung und Anerkennung von Haus- und Care-Arbeit.“ Es zeigt auf, dass die klassische innerfamiliäre Rollenverteilung nicht „gottgegeben“ und ihre Überwindung eine Gerechtigkeitsfrage unserer modernen Gesellschaft ist.

Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



► MANGELNDE VERFASSUNGSTREUE

Aberkennung des Ruhegehalts einer pensionierten Lehrerin

Einer Lehrerin, die sich im Ruhestand gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigt, indem sie das mit ihrer Verfassungstreuepflicht nicht zu vereinbarende Gedankengut der sog. Reichsbürgerbewegung verinnerlicht und aktiv nach außen getragen hat, ist das Ruhegehalt abzuerkennen. Dies entschied der für Landesdisziplinarsachen zuständige Senat des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz in Koblenz.

Etwa zehn Jahre nach ihrer 2006 erfolgten Versetzung in den Ruhestand äußerte sich die ehemalige Lehrerin in zwei von ihr veröffentlichten Büchern sowie in mehreren Schreiben an Behörden in einer Weise, die mit ihrer Treuepflicht gegenüber der Verfassung nicht vereinbar sind. Das Land Rheinland-Pfalz erhob Disziplinaranzeige gegen die Ruhestandsbeamtin. Die Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Trier hat der ehemaligen Beamtin das Ruhegehalt aberkannt, weil sie sich im Ruhestand aktiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes betätigt habe. Dabei könne dahinstehen, ob sie der sog. Reichsbürgerbewegung angehöre, da die ihr vorgehaltenen Äußerungen jedenfalls szenetypisch und inhaltlich gezielt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet seien.

Mit ihrer gegen das Urteil eingelegten Berufung machte die ehemalige Beamtin unter anderem geltend, sie habe die vorgehaltenen Äußerungen als Wissenschaftlerin und „kritische Demokratin“ getätigt. Das Oberverwaltungsgericht wies die Berufung zurück. In den von der Ruhestandsbeamtin getätigten Äußerungen komme geradezu eine Verachtung für den deutschen Staat und seine Institutionen zum Ausdruck. So sei darin in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland mehrfach von einem Scheinstaat bzw. Nichtstaat und von einem angeblichen Unternehmen mit Firmenstrukturen die Rede. Außerdem habe sie einen ehemaligen Bundespräsidenten als „Geschäftsführer“ und das demokratische Wahlsystem als „Partei-Wahldiktatur“ bezeichnet. Die Verfassungsordnung habe sie als „ungültig“ abgelehnt. Hierdurch habe die Beamtin gegen ihre Treuepflicht verstoßen, die – auch über das aktive Dienstverhältnis hinaus – einen hergebrachten Grundsatz des Berufsbeamtentums darstelle.

Hr / Quelle: Urteil des OVG Rheinland-Pfalz vom 11. März 2022, Az: 3 A 10615/21.OVG



Nachsitzen für Teilzeitkräfte?

Es war ein Testballon, den Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei einer Podiumsdiskussion in Stuttgart steigen ließ. Zu dem bedrohlichen Lehrermangel sagte der Grüne: „Wir haben einen feminisierten Lehrerberuf und sehr viele arbeiten in Teilzeit. Wenn alle eine Stunde mehr arbeiten würden, hätte ich 1000 Lehrer mehr, die ich aber nötig brauche.“ Eine Aussage, die in der von Corona-Krise und durch die Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingskindern ohnehin maximal gestressten Lehrerschaft für Erregung sorgte.

DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger sagte dazu: „Die Erziehungsaufgabe ist in den letzten Jahren schwieriger geworden, die Belastung höher. Die Mehrzahl der Lehrer und Lehrerinnen würde daher lieber weniger als mehr Stunden arbeiten.“

Hr / Quelle: Welt am Sonntag, 15. Mai 2022



Kinostart: 14.04.2022
Dauer: 101 Min
Genre: Drama, Komödie
FSK: ab 12
Produktionsland: Deutschland
Filmverleih: Sony Pictures

KINOKINO

„Eingeschlossene Gesellschaft“

Mit der Filmkomödie „Eingeschlossene Gesellschaft“ brachte Sönke Wortmann an Ostern ein Kammerspiel auf die Leinwand, das in einem Lehrerzimmer spielt. Sieben Lehrkräfte werden kurz vorm Start ins Wochenende von einem Vater als Geiseln genommen. Sie haben die Chance, die Situation dadurch aufzulösen, dass sie das Anliegen des Vaters gemeinsam erörtern und zu einer einstimmigen Lösung kommen. Der Film ist ein Wiederse-

hen mit einigen Akteuren, die bereits in der Wortmann-Komödie „Frau Müller muss weg!“ (2015) zu sehen waren: Anke Engelke und Justus von Dohnányi. Basierend auf dem gleichnamigen Hörspiel von Jan Weiler war selbiger nicht nur für die pointierte Beobachtung des deutschen Schulwesens verantwortlich, sondern steuert für die Filmadaption „Eingeschlossene Gesellschaft“ auch das Drehbuch bei.

Filmkritik

Monika Antoni und Andreas Stegmann haben sich den Film angesehen und uns eine kurze Filmkritik geschickt.

Wer von euch ohne Fehler ist ...“

Finden Sie auch Charakterzüge des einen Kollegen oder der anderen Kollegin im Film wieder? Sönke Wortmann porträtiert überspitzt, aber dennoch treffend verschiedene Lehrercharaktere. Sie zeigen, dass auch Lehrerinnen und Lehrer „nur“ Menschen sind, mit ihren Schwächen und Stärken.

Und die Eltern? Der geiselnehmende Vater steht für Eltern, die durch ihr „Helikopterverhalten“ nicht erkennen, dass ihre Kinder selbständig für sich eintreten und entscheiden können.

Am besten hat mir das an ein Bibelzitat (Joh. 8.1) angelehnte Statement des Chemielehrers gefallen, „Wer von euch ohne Fehler ist, der werfe den ersten Stein.“

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Fokus auf das Individuum lenken

Der Film portraitiert humorvoll und kritisch die eine oder andere Schwachstelle des Schulsystems und unserer Gesellschaft. Bei der Diskussion über das Anliegen des Vaters stehen sich Lehrkräfte frontal gegenüber: die Befürworter und die Verweigerer der erwünschten Notenkorrektur.

Mir kam der Gedanke, dass die beiden Lager innerhalb des Film-Lehrerzimmers, die „Konsequenzen“ und die „Schülerverstehler“, lediglich die Pole spiegeln, zwischen denen jede einzelne Lehrkraft im Alltag pendelt. Und das nicht nur, wenn wir herausgefordert werden, Noten und Leistungen zu verhandeln...

Was also kann der Film anstoßen? Über die eigene Arbeit im pädagogischen Kontext zu reflektieren, sich im Kontext des Großen und Ganzen immer wieder an den Erziehungs- und Bildungsauftrag zu erinnern und den Fokus auf das Individuum zu lenken.

Andreas Stegmann
andreas.stegmann@vrb-rlp.de



Filmszenen aus dem Lehrerzimmer, gespielt von Justus von Dohnanyi, Anke Engelke und Florian David Fitz (von oben)

► FUNDSACHE

Presse ist nicht die „vierte Gewalt“ im Staat

Im Chefredaktions-Newsletter der Rheinpfalz vom 14. April führt Uwe Renners aus, was uns von Staaten unterscheidet, in denen die Presse zum Staatsapparat gehört.

In Art. 5 Abs. 1 GG ist diesbezüglich verankert: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt. (Art. 5 Abs. 1 GG).

Unter der Überschrift „Kein Organ rechtsstaatlicher Gewaltenteilung“ führt Renners aus: „Als der

französische Philosoph Montesquieu vor mehr als 200 Jahren über die staatliche Gewalt nachdachte, erkannte er dort drei Gewalten: Exekutive (das ist die „ausführende Gewalt“, die Regierung und Verwaltung), Legislative (das ist die gesetzgebende Gewalt, also das Parlament) und Judikative (das ist die rechtsprechende Gewalt, also die Justiz). Diese drei Gewalten sollten sich in einem demokratischen Staat gegenseitig kontrollieren. Von einer vierten Gewalt hat er nicht gesprochen. ... der Ausdruck hält sich zwar beständig, ist aber falsch, da die freien Medien kein Organ rechtsstaatlicher Gewaltenteilung sind, sie keine staatliche Gewalt ausüben und entsprechend ihre Rolle gerade nicht einer Staatsfunktion entspricht. Die zentrale Rolle

der Presse bei der Information der Bevölkerung in Deutschland wird durch das gesetzlich verbriefte Recht von Journalistinnen und Journalisten auf Auskunft des Staates unterstrichen. Staatliche Institutionen müssen die Fragen der Presse beantworten, gleich ob sie zum Bund, zum Land oder zur Kommune gehören. Darunter fallen Parlamente, Gerichte, Behörden genauso wie etwa die Polizei. Niemand kann der Presse vorschreiben, worüber sie berichtet oder auch nicht. Sie wird nicht vom Staat gesteuert, auch wenn das in den vergangenen Jahren von bestimmten Gruppen immer wieder behauptet wurde.“

Wü / Quelle: Die Rheinpfalz. Chefredaktions-Newsletter vom 14.4.22 (Auszug)

VRB-Bezirke



KOBLENZ: Wieder etwas gemeinsam erleben!

NEUSTADT: Im ADD-Gespräch: Junge Menschen für den Lehrberuf gewinnen!

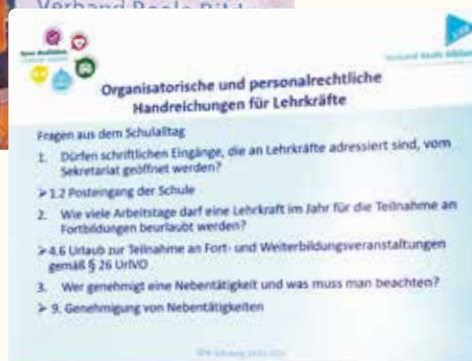
TRIER: Beratungsangebot für Personalvertretungen

BETEILIGUNGSRECHTE DER SCHULPERSONALRÄTE

Personalplanung und Unterrichtseinsatz von Lehrkräften



Auf der Grundlage des Personalvertretungsgesetzes (LPersVG) und anderer Rechtsquellen tauschten sich Nicole Weiß-Urbach (Foto) und Benjamin Bajraktari mit Personalvertretungen aus fünfzehn Schulen über aktuelle Fragen aus der schulischen Alltagsarbeit aus.



„Wir freuen uns, Sie in Präsenz begrüßen zu dürfen, denn wir wissen, eine ÖPR-Schulung lebt auch von dem direkten Austausch der Personalräte untereinander“, so empfing Nicole Weiß-Urbach, VRB-Bezirksschatzmeisterin und Mitglied des Bezirkspersonalrates für Realschulen plus, die angereisten Personalräte zur März-Schulung im Bezirk Koblenz.

Personalplanung – ein Überblick für die Arbeit vor Ort

In ihrem Vortrag zur Personalplanung an den Schulen informierte Weiß-Urbach über die Verfahrensabläufe bei der Organisation von Neueinstellungen, Versetzungen und Abordnungen durch die ADD. Ausgangspunkt seien die Angaben, die in den schulischen Gliederungsplänen im Frühjahr dokumentiert seien. Diese seien auf Grund der Mitbestimmung mit den Personalräten an den Schulen zu erörtern gewesen. Die Referentin beleuchtete die Wege der Zusammenarbeit zwischen dem örtlichen Personalrat und dem Bezirkspersonalrat und unterstrich an Beispielen der Organisation in Personalangelegenheiten die Wichtigkeit dieses Kontakts. Gemeinsam wurde von den Teilnehmenden ein Kriterienkatalog

für mögliche Abordnungen an Schulen entwickelt, der, so Weiß-Urbach, in enger Absprache mit der Schulleitung angebahnt und im Kollegium transparent gemacht werden müssten.

Entlastung für Teilzeitlehrkräfte

In einem weiteren Informationsblock ging es um den Umfang der dienstlichen Verpflichtungen von Teilzeitbeschäftigten. Es sei auch Aufgabe der Personalvertretung, auf eine angemessene Balance zwischen unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Aufgaben zu achten. Grundlage dafür sei das im LPersVG verankerte Wächteramt des Personalrates und die u.a. in einer einschlägigen Verwaltungsvorschrift geregelten Rahmenvorgaben. Gemeinsam wurden Entlastungskriterien ge-

sammelt, die für individuelle Lösungen an den Schulen herangezogen werden könnten.

Mehrarbeit

VRB-Bezirksvorsitzender Benjamin Bajraktari, der auch den Vorsitz des Bezirkspersonalrates Realschulen plus innehat, ging in seinem Beitrag auf die aktuellen Schreiben zum Thema Mehrarbeit ein und benannte mögliche Konsequenzen und Schwierigkeiten, die sich daraus an den Schulen ergeben könnten. Ein angepasstes Vertretungskonzept sei ratsam und helfe, den erforderlichen Ausgleich für Mehrarbeit nachvollziehbar zu regeln.

Abschließende Fragerunde

Mit Hinweisen zu den Neuerungen in den von der ADD aktualisierten „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ leitete Nicole Weiß-Urbach zur Abschlussfragerunde über, in der Benjamin Bajraktari die Fragen der örtlichen Personalräte aus ihrer Arbeit vor Ort ausführlich beantwortete. Er betonte dabei u.a. auch, wie wichtig Impulse der Personalräte für die Verbandsarbeit seien.

Benjamin Bajraktari
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de



Nicole Weiß-Urbach
nicole.weiss-urbach@vrb-rlp.de



Zeit für Gespräche:

„Es ist schön, sich wieder mal von Angesicht zu Angesicht zu treffen und sich mit den anderen Personalräten aus den Schulen auszutauschen.“

Wir können uns hier in einem vertrauten Kreis über andere und auch gleiche schulische Herausforderungen austauschen. Das bereichert ungemein!“

(Eine Teilnehmerin)

Besuch des Schieferbergwerks in Mayen



An behelmte
neunzig Minuten
unter Tage...

...schloss sich ein
Spaziergang im
Sonnenschein über den
Mayener Marktplatz an.
Rechts im Bild:
Margit Lenarz und
Gerhard Hein.



Nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause hatte Margit Lenarz, die Pensionärsbetreuerin des Bezirks, zum Pensionärstreffen nach Mayen ins Schieferbergmuseum eingeladen. Unterstützt wurde sie vom stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Gerhard Hein und von Nico Cordes, Mitglied des erweiterten Bezirksvorstands. Die Wiedersehensfreude der ehemaligen Kolleginnen und Kollegen war groß: Endlich wieder etwas gemeinsam unternehmen und erleben!

Einst weltbekannt für Schiefer

Die Kolleginnen und Kollegen betraten erwartungsvoll das Bergwerk. Alle mussten einen Sicherheitshelm entgegennehmen und tragen. Das Bergwerk unter der Genovevaburg, das Wahrzeichen von Mayen, hat eine wechselvolle Geschichte. Der Schieferbergbau in Mayen hatte eine lange Tradition und die Güte des Schiefers war weltbekannt. Inzwischen ist der Abbau allerdings stillgelegt, Schiefer wird inzwischen insbesondere aus Spanien importiert.

Die Informationen durch einen Museumsführer und die Ausstellungsgegenstände vermittelten interessante Eindrücke. Aufgrund der aktuellen weltpolitischen Situation stimmte der Hinweis die Besucher nachdenklich, dass das Bergwerk Anfang 1945 als Bunker genutzt wurde, da Mayen am 2. Januar 1945 bombardiert wurde. Ungefähr 4.000 Mayener Bürger fanden damals im Bergwerk Schutz.

Ersteilnehmerinnen genossen Gemeinschaft

Nach neunzig Minuten unter Tage folgte ein kurzer Spaziergang bei Sonnenschein von der Burg aus über den schönen Mayener Marktplatz mit dem alten Rathaus zu einem Café. Dort kam man in angenehmer Atmosphäre schnell ins Gespräch. Schulische Erinnerungen wurden ausgetauscht und aktuelle verbandspolitische Fragen erörtert. Einige Kolleginnen nahmen zum ersten Mal an solch einem Treffen teil und lobten die kollegiale Stimmung.

Anfang September soll es ein zweites Treffen in Mayen geben. Der Besuch der Erlebniswelten Grubenfeld mit dem Skulpturenpark Lapidea soll die Eindrücke von Mayen vervollständigen. In der Hoffnung auf ein Wiedersehen im September verabschiedete Margit Lenarz die Kolleginnen und Kollegen und bedankte sich im Namen des Bezirksvorstands für die Teilnahme.

Margit Lenarz
margit.lenarz@vrb-rlp.de
Fotos: Nico Cordes



ONLINE-FORTBILDUNG FÜR PERSONALRÄTE

Unterstützungsangebote für die schulische Arbeit

Gezielte
Ausbildungs-
initiative
für das
Lehramt
Realschulen
plus

Kurz nach den Winterferien konnte Christoph Schneider, der Vorsitzende des Bezirks Neustadt, 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur ersten ÖPR-Fortbildung des Jahres 2022 begrüßen. Aufgrund der pandemischen Situation wurde die Veranstaltung via BigBlueButton durchgeführt.

Gliederungspläne und Schulstatistik

Thematischer Schwerpunkt war der vorläufige Gliederungsplan. Michael Eich, stellvertretender VRB-Landesvorsitzender und Vorsitzender des Hauptpersonalrates Realschulen plus, stellte zunächst die einzelnen Erhebungsbögen dieser Frühjahrsstatistik vor. Dabei ließ er seine Expertise als Schulleiter der Paul-Gillet-Realschule plus und Fachoberschule in Edenkoben einfließen.

Er machte auf wichtige Überlegungen bei der Prognose der Schülerzahlen und der daraus resultierenden Klassenbildung aufmerksam. Ein Augenmerk sollte, so hob er hervor, auch auf die Anrechnungs-, Ermäßigungs- und Freistellungsstunden gelegt werden: Hier sei z. B. zu prüfen, ob die Entlastungsstunden auch beim richtigen Adressaten verbucht seien.

Durch seinen auf Erfahrungen in Schulleitung basierenden Vortrag motivierte Michael Eich die Teilnehmenden, die Angaben in der schuleigenen Statistik aufmerksam zu analysieren. Daraus ergäben sich konkrete Impulse, wie ein Optimum für die eigene Schule und damit auch die Kolleginnen und Kollegen erreicht werden könne.

PR-Arbeit im zweiten Schulhalbjahr

Saskia Tittgen, Mitglied des Bezirksvorstandes in Neustadt und Mitglied im Hauptpersonalrat, erläuterte die – neben dem vorläufigen Gliederungsplan – wichtigen Aspekte der ÖPR-Arbeit im zweiten Schulhalbjahr. Sie empfahl, dabei unter anderem die „Orga-

nisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ als Richtlinie zu nutzen. Die Handreichungen werden von der ADD herausgegeben und jährlich aktualisiert. Sie sind übrigens auch auf der VRB-Website unter der Rubrik Service/ÖPR hinterlegt.

Aus der Arbeit der Stufenvertretungen der Integrierten Gesamtschulen und der Realschulen plus

Michael Eich warb für das Lehramt an Realschulen plus. Er betonte die Notwendigkeit, dass auch an der IGS verstärkt Realschullehrkräfte eingestellt werden. Gleichzeitig verwies er auf die immer noch bestehenden Unterschiede im Deputat und bei der Besoldung zwischen den verschiedenen Lehrämtern.

Der Hauptpersonalrat ist eingebunden in der von der Landesregierung auf den Weg gebrachten Initiative „Schule der Zukunft“. Aus der Sicht Eichs ist der Ansatz von Ministerpräsidentin Dreyer „Schulen müssen sich in ihren Regionen entwickeln können“ richtig. Aber er warnte gleichzeitig vor einer personellen Entprofessionalisierung. Zudem forderte er einen Technischen Assistenten für jede Schule und verwies auf den Einfluss des Kollegiums beim Medienkonzept im Rahmen der Beratungen und Entscheidungen in der Gesamtkonferenz.

Mehr Lehrkräfte ausbilden!

Monika Antoni – sie ist im Bezirk Neustadt im Vorstand aktiv und Mitglied im Bezirkspersonalrat der Realschulen plus – informierte über die zum zwei-

ten Halbjahr an den Realschulen plus vergebenen Planstellen. Dabei merkte sie an, dass die Versorgung der Schulen zunehmend erschwert sei, weil die Zahl der für das Realschullehramt ausgebildeten Lehrkräfte mittelfristig hinter dem Bedarf zurückbleibe. Dieser Trend zeige sich auch bei den Studienseminaren in Rheinland-Pfalz. Sie forderte eine Ausbildungsinitiative des Landes, um gezielt engagierte Kolleginnen und Kollegen für das Lehramt Realschulen plus zu gewinnen.

Als Mitglied des Bezirkspersonalrates IGS stellte Christoph Schneider das aktuelle Verfahren zur schulischen Personalgewinnung (VSP) an den Gesamtschulen vor. Er hinterfragte die beim VSP beobachtbare Tendenz, bevorzugt Gymnasiallehrkräfte nachzufragen.

Unterstützungsangebote

Ein weiteres Thema waren die Rahmenbedingungen zur Nebentätigkeit. Es wurde von Christoph Schneider behandelt, der darüber hinaus spezifische Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Chat beantwortete. Im Anschluss an die Veranstaltung konnten in individuellen Telefonaten noch persönliche Anliegen besprochen und unterstützt werden.

In seinem Fazit hob Bezirksvorsitzender Schneider noch einmal hervor, wie wichtig das Engagement der schulischen Personalvertretungen im Austausch mit den Stufenvertretungen sei. Er bot die Unterstützung des Verbandes an und lud zur nächsten Fortbildungsveranstaltung ein, die er sich mit „echten Livebegegnungen“ wünschte.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Forderung
nach
technischer
Assistenz
für Schulen

VRB im Gespräch mit Referenten der ADD Neustadt

Christoph Schneider, der Vorsitzende des VRB-Bezirksverbandes, hatte kurz vor den Osterferien einen Austausch mit Vertretern der Neustadter Schulaufsicht für Integrierte Gesamtschulen und Realschulen plus initiiert. Seitens der Dienststelle nahmen der koordinierende Referent Ralf Schaubhut sowie die Referatsleiter Gerhard Dohna für die Integrierten Gesamtschulen und Dieter Baust für die Realschulen plus teil. Michael Eich, der stellvertretende Landesvorsitzende des VRB, und Monika Antoni, Mitglied im Bezirksvorstands, komplettierten die Gesprächsrunde.

Die Themenfacette umfasste die besorgniserregende Bewerbersituation für das Lehramt an Realschulen plus und den daraus resultierenden Schwierigkeiten bei der Fachbedarfsversorgung, der Berücksichtigung von Veretzungswünschen oder der Gewinnung von Führungskräften. Neben der Evaluierung der gegenwärtigen Personalsituation und den sich abzeichnenden zukünftigen Entwicklungen, gerade im Hinblick auf Neueinstellungen und Ruhestand, wurden Ideen ausgetauscht und Ansätze skizziert, um junge Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen. So könnte bspw. das Angebot von Praktika im Berufsfindungsprozess von angehenden Abiturientinnen und Abiturienten, oder das Bewerben des Lehramts an Realschulen plus an Universitäten forciert werden. Dazu sei es zudem notwendig, dass die Universitäten ihr Angebot im Hinblick auf das Lehramt schärfen, gerade in den WPF- oder MINT-Fächern. Die von der ADD initiierte Arbeitsgemeinschaft „Interesse an Schulleitung“ wurde vorgestellt.

Tenor der Gesprächspartner war, dass der Erfolg von „Schule der Zukunft“ von den Lehrerinnen und Lehrern abhängt. Deren Engagement und Lehrerpersönlichkeit, und damit das Agieren mit den jungen Menschen, ist entscheidend. Es müsse das Bestreben aller an Schule Beteiligten sein, für diese wichtigen Aufgaben zu begeistern und attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Unterstützung der Schulen bei der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen, die aus der Ukraine geflüchtet sind. Landesweit wurden bisher 4700 Schülerinnen und Schülern aufgenommen, erklärte Ralf Schaubhut. Deren Ankommen stelle, neben anderen, vor die Herausforderung, auch den Bedarf an Sprachförderlehrkräften abzudecken. In diesem Kontext wurden zudem die Rahmenbedingungen



für eine Übernahme von ukrainischen Lehrkräften diskutiert.

Der Austausch wurde von den Gesprächsteilnehmern als hilfreich und anregend eingeordnet. Er soll fortgesetzt werden.

Monika Antoni
monika.antoni@vrb-rlp.de



Am Gespräch mit den ADD-Referenten Gerhard Dohna (li.), Ralf Schaubhut (2.v.li.) und Dieter Baust (re.) nahmen seitens des VRB Michael Eich (3.v.li.), Christoph Schneider (2.v.re.) und Monika Antoni (hinter der Kamera) teil.

VRB IN DER KUNSTHALLE MANNHEIM

Contested Landscapes



Die Kunsthalle hat im Rahmen der in der Kurpfalz stattfindenden „Biennale für aktuelle Fotografie“ ein aktuelles und auch sehr nahegehendes Thema gewählt: die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit. Sieben Künstlerinnen und Künstler zeigen uns in Situationen von der Ostsee über Afrika bis nach Südamerika die Folgen von Meeresverschmutzung, Abfallwirtschaft und Mineralienabbau auf. Sie beziehen in ihren Arbeiten auch die Betroffenen mit ein. Besonders drastisch und unter die Haut gehend: die Entsorgung und Verwertung unseres Abfalls in Nigeria.

Es war keine Ausstellung zur Entspannung und Erbauung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren beeindruckt, zum Teil erschüttert, von den Darstellungen der ökologischen Probleme weltweit.

Anschließend, im Café, tauschten sich die VRB'ler über die gerade erlebte Ausstellung aus. Gudrun Deck informierte über Aktuelles im Bezirk.

Gudrun Deck
gudrun.deck@vrb-rlp.de



Die jährlich stattfindende „Biennale für aktuelle Fotografie“ stellt jeweils parallel in mehreren kurpfälzischen Museumsstandorten aus. Gudrun Deck (2.v.li.) begleitete die VRB-Gruppe in der Mannheimer Kunsthalle.

Mögliche nächste Ausstellungsbesuche:

„Rendezvous – Frankreichs Militär in der Pfalz, 1945–1999“ – Historisches Museum, Speyer, verlängert bis 27.11.2022

„Die Normannen“ – Museum Zeughaus, Mannheim, 18.9.2022–26.2.2023

„Die Habsburger im Mittelalter – Aufstieg einer Dynastie“ – Historisches Museum, Speyer, 16.10.2022–16.4.2023

Digitale Fortbildungen für Personalvertretungen an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen



Alexander Sonnen (oben links) informierte über die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Personalvertretung. Das Foto zeigt einige der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Fortbildungstages.

Anfang März besuchten insgesamt 26 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 16 Schulen des Bezirks Trier an zwei Tagen das VRB-Online-Schulungsangebot. Dabei wurden inhaltliche Schwerpunkte für zwei Zielgruppen gesetzt: für Neumitglieder und für erfahrene Mitglieder in der örtlichen Personalvertretung.

Personalplanung

Für die Kolleginnen und Kollegen, die bei den letzten Wahlen neu in den örtlichen Personalrat gewählt wurden, lag der Fortbildungsschwerpunkt auf den Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten des Personalrats. Der Fokus lag insbesondere auf den Personalmaßnahmen: Einstellungen, Abordnungen und Versetzung.

Grundsätzliches zur Personalplanung und wie zu Schuljahresbeginn mit der Vergabe von Anrechnungsstunden verfahren wird, wurde an konkreten Beispielen aus dem Schulalltag aufgezeigt. Einzelne

Nachfragen gab es hier im Bereich der Berechnung der Anrechnungsstunden nach „Schlüssel 17“ und wie die Vergabe-Grundsätze innerhalb der Gesamtkonferenz aufgestellt, verabschiedet werden und wie dann die Zuteilung durch die Schulleitung erfolge. Durch diesen Schulungsblock führte Alexander Sonnen.

Gliederungsplan

Wie die Zuweisung an Lehrerwochenstunden, die personellen Entscheidungen mit Blick auf die Ermäßigungs- und Anrechnungsstunden sowie die Bildung von Klassen im Einzelnen zustande kommen und wie diese Informationen aus dem vorläufigen Gliederungsplan zu lesen sind, veranschaulichte Christoph Krier exemplarisch am Gliederungsplan einer fiktiven Schule. Hier galt das Interesse der Schulungsteilnehmerinnen und -teilnehmer insbesondere der Frage, welche „Sollerhöhenden Stundenzuweisungen“ die ADD Schulen gewähren kann, wenn entsprechende Konzepte eingereicht werden.

Ein Überblick über den Inhalt der von der ADD herausgegebenen „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ rundete den Fortbildungsnachmittag ab. Mithilfe eines digitalen Tools wurden die Kolleginnen und Kollegen im Umgang mit der Handreichung geschult und zugleich für die Bedeutung der Handreichung sensibilisiert. Viele Fragen aus dem schulischen Kontext und Alltagsgeschehen lassen sich mittels dieser Lektüre schnell beantworten.

Gleichstellung

Die erfahrenen Mitglieder im Amt der örtlichen Personalvertretung beschäftigten sich am zweiten Schultag mit der Gleichstellung in der Schule. Im Fokus stand hier die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten, deren Aufgabenfeld und die Frage, wie eine Zusammenarbeit mit dem ÖPR erfolgen müsse. Hier informierte Christoph Krier die Schulungsgruppe darüber, dass erst kürzlich durch die ADD ein EPOS-Schreiben an die Schulen ging, um die Neuwahlen der Gleichstellungsbeauftragten in den Blick zu nehmen.

Inklusionsvereinbarung

Welche Bedeutung der Inklusionsvereinbarung, dem jährlichen Präventiv-

gespräch zwischen Schulleitung und betroffenen Lehrkräften mit Schwerbehinderung sowie der Rolle der ÖPRs zukommt, stand im Zentrum eines weiteren Themenblocks. Christoph Krier machte auf die Wächterfunktion des ÖPRs aufmerksam, wenn es u.a. um die Einsatz- und Aufsichtspläne geht und Lehrkräfte mit GdB entsprechend einzuplanen seien. Hilfreich empfanden es die Personalvertretungen, Informationen über den Grad der Behinderung und über mögliche „Entlastungen“, die für die Betroffenen geschaffen werden können, zu erfahren. Dieser Thematik ist in den „Organisatorischen und personalrechtlichen Handreichungen für Schulleitungen und Lehrkräfte“ ein ganzes Kapitel gewidmet.

Austauschrunde

In der offenen Austauschrunde gab es konkrete Nachfragen zu Be- und Entlastungen, Mehrarbeit und „Mehrleistungen“, mit denen sich Personalvertretungen und Schulleitungen in ihrer täglichen Arbeit auseinandersetzen müssen. Im Dialog wurde deutlich, welche Lösungen Schulen für sich vor Ort gefunden haben, um Entlastungen zu schaffen und die Belastungen möglichst gerecht zu verteilen. Dieser kollegiale Austausch zeigte einmal

mehr, dass die Kollegien derzeit mehr denn je gefordert sind.

VRB-Beratungsangebot

Abschließend verwies Christoph Krier auf die Möglichkeit der individuellen Beratung und Unterstützung der örtlichen Personalvertretungen durch die Mitglieder des Bezirksvorstandes sowie die Vertreterinnen und Vertreter in den Bezirks- und Hauptpersonalräten für Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen. Weitere Schulungsangebote seien in der Planung, ob in Präsenz oder digital werde die pandemische Entwicklung zeigen.

Text und Fotos: Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de



Gleichstellungsfragen und die Inklusionsvereinbarung standen im Mittelpunkt des zweiten Fortbildungstages, durch den Christoph Krier (oben links) führte. Er stellte darüber hinaus das Angebot zur individuellen Beratung durch VRB-Expertinnen und -Experten vor.





Kontakt und Kommunikation – Hinweise unseres Schatzmeisters und unseres Geschäftsführers Mitglieder- verwaltung

Erwin Schneider, der VRB-Schatzmeister, und Wolfgang Seebach, der Geschäftsführer Mitgliederverwaltung, haben eine Bitte für den telefonischen Kontakt: „Wenn Sie uns telefonisch nicht erreichen, sprechen Sie Ihr Anliegen bitte auf den Anrufbeantworter. Sie werden dann zurückgerufen.“ Hintergrund der Bitte sind immer wieder vorkommende Betrugsanrufe mit falscher oder unterdrückter Telefonnummer. Deshalb dient es der Sicherheit und vermeidet letztendlich auch Probleme für den Verband, wenn auf dem Anrufbeantworter das Anliegen angesprochen wurde. Mit der Nachricht auf dem Anrufbeantworten können evtl. auch Fristen gewahrt werden, die entscheidend für das Anliegen sind.

Wer nicht gerne auf einen Anrufbeantworter spricht, kann alternativ dazu sein Anliegen auch per E-Mail beschreiben und auf diesem

Weg einen Rückruf veranlassen. Diese E-Mail sollte möglichst von der E-Mail-Adresse abgeschickt werden, die dem Verband bekannt ist und in den Mitgliederdaten steht.

Eine weitere sichere Möglichkeit, persönliche Nachrichten an den Verband zu schicken, ist das Kontaktformular, das man auf der VRB-Website unter der folgenden URL findet: www.vrb-rlp.de/mitgliedschaft/aenderung-persoener-daten. Im Kontaktformular sind Name, Vorname und E-Mail-Adresse mit * als Pflichtfelder markiert.

Das Formular dient zwar ursprünglich zur Mitteilung von Änderungen persönlicher Daten, ist aber auch ein sicherer Weg, sensible Daten an den Verband zu schicken. Bitte die Kontaktdaten ausfüllen und die Nachricht in das Feld „Alles, was oben keinen Platz gefunden hat...“ eintragen. Die Mitteilung geht an die Mitgliederverwaltung und wird von dort an die betreffende Stelle weitergeleitet. Bitte die gewünschte Empfängerin oder den gewünschten Empfänger angeben, z. B.: „An den Schatzmeister“. Auf diesem Weg kann man z. B. auch eine neue/andere E-Mail-Adresse mitteilen.



Erwin Schneider
Schatzmeister,
Rechtsschutzreferent

erwin.schneider@vrb-rlp.de
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
Mühlenweg 24
54675 Roth



Wolfgang Seebach
Geschäftsführer Finanzen
und Mitgliederverwaltung

mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 7 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

BRIEFE & FEEDBACK

AN DIE REDAKTION

Nicole Weiß-Urbach und Monika Antoni kamen mit Ulrich Gräler, er ist stellvertretender Vorsitzender von „Lehrer nrw“ und VDR-Tarifbeauftragter, beim Bundesrealschultag 2022 in Mannheim ins Gespräch:

Eure Zeitung hat eine hohe Qualität: Ihr schafft es, Informationen so zu transportieren, dass man sie gerne liest. Auch der „Generationswechsel“ scheint euch in der Redaktion gut gelungen. Der Expertise der Erfahrenen gebt ihr den gleichen Stellenwert, wie den Impulsen der „Nachfolgenden“.

„Reale Bildung“ hat in den letzten beiden Ausgaben über die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal und die landesweite Hilfe für die davon betroffenen Realschulen plus berichtet. Uta Erlelkampf, Konrektorin der Barbaroschule Sinzig, hat uns geschrieben:

Die Solidarität tut gut.

Unsere Schule konnte zum 1. Schultag in Teilen des Schulgebäudes das neue Schuljahr beginnen. Allerdings zeigt sich täglich, dass wir auf einer Baustelle unter massiven Einschränkungen leben. Alltägliche Abläufe werden zu einem Hürdenlauf im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Schulgemeinschaft wird einen sehr langen Atem brauchen, bis die Wiederaufbaumaßnahmen erfolgt sind. Dies bedeutet über Jahre hinweg keine Sporthalle, keine Mensa, keine Fachräume (Biologie, Musik, TG, Lehrküche, 2 Werkräume), aber auch Lehrerzimmer und Verwaltung in Containern.

Nicht zu ersetzen sind all die in Jahren und Jahrzehnten angehäuften Anschaffungen und Erinnerungstücke sowie Chroniken, Zeugnisse und so vieles mehr. Das schmerzt schon sehr.

Es bleibt der Blick nach vorne und der Optimismus, dass die ganze Situation auch eine Chance bietet. Nochmals ganz lieben Dank.



Achtung!
Sie bekommen keine
Post mehr vom VRB?
Bitte Mitgliedsdaten
aktualisieren!

Mitgliederverwaltung

Die Mitgliederverwaltung bittet darum, dass Adressänderung, Schulwechsel, Namensänderung wegen Heirat, Änderung der Bankverbindung, Änderung beim Beschäftigungsverhältnis (TV-L/Planstelle, Vollzeit/Teilzeit, Stundenzahl) an Wolfgang Seebach weitergegeben werden.



Wolfgang Seebach
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de
Tel: 0 26 7 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
Unterstraße 19
56814 Faid

In der kommenden Ausgabe ...

- analysieren wir die Rahmenbedingungen beim Schuljahresstart,
- stellen wir das Mentoring-Programm „Frauen in Schulleitungspositionen“ vor,
- blicken wir auf den Social-Media-Fachkongress zurück,
- sprechen wir mit einer Anwärterin über ihre Berufswahlmotive,
- schauen wir auf die Hilfsangebote für die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine,
- fragen wir, wie sich Defizite der Corona-Schuljahre ausgleichen lassen,
- setzen wir die Schulrechts-Reihe mit Anwältin Antonia Dufeu fort,
- testen wir die Notruf-App „nora“ für den schulischen Gebrauch,
- informieren wir über die Seminare und Veranstaltungen der VRB-Bezirksverbände,
- berichten wir über unsere Verhandlungen und Beratungen mit den Parteien, dem Ministerium, der Schulverwaltung, Schulträgern und Verbänden.



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Timo Lichtenthäler
Felix-Blass-Straße 2
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel: 0 26 41/9 11 72 84
timo.lichtenthaeler@vrb-rlp.de

Mitgliederverwaltung

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

Schatzmeister

Erwin Schneider
Mühlenweg 24
54675 Roth
Tel: 0 65 66 / 9 33 19 19
Fax: 0 65 66 / 93 51 11
erwin.schneider@vrb-rlp.de

Redaktion

Wolfgang Wünschel
Am Schlossberg 20
76835 Hainfeld
Tel: 0 63 23 / 8 18 77
wolfgang.wuenschel@vrb-rlp.de

Redaktionsteam

Monika Antoni (MA), Michael Eich (Eic),
Wolfgang Häring (Hr), Bernd Karst (Ka),
Wilfried Rausch (Ra), Wolfgang Seebach (WS),
Regina Sersch (Ser), Nicole Weiß-Urbach (NWU)

Layout, Auflage und Druck

Daniela Boudgoust · www.bizzdesign.de
5.000 Exemplare, WIRmachenDRUCK GmbH

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preisliste

Bitte wenden Sie sich an Daniela Boudgoust (boudgoust@bizzdesign.de). Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Mai 2014.





Lehrkräftemangel – dringender Handlungsbedarf

Die Personalversorgung der Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz mit Lehrkräften mit der Befähigung für das Lehramt an Realschulen plus gestaltet sich von Jahr zu Jahr schwieriger. Die Liste der Mangelfächer wird immer länger (siehe Kasten) und umfasst nahezu alle Fachbereiche. Die Zaghaftigkeit der Landesregierung im Umgang mit dem sich abzeichnenden Lehrkräftemangel wirft Fragen auf.

Lehrkräftemangel verschärft sich

Der VRB wie auch die Personalvertretungen sind seit längerem alarmiert. Die sinkenden Zahlen der Anwärterinnen und Anwärter für das Lehramt Realschule plus sind nicht fehlzuinterpretieren. Mit großer Sorge blicken wir auf die sich ankündigende Pensionierungswelle und die jetzt schon akuten Personallücken bei den Hauptfächern, bei den Naturwissenschaften und bei den Wahlpflichtfächern. Ein entschiedenes Gegensteuern der Landesregierung blieb bisher aus. Eine Arbeitsgruppe soll es nun richten und Vorschläge zur Verbesserung der Personalgewinnung ausarbeiten.

Eine mittel- bzw. langfristige Besserung nicht in Sicht

Vorschläge, wie mit den Personalengpässen umzugehen ist, gibt es viele – zielführende und auch kontraproduktive. Eine Vereinheitlichung der Lehrämter gehört sicherlich nicht zu den hilfreichen Vorschlägen, denn unsere Schülerinnen und Schüler sind auf Lehrkräfte angewiesen, die didaktisch, methodisch und pädagogisch für sie als Zielgruppe in unseren Studienseminaren ausgebildet wurden. Mainz setzt nicht auf nachhaltige Maßnahmen. Neben Angeboten zum Seiten- und Quereinstieg soll Studentinnen und Studenten mit dem Lehramt Gymnasien der Wechsel in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt Realschulen plus erleichtert werden. Das alles kann kurzfristig die personelle Situation verbessern, mittel- und langfristig ist das nicht ausreichend, weil diese Ansätze in ihrer Wirkung begrenzt und auch nicht wünschenswert sind.

Aufwertung des Lehramts Realschulen plus alternativlos

Die Landesregierung wird das Lehramt Realschulen plus aufwerten und wirksame Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung ergreifen müssen. Die viel beschworene Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung war bislang jedenfalls nur als rhetorisches Stilmittel auffällig. Eine qualitativ und quantitativ gute Unterrichtsvorsorgung aller Schulen sollte eigentlich höchste Priorität haben. Zu einer Entprofessionalisierung darf es nicht kommen.

KlarText: Rheinland-Pfalz droht, insbesondere an Realschulen plus, ein Lehrkräftemangel. Mainz weiß das längst – und weicht noch immer aus. Der VRB kritisiert beharrlich die unzureichenden

Anstrengungen der Landesregierung, um die Attraktivität des Lehramts Realschulen plus zu steigern. Das Problem wurde gesehen, mitgenommen und geprüft. Getan hat sich zu wenig.

Eine Arbeitsgruppe kann nur innerhalb politisch gesetzter Grenzen Vorschläge erarbeiten. Der politische Wille muss da sein, hier tatsächlich voranzukommen. Die Lösungsvorschläge liegen längst auf dem Tisch.

Die Landesregierung muss Argumente für die nachfolgende Frage liefern: Warum sollte ein junger Mensch sich für das Lehramt Realschulen plus entscheiden?

Eine ganzheitliche Betrachtung wird ergeben müssen, dass über die Bachelor- und Masterstudiengänge, über die Universitätsstandorte, über die Arbeits- und Rahmenbedingungen und über Aufstiegsperspektiven nachgedacht werden muss.

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de



Bedarfsfächer – Stand Oktober 2021

- Chemie
- Französisch
- Musik
- Physik
- Bildende Kunst,
- Englisch
- Mathematik,
- Hauswirtschaft und Sozialwesen;
- Wirtschaft und Arbeit mit den Schwerpunkten Technikwissenschaften und Bildung sowie Ernährung und Verbraucherbildung

Quelle: https://bm.rlp.de/fileadmin/bm/Bildung/Schule/Lehrerin_Lehrer_werden/Aktuelle_Einstellungsaussichten_Oktober_2021.pdf

Beitrittserklärung

Verband Reale Bildung
Verband der Lehrkräfte in den Schulen in Rheinland-Pfalz
Mitgliederverwaltung Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid

Tel.: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 26 71 / 60 78 95
E-Mail: mitgliederverwaltung@vrb-rlp.de

.....

Name Vorname Geb.-Datum E-Mail

.....

Straße PLZ und Wohnort Telefon/Fax/Mobil-Nr.

.....

Dienstbezeichnung Schule Prüfungsfächer

- Ich erhalte Bezüge gemäß der Besoldungsgruppe A TV-L
- Ich bin vollbeschäftigt Ich bin teilzeitbeschäftigt mit Wochenstunden Ich bin Mitglied im ÖPR
- Ich bin Lehramtsanwärter/in am Studienseminar voraussichtlich bis zum
- Mein/e Ehepartner/in bzw. Lebenspartner/in ist bereits Mitglied im Verband.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband Reale Bildung (VRB) Rheinland-Pfalz e. V.

Mein Eintritt soll zum nächstmöglichen Termin erfolgen. Mein Monatsbeitrag ergibt sich aus der gültigen Beitragsordnung. Gleichzeitig gebe ich dem Schatzmeister widerruflich die Abbuchungserlaubnis für meine Quartalsbeiträge zu Lasten meines u. g. Kontos. Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten ausschließlich für VRB-interne Zwecke gespeichert und verarbeitet werden.

.....

Bankleitzahl Name der Bank Kontonummer

.....

IBAN BIC

.....

Ort Datum Unterschrift

Beitragsordnung vom 3. November 2009 (Auszug)

Der Monatsbeitrag orientiert sich an 0,55 % vom Bruttobetrag der Besoldung des Eingangsamtes und wird deshalb von Zeit zu Zeit angepasst. Die aktuelle Anpassung erfolgte am 1. Januar 2020.

Gehaltsstufe		Monatsbeitrag in €
A 16		20,50
A 15		19,50
A 14		17,-
A 13		16,-
A 12	oder darunter	15,-
A 13	Teilzeit 15-21 Wstd.	13,-
A 12	oder darunter Teilzeit 15-21 Wstd.	12,-
A 12/13	Teilzeit bis 14 Wstd.	11,-
TV-L	Vollbeschäftigung	13,-
TV-L	Teilzeit 15-21 Wstd.	11,-
TV-L	Teilzeit bis 14 Wstd.	10,-
Pensionäre		8,-
Lehramtsanwärter		3,-

Lehrkräfte mit einem Deputat

- ab 22 Wochenstunden zahlen den vollen Beitrag.
- von 15-21 Wochenstunden zahlen einen ermäßigten Satz des vollen Beitrages der entsprechenden Besoldungsgruppe.

Mitglieder in Alterszeit

- nach dem Blockmodell zahlen zunächst den normalen Beitrag, mit Beginn der Freistellungsphase den Pensionärsbeitrag.
- nach dem konventionellen Modell zahlen durchgehend den Teilzeitbetrag.

Beurlaubte, Pensionäre

zahlen die Hälfte des Regelbeitrages der Besoldungsgruppe A 13.

Ehegatten, Lebenspartner

Der Ehegatte/Lebenspartner in der geringeren Gehaltsstufe zahlt die Hälfte des Beitrags.

Lehramtsanwärter

zahlen einen ermäßigten Beitrag von 3,- €.

Die Zahlung der Monatsbeiträge erfolgt vierteljährlich. Bitte informieren Sie uns umgehend über relevante Änderungen Ihrer persönlicher Daten.



LETZTE MELDUNGEN

Vor der Auslieferung:

60. Ergänzungen zum VRB-Handbuch für Lehrkräfte

Aktualisiert werden die Adressen „Ministerium“ (1.11), „ADD“ (1.12), „Schulpsychologische Beratungszentren“ (1.13), „Schulbuchverlage“ (1.15) sowie die Beiträge „Rechtsquellen des Beamtenrechts“ (4.1), „Die Fürsorge- und Treuepflicht des Dienstherrn“ (4.15), „Längerfristige Beurlaubungen von Lehrkräften“ (4.20), „Steuerfragen: ABC der Werbungskosten“ (5.40), „Grundrechte

der Lehrerinnen und Lehrer“ (8.1), „Dienstliche Beurteilung von Lehrkräften“ (8.5), „Bewerbungsverfahren“ (8.7), „Nebentätigkeit von Lehrkräften“, „Die rheinland-pfälzische Ganztagschule in Angebotsform“ (14.40) sowie Kapitel 20: Verband Reale Bildung. **Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsent.**

Bergnot

99 Schülerinnen und Schüler sowie acht Lehrkräfte aus einem pfälzischen Gymnasium gerieten am 7. Juni in den österreichischen Bergen in Not. Sie wurden mit Hubschraubern gerettet. In den Online-Foren brodelte es auf der Suche nach „Schuldigen“. Die Lehrkräfte standen am Pranger. Besonnen reagierte ihr Schulleiter. Er habe, so wird er zitiert, nicht nur eine Fürsorgepflicht für die Schüler, sondern auch für die Lehrkräfte. Und er benannte einen entscheidenden Aspekt des Dramas: Als klar war, dass die Gruppe den Berg nicht mehr allein verlassen können, hätten sich die Lehrkräfte darum gekümmert, dass die Kinder sicher nach unten kommen. (Quelle: Die Rheinpfalz vom 10.6.2022)

Mehr Wandertag wagen

Unter dem Eindruck der schlagzeilenträchtigen Klassenfahrt ins Kleinwalsertal kommentiert Rolf Gauweiler in der Rheinpfalz am Sonntag vom 12.6.: „Was aber keinesfalls passieren darf, ist, dass jetzt Klassenfahrten generell in Verruf geraten. Es wäre fatal, wenn engagierte Pädagogen, die ihren Auftrag ernst nehmen, durch die Sorge vor Unannehmlichkeiten künftig auf die Planung ambitionierter Touren lieber verzichten... Kinder und Jugendliche brauchen aber Erlebnisse, die sie neue Horizonte erfahren lassen. Das müssen und sollen keine waghalsigen Abenteuertrips sein. Aber Grenzen auszutesten, die Gemeinschaft mit Altersgenossen auf spannende Weise zu erleben, sollte unverzichtbarer Bestandteil des Schullebens bleiben.“

Größte Herausforderungen der Schulen

Forsa befragte im April 2022 eine repräsentative Stichprobe von insgesamt 1.017 Lehrkräften allgemeinbildender und berufsbildender Schulen. Auftraggeber war die Robert Bosch Stiftung. Schwerpunkt der Umfrage war u. a. das Belastungserleben der Lehrkräfte. Hier eine offene Beispielfrage (Mehrfachnennungen möglich) aus der am 9. Juni vorgestellten Erhebung: Was sind die größten Herausforderungen der Schulen aus Sicht der Lehrkräfte? 38 % nannten Corona(maßnahmen), 26 % den Lehrkräftemangel, 21 % das Verhalten der Schüler:innen und 17 % die Digitalisierung.

Infos und Download auf <https://deutsches-schulportal.de/>